

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Thomas Gensicke

Sozialer Wandel durch Modernisierung,
Individualisierung und Wertewandel

Hans Bertram/Simone Kreher

Lebensformen und Lebensläufe in diesem Jahrhundert

Barbara Schaeffer-Hegel/Andrea Leist

Sozialer Wandel und Geschlecht:
Für eine Neubestimmung des Privaten

Walter Hollstein

Ende der Frauenpolitik?

Zur unvollendeten Emanzipation von Männern und Frauen

B 42/96

11. Oktober 1996

Thomas Gensicke, geb. 1962; 1984–1989 Studium der Philosophie in Leipzig; 1990–1991 Mitarbeiter am Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien (BISS); seit Oktober 1991 Forschungsreferent am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Lehrstuhl Prof. Dr. Helmut Klages); Bearbeitung des Rahmenprojektes „Wertewandel in Deutschland“.

Veröffentlichungen u. a.: Wertewandel und Nationalbewußtsein. Über die Modernisierung des Nationalgefühls in Westdeutschland, in: Bernd Estel/Tilman Mayer, Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften, Opladen 1995; (zus. mit Helmut Klages) Spannungsfelder des Wertewandels. Von der spontanen Entwicklung von Selbstentfaltungswerten zu deren Integration, in: Norbert Seibert/Helmut J. Serve, Bildung und Erziehung an der Schwelle zum dritten Jahrtausend, München 1994.

Hans Bertram, Dr. phil., geb. 1946; Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Psychologie in Mannheim; 1981–1984 o. Professor für Soziologie an der Universität der Bundeswehr München; 1984–1993 Direktor des Deutschen Jugendinstituts in München; seit 1992 o. Professor (Lehrstuhl für Mikrosoziologie) an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Das Individuum und seine Familie. Lebensformen, Familienbeziehungen und Lebensereignisse im Erwachsenenalter, Opladen 1995; (Hrsg. zus. mit Bernhard Nauck) Kinder in Deutschland. Lebensverhältnisse von Kindern im Regionalvergleich, Opladen 1995.

Simone Kreher, Dr. phil., geb. 1961; Studium der Soziologie in Leipzig, 1987–1992 wissenschaftliche Assistentin am Institut für Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin; seit 1992 Assistentin am Bereich Mikrosoziologie, Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Berufseinmündung und Familienbildung in der Generationenfolge sowie Berufsausmündung und Familienauflösung in der Generationenfolge, in: Hans Bertram (Hrsg.), Das Individuum und seine Familie, Opladen 1995; Krisensymptome weiblicher Erwerbsbiographien im Prozeß der Wiedervereinigung, in: Wolfram Fischer Rosenthal/Peter Alheit (Hrsg.), Biographien in Deutschland. Soziologische Rekonstruktionen gelebter Gesellschaftsgeschichte, Opladen 1995.

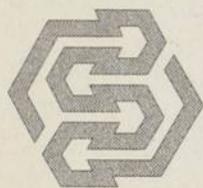
Barbara Schaeffer-Hegel, Dr. phil., geb. 1936, verh., vier Kinder; Professorin am Institut für Sozialwissenschaften in Erziehung und Ausbildung der Technischen Universität Berlin; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft, Philosophie und Romanistik an den Universitäten Tübingen, Freiburg i. Brsg. und Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Brigitte Wartmann) Mythos Frau. Projektionen und Inszenierungen im Patriarchat, Berlin 1984; Frauen und Macht. Der alltägliche Beitrag der Frauen zur Politik des Patriarchats, Berlin 1982; (zus. mit Barbara Watson-Franke) Männer Mythos Wissenschaft, Pfaffenweiler 1989; Vater Staat und seine Frauen, 2 Bände, Pfaffenweiler 1990; Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler 1995; Säulen des Patriarchats. Zur Kritik patriarchaler Konzepte von Wissenschaft, Weiblichkeit, Sexualität und Macht, Pfaffenweiler 1996; Herausgeberin der Reihe „Feministische Theorie und Politik“.

Andrea Leist, Dipl.-Soz.-Päd., geb. 1960; 1978–1984 Studium der Mathematik, Physik und Pädagogik an der Humboldt-Universität Berlin; 1990–1996 Studium der Erziehungswissenschaften/Sozialpädagogik an der TU Berlin.

Walter Hollstein, Dr. phil., geb. 1939; Studium der Soziologie, Philosophie und Publizistik in Basel und Münster/W.; seit 1972 Professor für Politische Soziologie an der Evangelischen Fachhochschule Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Gegengesellschaft, Bonn 1979; (zus. mit Eva Jaeggi) Wenn Ehen älter werden. Liebe, Krise, Neubeginn, München 1985; Nicht Herrscher, aber kräftig. Die Zukunft der Männer, Hamburg 1988; Die Männer – Vorwärts oder zurück?, Stuttgart 1990; Machen Sie Platz, mein Herr – Teilen statt Herrschen, Reinbek 1992; Die Männerfrage, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/93; Der Kampf der Geschlechter, München 1993.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel

I. Ein Modell für modernisierenden sozialen Wandel

Die fortgeschrittenen Gesellschaften Europas und die USA traten im 19. Jahrhundert in eine Phase sozialen Wandels ein, die durch forcierte *Modernisierung* gekennzeichnet ist. Vorbereitet durch die Herausbildung städtischen bürgerlichen Lebens im Mittelalter, durch Renaissance und Reformation und die Bildung größerer Nationalstaaten, ging im 19. Jahrhundert der langsame Erosionsprozeß des traditionellen Gesellschaftstyps in eine galoppierende Revolution aller gesellschaftlichen Verhältnisse über. Deutschland entwickelte sich im Verlaufe des 19. Jahrhunderts von einem ärmlichen Agrarland, das nicht einmal in der Lage war, seine 25 Millionen Einwohner richtig zu ernähren, in ein prosperierendes Industrieland, das um 1914 einer Bevölkerung von 68 Millionen Einwohnern einen bescheidenen Wohlstand bieten konnte. Das heutige wiedervereinigte Deutschland¹ stellt sich am Ende des 20. Jahrhunderts wiederum stark verändert dar: Trotz aller aktuellen Probleme ist es auf dem Weg in eine Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft mit einer vergleichsweise wohlhabenden und zufriedenen Bevölkerung von ca. 81 Millionen Einwohnern (von denen inzwischen ca. sieben Millionen Ausländer sind).

Wie war diese Entwicklung möglich? Die allgemeinste „Erklärung“ der Moderne liegt in der

1 Dieser Beitrag kann aus Platzgründen nicht auf die Sonderentwicklung in der DDR und den neuen Ländern eingehen. Der Autor hat darüber intensiv gearbeitet und geht in bezug auf den realen Sozialismus, insbesondere die DDR, ebenfalls von der Anwendbarkeit des Modernisierungsmodells aus. Vgl. Thomas Gensicke, Von der Transformation zur Integration. Die neuen Bundesbürger an der Schnittstelle von individueller Anpassung und Vergesellschaftung im neuen Deutschland, noch unveröffentlichte Speyerer Dissertation; ders., Ostdeutschland 1989–1995 im Wandel. Objektive und subjektive Umbrüche, in: Edzard Janssen/Ulrich Möhwald/Dietrich Ölschleger, Gesellschaften im Umbruch? Aspekte des Wertewandels in Deutschland, Japan und Westeuropa, München 1996; ders., Modernisierung, Mentalitätsentwicklung und Wertewandel in der DDR, in: Hans Bertram/Stefan Hradil/Gerhard Kleinhenz, Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern, Berlin 1995.

ideellen und gesellschaftlichen Aufwertung des Prinzips der *Innovation* gegenüber dem Prinzip der *Tradition*. Modernisierung ist permanente Innovation. Damit sich jedoch dieses Prinzip in der Gesellschaft durchsetzen konnte, mußten die Schranken fallen, die Innovation behinderten, die zumindest als menschliche Fähigkeit und als menschliches Bedürfnis a priori vorausgesetzt werden kann. Voraussetzung von Innovation ist Freiheit. Die gesellschaftliche Realisierung der Freiheitsidee ist die Voraussetzung von Modernisierung als innovativem sozialen Wandel.

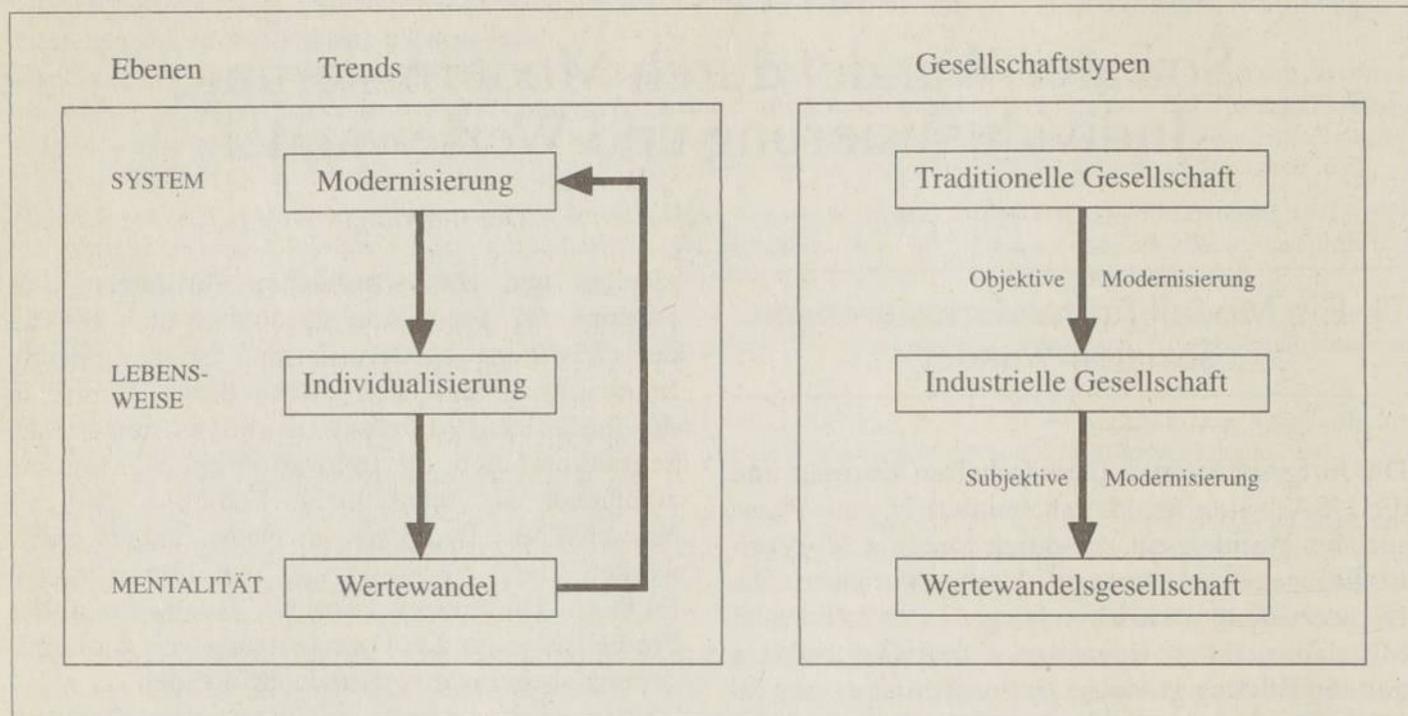
Stefan Hradil hat den Kern der Modernisierung an vier Leitideen festgemacht, die ab einem bestimmten Punkt zum gesellschaftlichen Programm wurden: Fortschrittsdenken, individuelle Freiheit, Verweltlichung und Rationalität². Erst in der Moderne wird überhaupt (und zwar möglichst ständig) wirklich „Neues unter der Sonne“ denkbar, weil der Zeitverlauf als eine lineare Achse gedacht wird (auf der möglichst alles – vor allem die Wirtschaft – „wachsen“ soll). Der ewige „göttliche“ Kreislauf des Gleichen wie er sich im Denkmuster der Agrargesellschaft im Kreislauf der Jahreszeiten darstellt, wird damit durchbrochen. Fortschritt (als ständige Innovation) ruft aber die einzelnen Individuen mit ihren Ideen als Innovatoren auf den Plan. Nur von hier kann ja das Neue kommen. Die Belohnung für innovatorisches Verhalten ist der Erfolg im weltlichen „Hier und Jetzt“ in einer den größten Nutzen bei geringstem Aufwand rational maximierenden Welt. Das Ziel des Modernisierungsprogramms ist letztlich das gute Leben für die größtmögliche Zahl, das Mittel ist permanenter innovatorischer Fortschritt durch Rationalisierung und Aktivierung der mehr oder weniger weit gestreuten individuellen Fähigkeiten und Motivationen.

Modernisierung als soziologisches Phänomen hat (mindestens) einen *Strukturaspekt*, einen *Lebensweiseaspekt* und einen *Mentalitätsaspekt*³ (Gra-

2 Vgl. Stefan Hradil, Die „objektive“ und die „subjektive“ Modernisierung. Der Wandel der westdeutschen Sozialstruktur und die Wiedervereinigung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/92.

3 Mit dem folgenden Begriffsschema und den zwei graphischen Modellen will ich verschiedene auf den Moder-

Graphik 1: Gedankliches Modell zum Verständnis von Modernisierung



Quelle: Eigene Darstellung.

phik 1). Modernisierung bedeutet *Strukturwandlung* durch Differenzierung, wodurch Bewegung und Innovation erst möglich wird. Historisch mußte das rechtlich-politische Korsett der traditionellen Gesellschaft gesprengt werden, das die soziale Dynamik, als Freiheits- und Emanzipationsdrang von Individuen und Gruppen immer vorhanden, einschnürte und abwürgte. Im nordamerikanischen Modell ließen die Auswanderer, die in die Weite des neuen Kontinents ausschwärmten, die Fesseln der traditionellen Gesellschaft gleich hinter sich. Zwar kannte auch die traditionelle Gesellschaft sozialen Wandel, doch war dieser eher durch Kriege oder Katastrophen verursacht. Modernisierende Sozialdynamik beruht auf wissenschaftlich gestützter Produktion aufgrund ständiger Reinvestition von großen Überschüssen. Sie konnte nur durch eine Deregulierung der Wirtschaftssphäre seitens des Staates und deren Eigensteuerung aufgrund angestrebter Überschußmaximierung funktionieren (was am besten über das

Marktprinzip zu erreichen war). Durch Modernisierung wird eine Gesellschaft überhaupt erst ein System, das sich durch interne funktionale Differenzierung in spezialisierte teilautonome Untersysteme (Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Familie, Bildung etc.) von der natürlichen Umwelt unabhängig macht.

Diese Strukturveränderungen entsprechen auf der Ebene der *Lebensweise* einem Trend zur Individualisierung. Durch Individualisierung werden in einer flexibilisierten Gesellschaft Steuerungsleistungen an die Individuen (und Kleingruppen) delegiert (oder diesen aufgezwungen). Das bedeutet für Kleingruppen und Individuen einerseits eine Reduktion von Bindung und eine Steigerung des Handlungsspielraums, andererseits aber auch einen Verlust an Sicherheit und Orientierung. Das Individuum wird zur Schnittstelle der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme und muß in dieser jeweils speziellen und flexiblen Situation eine eigene Lebenskarriere (*Niklas Luhmann*) zustande bringen. Diese Individualisierung sollte zunächst die Verfügbarkeit der Individuen (und ihrer Kernfamilien) für die erweiterte industrielle Produktion sichern und sie später zunehmend zu innovatorischem Verhalten motivieren. Vom atomisierten und kasernierten Anhängsel der Maschine wird der individualisierte Massenmensch schließlich zur Ideen- und Aktivitätsressource für wissenschaftlich-technischen und sozialen Fortschritt (zum sogenannten Humankapital).

nisierungsbegriff bezogene soziologische Ideen verknüpfen, u. a. die Systemtheorie der funktionalen Differenzierung mit ihrer Konsequenz in der Individualisierungsthese von Niklas Luhmann, die Theorie der Basisinstitutionen der Modernisierung (Markt, Demokratie, Wohlfahrtsstaat, Massenwohlstand), wie sie Wolfgang Zapf immer wieder betont hat, Stefan Hradils Unterscheidung der objektiven und der subjektiven Modernisierung sowie die Werteforschung mit Helmut Klages' Formel des Wertewandels von kollektivistischen Pflicht- und Akzeptanzwerten zu individualistischen Selbstentfaltungswerten und seiner Kennzeichnung der gegenwärtigen Gesellschaft als Wertewandelsgesellschaft.

Die veränderte Lebensweise verändert schließlich auch die *Mentalität*. Die traditionale Gesellschaft konnte und mußte ihre Bevölkerung hauptsächlich über normative Akzeptanz des Gegebenen integrieren. Dieses Gegebene enthielt nicht die Möglichkeit einer Lebenskarriere (aber auch nicht den Zwang dazu), sondern legte nur das schnelle Hineinwachsen in ein sozial statisches Milieu nahe. Und selbst wenn man die mageren Überschüsse der traditionellen Wirtschaft gleichverteilt hätte, wären diese viel zu klein gewesen, um als Gratifikation die Integration über Akzeptanz zu ersetzen. Trotz autoritärer Herrschaftsform war die traditionale Gesellschaft viel zu wenig vernetzt, um politische Stabilitätsziele gegen die egozentrische Fliehkraft der Individuen durchzusetzen. Dazu bedurfte es der tiefen Verinnerlichung von Akzeptanz in den Köpfen und Herzen der Menschen, die durch die Institution der Kirche und ihr Weltbild geleistet wurde (dieses Erbe wurde später auch durch andere Institutionen fortgeführt, z. B. die preußische Volksschule). Die Kirche sorgte für die Unterdrückung aller Formen individualistischer Selbstentfaltung, sei es in Form des Strebens nach Selbständigkeit (Autonomie), nach Mitbestimmung (Partizipation) oder einfach nach mehr Genuß des Lebens (Hedonismus).

Diese lange unterdrückten Dimensionen der Selbstentfaltung beginnen die Mentalität der Massen erst in der ausgereiften Phase der Moderne zu prägen und werden Schritt für Schritt auch gesellschaftlich legitim. In einem Land wie (West-)Deutschland, wo Autonomie solange politisch-ideologisch unterdrückt wurde und wo der Wohlstand nach einer Phase der Kriege, Krisen und Inflationen explodierte, mußte die Mentalitätsveränderung heftige Züge annehmen. Dieses Phänomen bezeichnen wir in Speyer im engeren Sinne als den *Wertewandel*. Er ist der vorläufige Schlußstein, der die inzwischen ausgereifte Moderne kennzeichnet. Akzeptanz nimmt in modernen Gesellschaften ab, Selbstentfaltung zu (*Helmut Klages*).

Man kann für die Durchsetzung der Moderne (zumindest in Europa) eine historische Stufenfolge von Veränderungsprozessen unterstellen: Erst werden die Strukturen modernisiert, dann individualisiert sich die Lebensweise, und schließlich streben die Individuen immer stärker nach Selbstentfaltung (Hedonismus und Selbstbestimmung). Um diese historische Kausalität von Strukturveränderung, Lebensweiseveränderung und schließlich Mentalitätsveränderung zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß sich die neuen Eliten bzw. die sich mit dem „Fortschritt“ arrangierenden alten Eliten

des 19. Jahrhunderts in ihrem Reformeifer wahrscheinlich nicht bewußt waren, welche (längerfristige) Kettenreaktion sie auslösten. Das Bürgertum wollte ein wirtschaftsfreundliches System. Teile der alten Eliten wollten an diesem System mitverdienen, andere ihr Land zur Großmacht führen. Was man sich damit einhandelte, war wohl den wenigsten bewußt. Die individualisierenden Lebensweiseveränderungen gingen in der breiten Bevölkerung „als stille Revolution“ hinter der Fassade einer offiziellen Kultur und eines offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnisses relativ unbemerkt und schleichend vor sich und wurden in ihrer Tragweite nicht bewußt. Schließlich sollte auch die zähe Lebenskraft einmal institutionalisierter Normen berücksichtigt werden. So kann man sich vorstellen, daß Akzeptanz als völlig adäquate „natürliche“ Sozialnorm für den „normalen“ Menschen angesehen wurde. Das Bedürfnis nach Selbstentfaltung kann in dieser Sicht nur eine abartige, erbsündige Neigung sein, die von Kindheit an ausgemerzt werden muß. Es ist davon auszugehen, daß dies bis weit in die Moderne die natürliche „Alltagsreligion“ der meisten Menschen war, die nur auf allerhöchster sozialer Ebene oder in Bohemekreisen durchbrochen wurde.

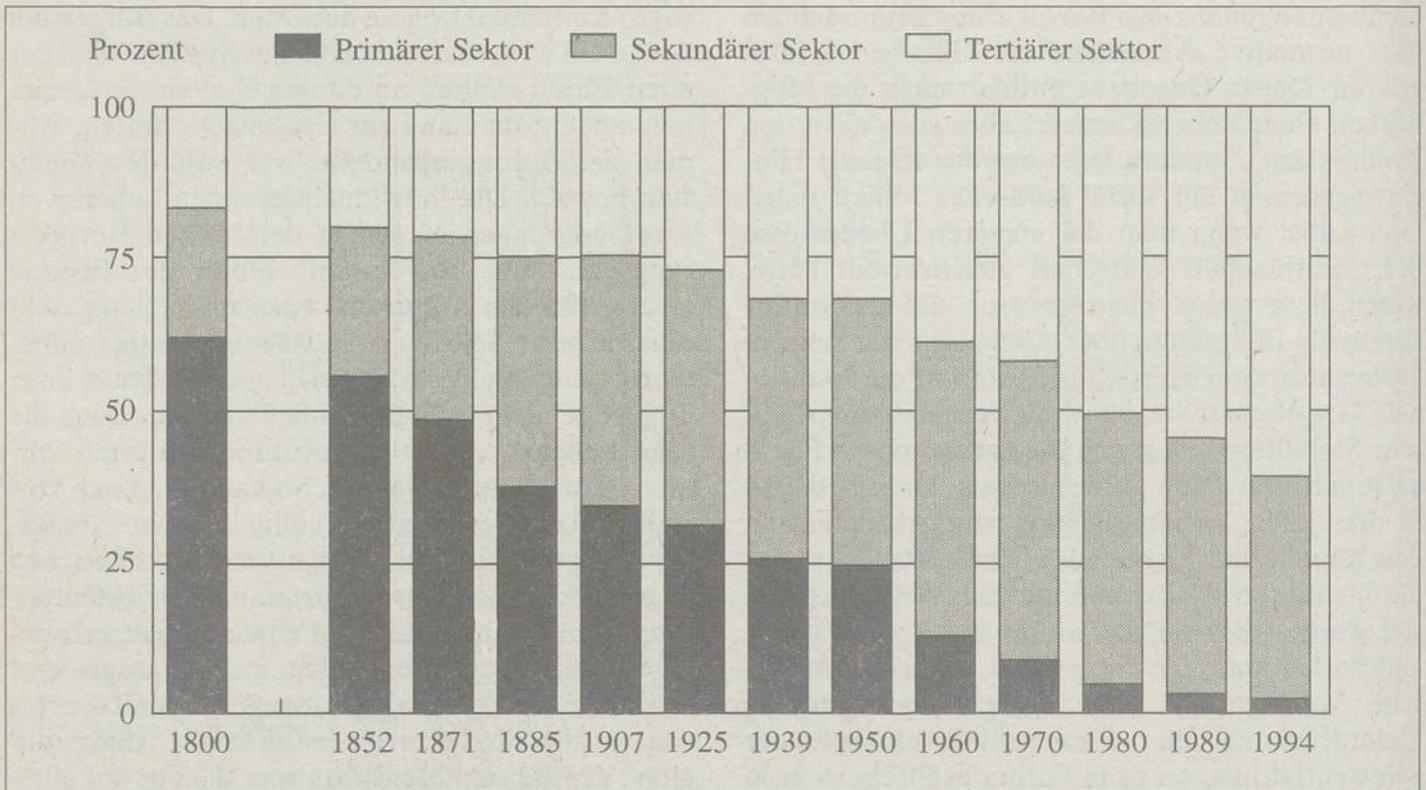
Unser oben skizziertes graphisches Modell enthält allerdings über den Kausalzusammenhang Modernisierung – Individualisierung – Wertewandel hinaus auch eine Rückkopplungswirkung des Wertewandels auf die Modernisierung selbst. In der ausgereiften Wertewandelsgesellschaft ist es denkbar, daß über etablierte „subjektive“ Institutionen wie Märkte, die Konkurrenzdemokratie und die Medien eine Einwirkung der sich wandelnden Werte auf die Ausrichtung der Modernisierung selbst möglich wird. Das verleiht der bisher eher objektiv verstandenen Modernisierung einen stärker subjektiven Charakter (*Stefan Hradil*). Von daher ist auch die Charakterisierung des gegenwärtigen Gesellschaftstyps als Wertewandelsgesellschaft motiviert.

II. Die erste Phase der Modernisierung: Von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Im folgenden soll der radikale modernisierende soziale Wandel vor allem am deutschen Beispiel empirisch nachvollzogen werden.

Die erste Phase – der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft – bringt zunächst eine

Graphik 2: Primärer, sekundärer, tertiärer Sektor. Erwerbstätige nach Wirtschaftssektoren in Deutschland und in den alten Bundesländern



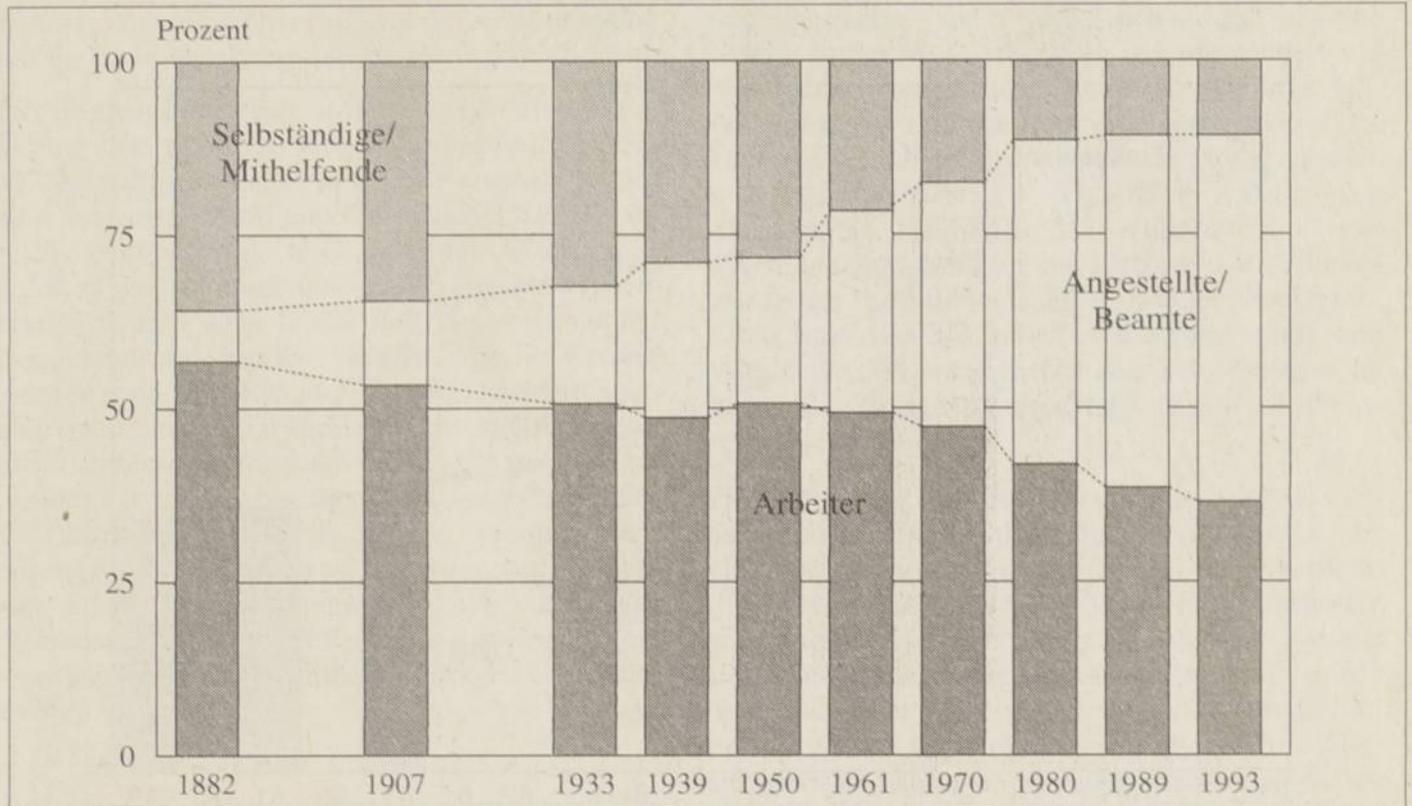
Quellen: Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen 1992; Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Köln 1995; eigene Darstellung.

dramatische Veränderung der Makrostrukturen (des Systems und der sich emanzipierenden Unter-systeme). Wichtigster Punkt ist wohl die zunehmende Emanzipation der Wirtschaft von der Politik, zumindest was den westeuropäischen Übergang zur Moderne betrifft (oder den sofortigen Start in die Moderne in amerikanischen Nordstaaten). Das drückt sich seit dem 18. Jahrhundert im Rückzug des Staates aus der Wirtschaftsregulation aus, insbesondere in Form der Gewerbefreiheit und in der Aufhebung der Erbuntertänigkeit der breiten bäuerlichen Bevölkerung. Damit entstand ein neues Großbürgertum (in England auch unter Einschluß von Teilen des Adels) und ein großes Proletariat, daß sich aus der verarmten Bauernschaft und Kleinstgewerbetreibenden auffüllte. Gleichzeitig nahm die Bevölkerung stark zu, die vormals durch rigide Heiratsbeschränkungen (die nun fielen) auf einem annähernd gleichbleibenden Niveau reguliert worden war. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts bewegte sich z.B. die englische Bevölkerung konstant bei einer Zahl von 6 Millionen. 1801 zählte sie bereits 9 Millionen, 1851 18 Millionen und schließlich 1901 33 Millionen. In Deutschland verzögerte sich zwar die Systemveränderung, dennoch stieg auch hier die Zahl der Bevölkerung von 25 Millionen im Jahr 1816 auf 35 Millionen in Jahr 1850 und schließlich bis 1900 auf 61 Millionen an.

Die Änderungen in der Bevölkerungsstruktur waren von einschneidenden Änderungen der Wirtschaftsstruktur begleitet. Zunächst expandiert der sekundäre Sektor (produzierendes Gewerbe) mit seinem Kernstück der Industrie. Arbeiteten um 1800 in Deutschland noch über 60 Prozent der Erwerbspersonen im primären Sektor (Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft), so waren es 1885 noch etwa 40 Prozent, also ebensoviel wie inzwischen im sekundären Sektor (Graphik 2). Dank des wissenschaftlichen und industriellen Fortschritts (Einsatz von Maschinen und Agrarchemie) konnte das Land die gewaltig gewachsene Bevölkerung bald besser ernähren als früher. Schließlich überflügelte der sekundäre Sektor alle anderen Sektoren und wurde zum dominierenden Wirtschaftsbereich. Auch in diesem Prozeß war England der Vorreiter, dort arbeiteten 1880 nur noch 10 Prozent der Bevölkerung im primären Sektor, knapp 45 Prozent im sekundären, der Rest bereits im tertiären Dienstleistungssektor.

Mit dem Wachstum des sekundären Sektors explodierten die industriellen Großräume bzw. -städte (Sachsen, Berlin, Ruhrgebiet, Rhein-Main), in die ganze Völkerwanderungen vor allem aus dem besonders agrarisch geprägten Osten zogen. Zwischen 1871 und 1939 legten die Großstädte ab 100 000 Einwohner in Deutschland um insgesamt

Graphik 3: Wandel der Berufsstellung. Erwerbstätige nach ihrer Stellung im Beruf 1882–1993 in Deutschland und in den alten Bundesländern



Quelle: Siehe Graphik 2.

20 Millionen Einwohner zu, während die Landgemeinden unter 2 000 Einwohnern in dieser Zeit immerhin einen Sockel von 21 Millionen Einwohnern halten konnten. So stellt sich am Ende des 19. Jahrhunderts Deutschland als eine verstädterte Industriegesellschaft mit einer quantitativ dominierenden (und bereits in sich differenzierten) Arbeiterklasse dar (Graphik 3). Das ist das soziale Umfeld der reformerischen und der revolutionären Arbeiterbewegung. Aus einer durch die Bevölkerungsexplosion und Wanderung in die Städte zusammengewürfelten Masse, deren Größe und Verfügbarkeit den Preis der Arbeit drückte, war nun in Deutschland eine organisierte, zum Teil umworbene Gegenmacht zu den besitzenden Klassen geworden, was die Lage der Arbeiter direkt oder indirekt verbesserte.

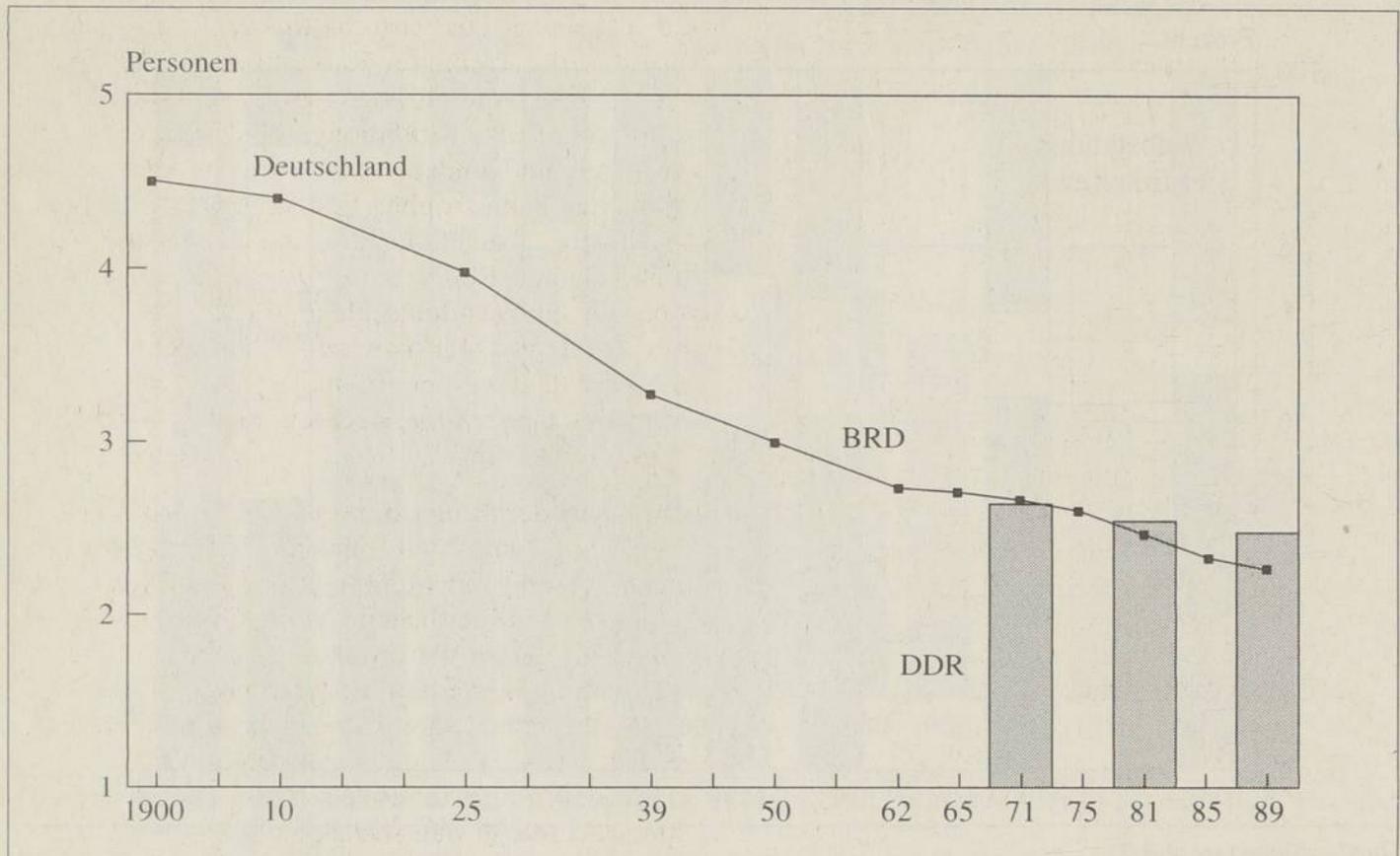
III. Der Übergang zur Wertewandels-gesellschaft: Sparsame Bevölkerungs-weise, Verkleinerung der Haushalte, Veränderung der Erziehungspraxis

Um die Jahrhundertwende beginnt in Deutschland eine Übergangsperiode, die äußerlich durch Revo-

lution, Kriege und Inflationen sowie durch die Nazizeit und ihre Folgen gekennzeichnet ist und die schließlich in der heutigen Wertewandels-gesellschaft endet. Trotz politischer und ökonomischer Turbulenzen setzen sich langfristige und im Vergleich zu früher „weichere“ Strukturwandlungen durch, die letztlich mit größeren Lebenschancen, mehr Freiheit und besseren Möglichkeiten der Selbstentfaltung für immer größere Teile der Bevölkerung einhergehen. Das hat Auswirkungen auf die demographische Entwicklung der Bevölkerung: die *Bevölkerungsweise*.

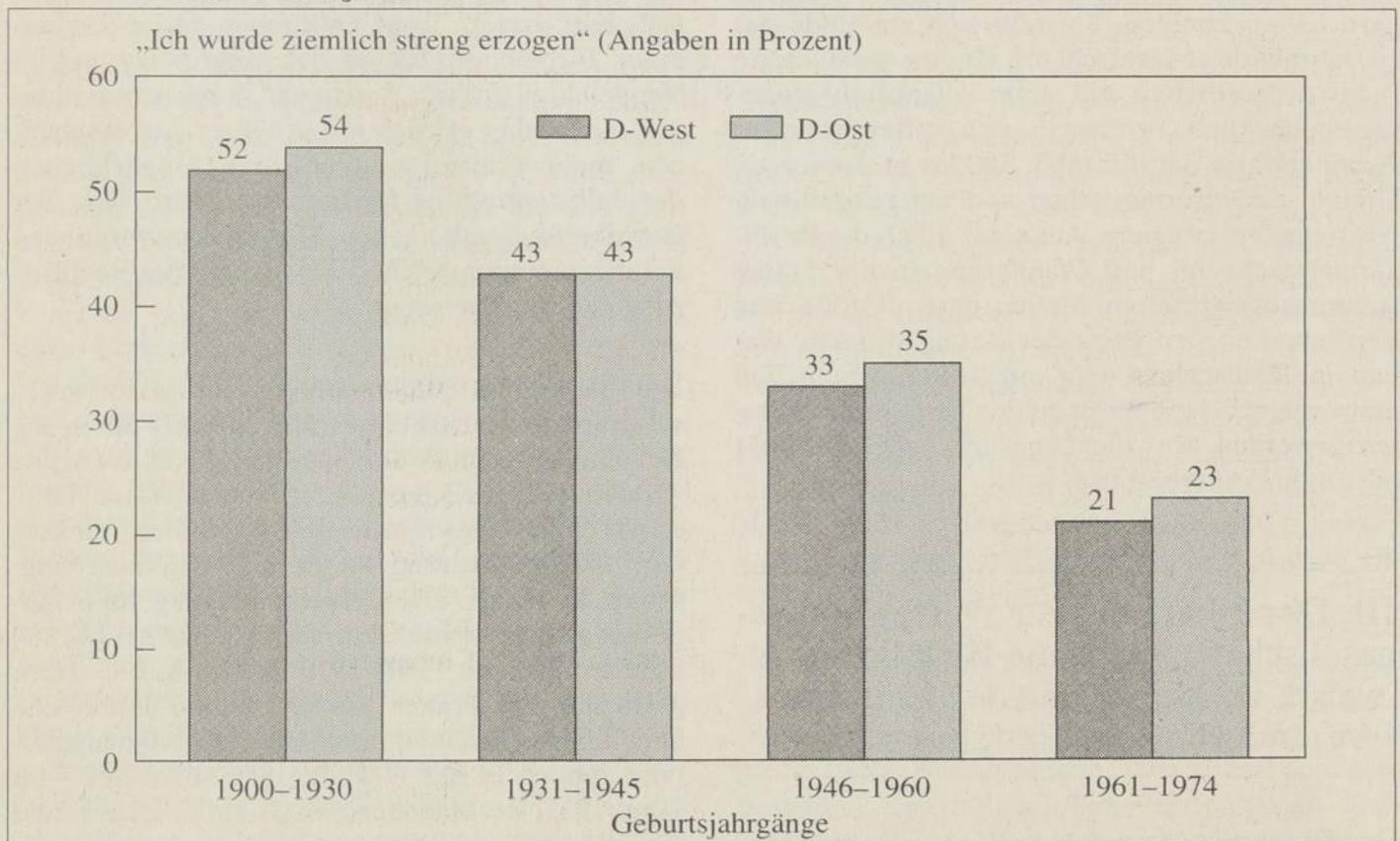
Die Geburtenrate fällt seit dem Jahrhundertwechsel dramatisch, und dieser Fall ist auch durch die Bevölkerungspolitik der Nazis nur etwas korrigiert worden. Nur weil durch den medizinischen Fortschritt auch die Sterbeziffern deutlich sanken, stieg die Bevölkerung weiter an, wenn auch langsamer als früher. Die Lebenserwartung von Männern war bereits zwischen der Dekade 1871–1880 und der Dekade 1901–1910 von 36 auf 45 Jahre gestiegen, bei Frauen von 39 auf 48 Jahre. Die Säuglingssterblichkeit sank von 24 je 100 neugeborene Jungen in der Dekade 1881–1890 auf 7 im Jahre 1933, bei Mädchen von 21 auf 5. Damit fand ein historischer Übergang von einer „verschwendenden“ zu einer „sparsamen“ Bevölkerungs-

Graphik 4: „Kleinere Haushalte“. Durchschnittliche Haushaltsgröße in Deutschland, BRD und DDR (1900–1989)



Quelle: Statistische Jahrbücher; eigene Darstellung.

Graphik 5: „Weniger Strenge“. Erinnerung an die Kindheit in den alten und neuen Ländern nach Geburtsjahr



Quelle: Daten des Instituts für Demoskopie (IFD) Allensbach; eigene Darstellung.

weise statt. Das heißt, immer weniger Menschen werden geboren, und die Lebenden haben (außer in Kriegszeiten) höhere Chancen zu überleben, und sie leben überhaupt länger.

Auffällig kontinuierlich ist der Prozeß der Verkleinerung der privaten Haushalte verlaufen. Die Durchschnittsgröße fiel von 4,5 Personen (1900) auf 4 Personen (1925) und schließlich 3,3 Personen (1939) (Graphik 4). Die Zahl der Kinder pro Haushalt war schon damals im Vergleich zu früher relativ niedrig. Das heißt, daß die wachsenden Ressourcen auf weniger Köpfe verteilt werden konnten und die Kinder in den Familien auch mehr menschliche Zuwendung und mehr Freiheiten erfuhren. Es vollzog sich ein Prozeß schleichender Liberalisierung des Erziehungsverhaltens, der sich vor allem in einer abnehmenden „Strenge“ der Erziehung dokumentiert (Graphik 5)⁴. In dieser unbemerkten Veränderung der Erziehungspraktiken muß die unmittelbare Vorbereitung des Wertewandels in der Bevölkerung gesehen werden⁵.

IV. Der Wertewandel: Aufwertung von Selbständigkeit, Mitbestimmung und Lebensgenuß

Der eigentliche Übergang zur Wertewandelsgesellschaft ist jedoch ohne weitere einschneidende Veränderungen nicht zu denken. Was die Übergangsperiode der ersten Jahrhunderthälfte den Deutschen nicht bieten konnte, war eine relativ stetige Prosperität, eine relativ egalitäre Wohlfahrt für die Masse der Bevölkerung und stabile demokratische gesellschaftliche Rahmenbedingungen. Gerade die deutsche Entwicklung war gekennzeichnet durch soziale, regionale und kulturelle Zerrissenheit. Sie krankte letztlich an einer Unvollständigkeit der Modernisierung auf der Systemebene. Die ideologische Kluft zwischen Arbeiterklasse und besitzenden Klassen, zwischen Protestantismus und Katholizismus machte gemeinsam geteilte Grundwerte, die ein demokratisches Staatswesen hätten tragen können, unmög-

4 Vgl. Karl-Heinz Reuband, *Autoritarismus und Familie – Zum Wandel familialer Sozialisationsbedingungen Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland*, in: ders./Franz Urban Pappi/Heinrich Best, *Die deutsche Gesellschaft in vergleichender Perspektive*, Opladen 1995.

5 Vgl. Helmut Klages, *Verlaufsanalyse eines Traditionsbruchs*, in: ders., *Traditionsbruch als Herausforderung. Perspektiven der Wertewandelsgesellschaft*, Frankfurt am Main – New York 1993.

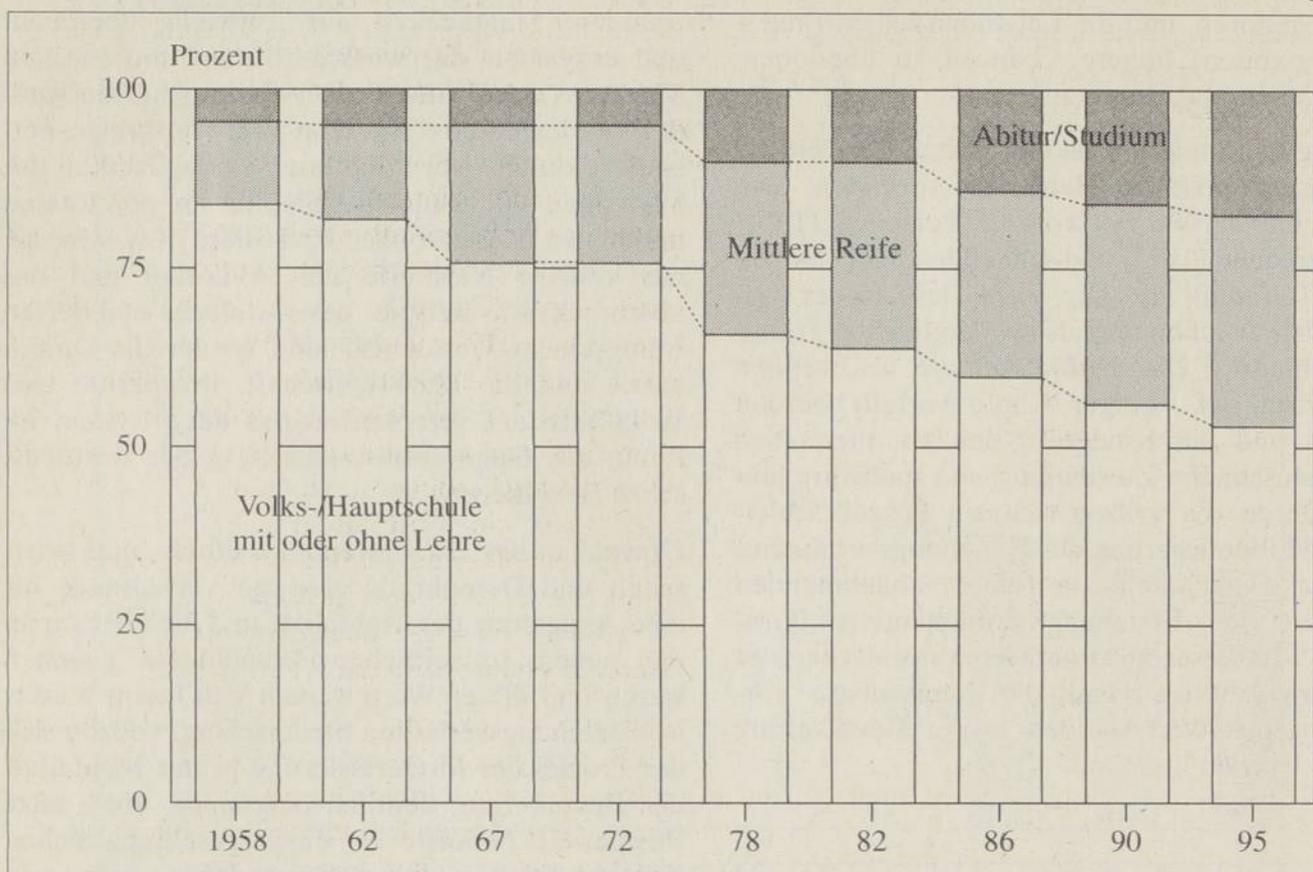
lich. Diese Zerrissenheit, die durch autoritäre oder totalitäre Staatlichkeit nur zeitweilig überdeckt und angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Misere in der Weimarer Republik nicht überwunden werden konnte, führte in zwei Weltkriege, entwertete durch zwei Inflationen einen Großteil der Vermögen und endete schließlich in der totalen nationalen Katastrophe. Erst diese Katastrophe, die kräftige Nachhilfe der Alliierten und das abschreckende Beispiel des Ostblocks etablierten wenigstens in Westdeutschland wieder die Demokratie und die Marktwirtschaft. Prosperität und Wohlfahrtstaat verankerten das neue System im Laufe des Generationswechsels in der westdeutschen Bevölkerung.

Obwohl in der Bundesrepublik durch Marktwirtschaft und Demokratie günstige Verhältnisse für eine Anpassung der Mentalität und ihrer Werte an die neuen freiheitlichen Verhältnisse gegeben waren und dieser Wertewandel sich latent bereits im Erziehungsverhalten niederschlug, vollzog sich der Prozeß der Modernisierung in der Mentalität der Bevölkerung deutlich langsamer. Trotz aller Prosperität bedurfte es eines gesellschaftlichen Klimawechsels in den sechziger Jahren, um einen heftigen Wertewandelsschub auszulösen, der innerhalb zweier Jahrzehnte die Wertelandschaft der Bundesrepublik deutlich veränderte⁶. Die wirren gesellschaftlichen Verhältnisse des abgelaufenen Jahrhunderts hatten in den älteren Teilen der Bevölkerung eine starke Sicherheitsneigung und Experimentierunlust verankert („Keine Experimente“) und eine Abwendung von der öffentlichen Sphäre hin zum privaten Glück in der Familie verursacht („Ohnemichel“). Wiederbelebte Eliten aus der Weimarer Zeit prägten mit ihren zwar demokratisch gemeinten, aber „kulturell angestaubten“ Werten die Situation. Diese Stimmung war dominierend in den fünfziger Jahren. Einige Strukturveränderungen waren in Deutschland durch den Wiederaufbau nur verzögert erfolgt, so die Entwicklung des Dienstleistungssektors. Die Expansion höherer Bildung und die soziale Mobilität stockten.

Ab den sechziger Jahren sorgte dann ein ganzes Bündel von Faktoren für heftige Turbulenzen im Wertesystem großer Teile der Bevölkerung. Der gesellschaftliche Klimawechsel in der politischen Kultur, die allmähliche Gewöhnung an und das

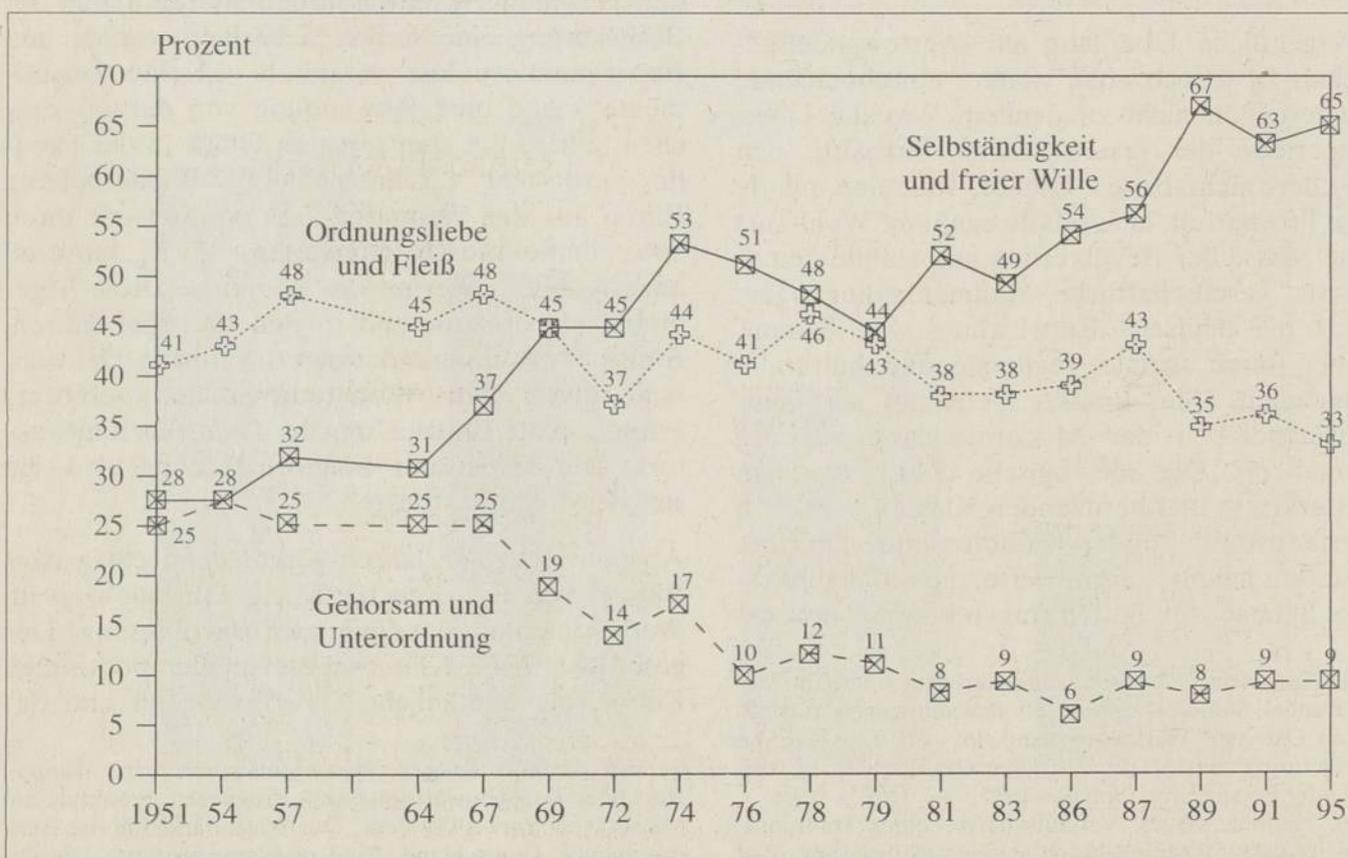
6 Vgl. Helmut Klages, *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick – Gegenwartsanalyse – Prognosen*, Frankfurt am Main – New York 1984; ders., *Der Wertewandel in der Bundesrepublik Deutschland. Eine problemorientierte Hinführung zu Fakten und Deutungen*, in: E. Janssen/U. Möwald/D. Ölschleger (Anm. 1).

Graphik 6: „Bildungsrevolution“. Schul- und Berufsabschlüsse in der westdeutschen Bevölkerung



Quelle: Siehe Graphik 5.

Graphik 7: Erziehungsziele 1951–1995. Elterliche Erziehungsziele in der Bundesrepublik Deutschland (ohne neue Länder) im Zeitverlauf



Quelle: Walter Tacke, Von der Majestät des Trends, in: umfrage und analyse, (1995) 5/6; eigene Darstellung.

Vertrauen in stabilen bzw. steigenden Wohlstand und zunehmende sozialstaatliche Absicherung, zunehmende Tertiärisierung der Wirtschaft, begleitet von der Zunahme der Zahl sicherer Angestellten- und Beamtenpositionen, und schließlich die Bildungs- und Medienexpansion brachten Bewegung in die Werte (vgl. die Graphiken 2 und 3 sowie die Graphik 6). Anhand einiger weniger Langzeitreihen kann man diesen Wandel belegen.

Die prominenteste Zeitreihe der Werteforschung resultiert sicher aus der seit 1951 mehr oder weniger kontinuierlichen Abfrage einer Alternative elterlicher Erziehungsziele durch EMNID (Graphik 7). In der schmalen Auswahl dreier Erziehungsziele gab die westdeutsche Bevölkerung bis in die sechziger Jahre hinein den ökonomischen Sekundärtugenden „Ordnungsliebe und Fleiß“ klar die Priorität. Im Laufe der zweiten Hälfte der sechziger gewann das Erziehungsziel „Selbständigkeit und freier Wille“ die Oberhand. 1969 hatte es mit 45 Prozent mit „Ordnungsliebe und Fleiß“ gleichgezogen; 1974 wurde es mit 53 Prozent von mehr als der Hälfte der Westdeutschen vertreten. In den siebziger Jahren boten sich beide Optionen ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das in den achtziger und den neunziger Jahren mit einer Zweidrittelmehrheit zugunsten der Liberalität entschieden wurde. Die durch die Modernisierung der Gesellschaft erfolgte Individualisierung der Lebenswelt war nun auch auf der Mentalitätsebene manifest geworden (zumindest im Spiegel der Demoskopie).

Die dritte Alternative der zitierten Zeitreihe offenbart noch einmal das, was wir vorhin als den schleichenden Wandel der Erziehungspraxis in der ersten Jahrhunderthälfte beschrieben haben. „Gehorsam und Unterordnung“ als traditionell-autoritäres Erziehungsleitbild stellte bereits zu Beginn der fünfziger Jahre nur noch eine Residualgröße dar. Der Wertewandel – meßbar an der Veränderung der Erziehungsziele – ging mit einer Sensibilisierung der Bevölkerung für öffentliche Belange einher (Graphik 8). Gab es in den fünfziger Jahren noch eine relative Mehrheit, die „gar kein politisches Interesse“ (mehr als ein Drittel der Befragten) bekundete, so ging der Anteil der politisch völlig Desinteressierten ab den sechziger Jahren in einer Scherenbewegung auf eine Restgröße von ca. 10 Prozent zurück, und ein Block von 40 bis 50 Prozent der Bevölkerung konnte politisch mobilisiert werden. Dieses Phänomen ist deswegen so bedeutsam, weil hier der zunächst eher privat vollzo-

gene Wertewandel eine wichtige öffentliche Schnittstelle zum „System“ erhält.

Eine dritte Allensbacher Langzeitreihe bringt einen weiteren Aspekt der modernen Wertedynamik zum Ausdruck (Graphik 9). Indizieren die beiden Zeitreihen in Graphik 8 den mentalen Trend zum Individualismus in Form der Aufwertung allgemeiner Selbstentfaltungs- und Mitbestimmungsaspekte⁷ in der Bevölkerung, so ist die in Graphik 9 präsentierte Zeitreihe Ausdruck des modernen Trends zum „Hier und Jetzt“. Statt eines Lebens in Mühsal und Plage tritt stärker die Genußseite des Lebens in den Vordergrund, oder wenigstens will man sich nicht einseitig für Plage oder Genuß entscheiden. Allerdings fand nur bei den unter 30jährigen ein Prioritätenwechsel statt, in der Gesamtbevölkerung halten sich „protestantische Ethik“ und „Hedonismus“ nach einem Wandlungsschub zwischen den sechziger und siebziger Jahren bis heute etwa die Waage.

Die hohe Priorität des Erziehungsleitbildes „Selbständigkeit“ bringt einen Konsens zum Ausdruck, der vom Idealbild (und der prinzipiellen Funktionalität) des frei und eigenständig entscheidenden Individuums ausgeht. Wenn Jugendliche dem „Lebensgenuß“ in Gegenüberstellung zum „Leben als Aufgabe“ die Priorität einräumen, dann ist das Ausdruck des seit den siebziger Jahren deutlich verlängerten jugendlichen Ausbildungsmoratoriums, das als private und (vor)berufliche Experimentierphase verstanden wird.

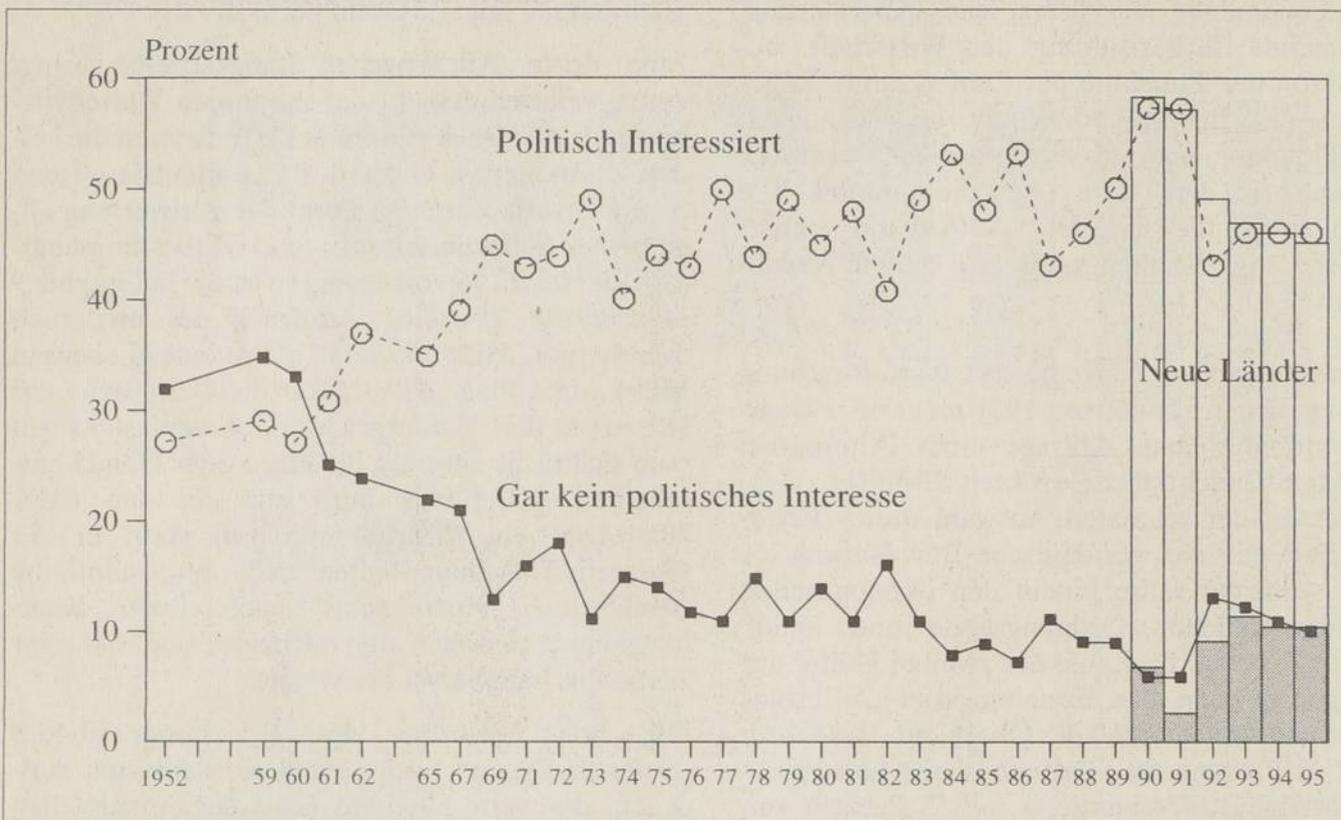
V. Deutschland in den neunziger Jahren: Wohin geht die weitere Werteentwicklung ?

In der Tradition der Speyerer Werteforschung⁸ haben wir ein Instrument entwickelt, das die heu-

7 Vgl. auch Heiner Meulemann, Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation, Weinheim – München 1996.

8 In Speyer wird vom Verfasser zur Zeit das Projekt „Wertewandel in den neunziger Jahren. Tendenzen und Probleme“ unter der Leitung von Helmut Klages durchgeführt, das von der Robert Bosch Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung unterstützt wird. Die folgende Darstellung stützt sich auf Erkenntnisse der Speyerer Werteforschung und knüpft an einen Beitrag des Verfassers in dieser Zeitschrift an. Vgl. Thomas Gensicke, Wertewandel und Familie. Auf dem Weg zum „egoistischen“ oder „kooperativen“ Individualismus?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/94; ders., Deutschland im Wandel. Sozialer Wandel und Wertewandel in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung, in: Speyerer Forschungsberichte Nr. 154 (1996²).

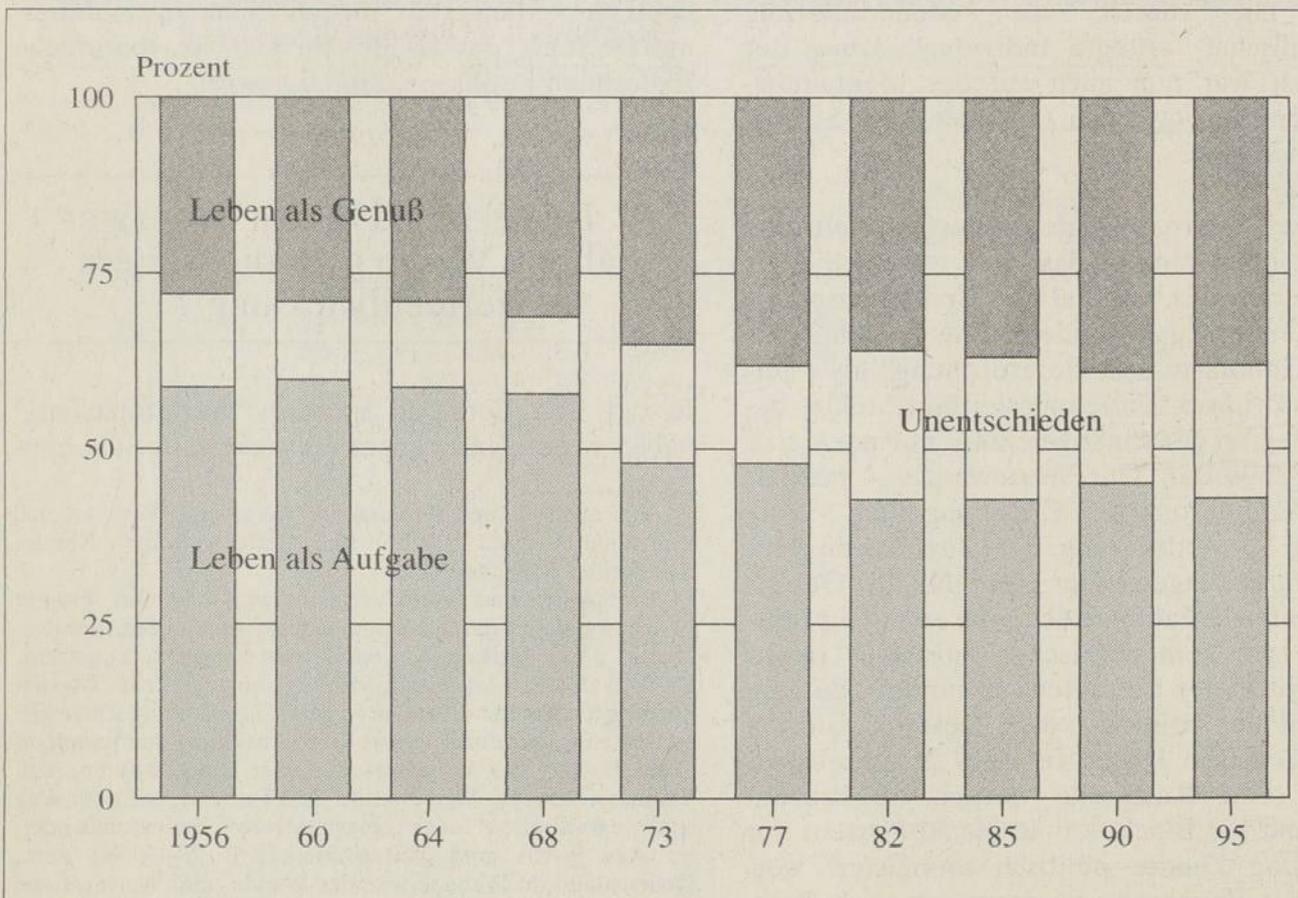
Graphik 8: Politisch interessiert? (1952–1995; Bundesrepublik Deutschland)



Restwerte zu 100: „Nicht besonders interessiert“.

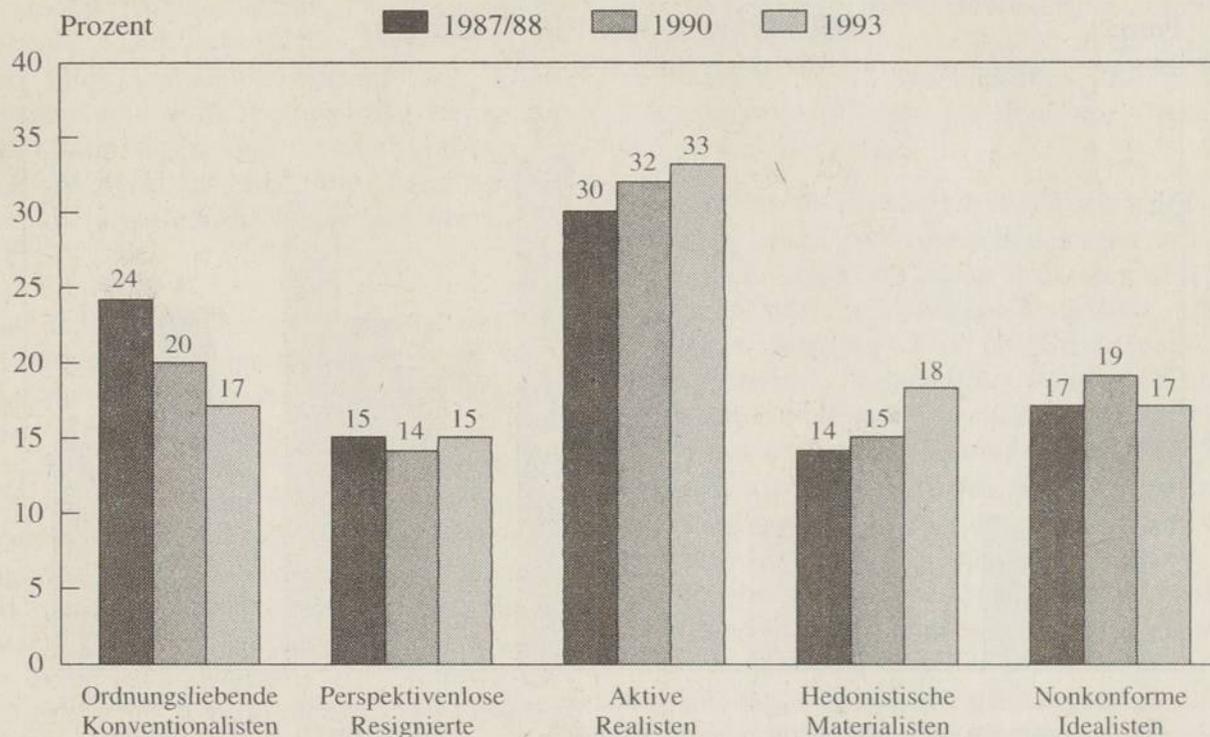
Quelle: Siehe Graphik 5.

Graphik 9: Leben als Aufgabe oder Genuß? (1956–1995; Bundesrepublik Deutschland; ohne neue Länder)



Quelle: Siehe Graphik 5.

Graphik 10: Mehr Hedonats und Realisten. Wertetypen in Westdeutschland 1987/88–1993
(Bevölkerung ab 18 Jahre)



Quellen: Daten: Eigene repräsentative Befragung 1987/88 (n = 6 000); Repräsentative Befragung der Forschungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen, Mannheim 1990 (n = 1 700); Sozioökonomisches Panel (SOEP) Westdeutschland 1993 (n = 6 800).

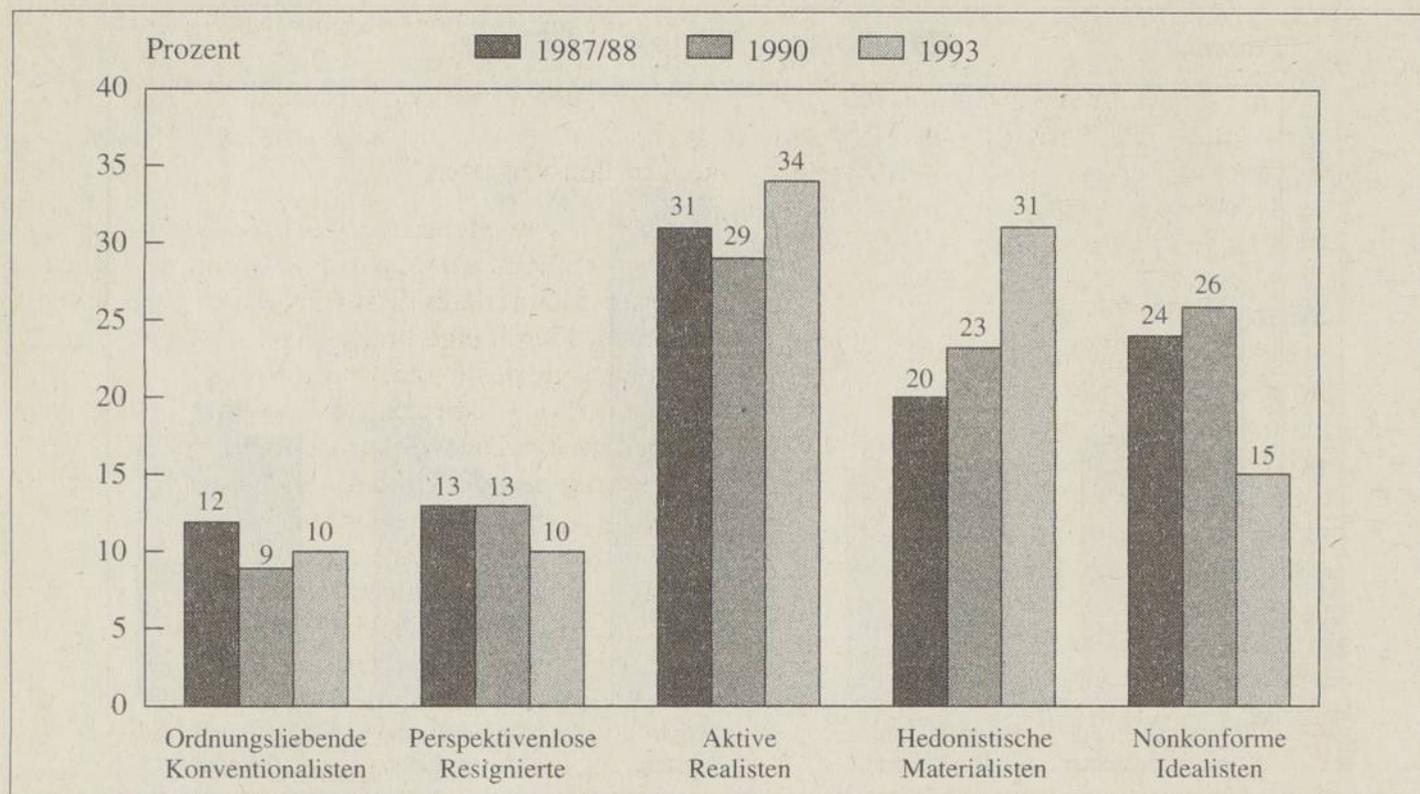
tige Situation des Wertewandels und seine Auswirkungen differenzierter erfassen soll, als das anhand von Durchschnittswerten mit linearen (auch diskontinuierlichen) Trends einzelner Werteindikatoren bzw. in Form von Trends von Wertealternativen („liberal“ versus „autoritär“, „hedonistisch“ versus „asketisch“) möglich ist. Eine wichtige Leitidee war dabei, daß in der Realität bei einzelnen Personen oder auch größeren Personengruppen „Wertekompromisse“ zwischen Pflicht- und Akzeptanzwerten und Selbstentfaltungswerten mindestens ebenso wahrscheinlich sind wie „Wertekonflikte“. Neben den Möglichkeiten „Wertekomproß“ (besser ausgedrückt „Wertesynthese“ und im folgenden so bezeichnet) und „Wertekonflikt“ hat sich jedoch auch die Möglichkeit eines „Werteverlustes“ (also eines „Weder-Nochs“ der Wertegruppen) als ebenso realistisch erwiesen⁹.

Die Graphik 10 zeigt die Verteilung von Wertemustern (die wir Wertetypen nennen) in der

erwachsenen westdeutschen Bevölkerung zu drei Meßpunkten. Obwohl drei Möglichkeiten des Wertekonfliktes – ausgedrückt in der subjektiven Zuordnung zu den Typen *Ordnungsliebende Konventionalisten*, *Nonkonforme Idealisten* und *Hedonistische Materialisten* – zugelassen waren, erreicht die Wertesynthese (*Aktive Realisten*) mit etwa einem Drittel stets die stärksten Anteile in der Bevölkerung. Auch die Variante des Werteverlustes (*Perspektivenlose Resignierte*) erzielt mit etwa 15 Prozent zu jedem Zeitpunkt nennenswerte Anteile. Die gesamte Verteilung ist zwar ziemlich stabil, dennoch gibt es einen deutlichen Trend weg vom konventionalistischen Wertekonflikt bzw. der sich dem Wertewandel verweigernden Wertekonstanz (*Ordnungsliebende Konventionalisten*). Konventionalisten sind von der Diskrepanz zwischen hoch ausgeprägten Pflicht- und Akzeptanzwerten (Gesetz und Ordnung, Sicherheit, Fleiß und Ehrgeiz), aber niedrig ausgeprägten hedonistisch-materiellen Selbstentfaltungswerten (Lebensgenuß und Lebensstandard) und niedrig ausgeprägten idealistischen Selbstentfaltungswerten (Kreativität und Engagement) beherrscht. Von den drei oben genannten konflikthafter Wertetypen nimmt – insbesondere zwischen 1990 und 1993 – anteilmäßig nur der des sogenannten hedonistischen Materialisten (kurz

⁹ In unseren Analysen seit Anfang der achtziger Jahre haben sich in der Bevölkerung Wertekonflikt, Wertesynthese und Werteverlust über alle Messungen hinweg als wahrscheinliche Möglichkeiten wiederholt. Dabei war insbesondere die Wertesynthese immer am stärksten ausgeprägt.

Graphik 11: Mehr Hedomats, weniger Idealisten. Wertetypen in Westdeutschland 1987/88–1993 (18–30jährige)



Quelle: Siehe Graphik 10.

Hedomat) zu, der hoch ausgeprägte hedonistische und materielle Werte mit abgesenkten Pflicht- und Akzeptanzwerten kombiniert. Der Anteil des Typus des Idealisten, für den ein idealistisch motivierter Konflikt mit den Pflicht- und Akzeptanzwerten typisch ist, stagniert dagegen. Das gilt auch für den Anteil der Resignierten (Möglichkeit des „Werteverlustes“).

Das Bild wird noch deutlicher, wenn man nur die Entwicklung bei den 18- bis 30jährigen zu den gleichen Meßpunkten betrachtet (Graphik 11). Konventionalisten stellen in dieser jüngsten Altersgruppe nur noch eine Restgröße dar. Die Entwicklung wird hier vor allem durch die Konkurrenz zwischen Aktiven Realisten (Wertesynthese) und zunächst den Idealisten (bis 1990), dann jedoch vor allem mit den Hedomats (1993) bestimmt.

Konventionalisten findet man vor allem da, wo hohes Alter eine Werteanpassung an eine sich verändernde Welt nicht mehr nötig oder nicht mehr möglich macht. Idealisten traf man bisher vor allem dort an, wo aus einer bereits günstigen sozialen Ausgangsposition überdurchschnittlich von modernen Strukturwandlungen zur Dienstleistungsgesellschaft (Medien, kultureller und akademischer Bereich) profitiert wurde und dennoch die

wirklichen oder auch vermeintlichen Defizite dieser modernisierenden Entwicklung am deutlichsten bewußt wurden. Hedomats expandierten vor allem da, wo die Offenheit gegenüber dem gesellschaftlichen Trend zur liberalisierten und kommerzialisierten Konsumgesellschaft besonders ausgeprägt war – bei jungen Menschen aus der unteren Mittelschicht.

Ein Hintergrundfaktor der Expansion des Hedomaterialismus unter den jungen Leuten auf Kosten des Idealismus ist sicherlich der Zusammenbruch des Staatssozialismus, der bis dahin als idealistisches Gegenmodell zum kapitalistischen System fungierte. Ein weiterer Faktor dürfte das expandierende Privatfernsehen sein, das inzwischen die jungen Leute von Kindheit an fest im Griff hat und diese dem Trommelfeuer der Konsumwerte aussetzt. Wenn man außerdem die weithin grassierende Politikverdrossenheit bedenkt, läßt sich der erdrutschartige Verfall des bisherigen Leittypus des Idealisten bei jüngeren Leuten verstehen. Profiteur war der Hedomat, ein jugendlicher Typus, der einen offenen – „natürlichen“ – Egoismus zur Schau stellt und – deutlich stärker als alle anderen Wertetypen – Gewalt als Mittel der Problemlösung akzeptiert. Damit entwickeln Hedomats eine Neigung, den Wertekonsens der Bevölkerung überhaupt in Frage zu stellen. Zwar hat die Bevöl-

kerung Pflicht- und Akzeptanzwerte ab- und Selbstentfaltungswerte aufgewertet, dennoch hält sie im breiten Konsens an einer Gruppe von Werten wie „Gutes Familienleben“, „Vertrauensvolle Partnerschaft“, „Freundschaft“, „Gesundheitsbewußtsein“ und „Umweltbewußtsein“ fest. Diese Konsenswerte sind vom Wertewandel wenig tangiert. Man kann sagen, daß sie die Sinnbasis des eigentlich „Wertvollen“ sind, die ihren Schwerpunkt im überschaubaren Nahbereich der Individuen hat¹⁰.

Hedomats entwickeln nun die Neigung, sich von diesen Grundvorstellungen des Sinn- und Wertvollen abzukoppeln. Damit beginnt sich bei ihnen das Werteverständnis überhaupt grundlegend zu ändern, so daß Werte nur noch Teil einer Anpassungsstrategie an die äußeren (materiellen oder genießerischen) Möglichkeiten sind. Bei jüngeren Leuten wurde damit ein idealistisches Werteverständnis zurückgedrängt, innerhalb dessen bestimmte ausgewählte Werte zwar auch (wie die Grundwerte¹¹) ein „hohes Gut“ darstellen (wie im Wertekonsens der Bevölkerung). Dieses Gut muß aber gerade im Konflikt mit der Gesellschaft gelebt werden. Es kann daher unter den aktuell wahrgenommen (und von Idealisten eher negativ bewerteten) Umständen allenfalls in bestimmten sozialen Nischen realisiert werden.

Welche Rolle spielt nun die Wertesynthese in Form der Aktiven Realisten in der modernen Gesellschaft? Einen Trend zur Wertesynthese (also der zunehmenden Vereinbarkeit von Werten, die vormals stärker kontrastierten) konnten wir in unseren Bevölkerungsbefragungen in letzter Zeit generell feststellen. Unter jungen Leuten war der Typus des Aktiven Realisten neben dem Idealisten und dem Hedomat immer attraktiv, wobei allerdings periodische Schwankungen auftraten. Einen relativ krisenfesten Schwerpunkt hat die Wertesynthese vor allem in den älteren

mittleren Jahrgängen. Interessant ist an der Wertesynthese, daß sie mit noch höherer Wertschätzung der ohnehin hoch ausgeprägten konsensuellen Wertebasis der Bevölkerung einhergeht. Aktive Realisten weisen jedoch auch eine hochentwickelte Verantwortungsethik auf und sind überproportional in sogenannten Verantwortungsrollen vertreten.

Das Profil von Menschen mit Wertesynthese verweist vor allem auf einen geglückten Sozialisationsprozeß. Innerhalb dieses Prozesses wird bereits in jungen Jahren eine breite Wertebasis aufgebaut, die als „wetterfeste“ Ziel- und Strebenssphäre vor allzuschneider Frustration und Resignation geschützt ist¹². Die Wertesynthese ermöglicht eine individualisierende Umdeutung von Pflicht- und Akzeptanzwerten, die diese zu Tugenden im Rahmen einer eigenaktiven Lebensführung in Verantwortungszusammenhängen umfunktioniert. Dabei mögen günstige soziale Umstände und eine hohe Leistungs- und Karriereorientierung mitspielen, eine exklusive Bindung der Wertesynthese an formal günstige Soziallagen gibt es jedoch nicht. Sie tritt vielmehr in allen Lagen bis zur unteren Mittelschicht auf.

Welche Potentiale besitzen nun die modernen Wertetypen Idealist, Hedomat und Realist angesichts der Situation der neunziger Jahre? Diese könnte auf einen Bruch mit der bisherigen (europäischen) sozialstaatlichen Ausrichtung der Modernisierung hinauslaufen und damit erhebliche Konsequenzen für die weitere Wertedynamik in der Bevölkerung haben. Ursache dafür ist die nun forcierte Globalisierung der Weltwirtschaft, die zwar bereits in den achtziger Jahren im Gange, aber noch durch den Systemgegensatz zwischen Ost und West eingeschränkt war. Die national gebundenen Arbeitnehmer oder Sozialstaatsbürger verlieren damit ihre bisher vergleichsweise starke Stellung gegenüber dem nun (noch) stärker international agierenden Kapital. Nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus besteht keine ideologisch motivierte Veranlassung mehr, die soziale Qualität der Marktwirtschaft zu demonstrieren. Vor allem jedoch öffnete die weltweite Deregulierung riesige Märkte, die angesichts der problemlos gewordenen Kommunikationsmöglichkeiten und der dortigen geringen Kosten der Produktionsfaktoren verstärkt das Kapital

10 Diese Grundwerte Familie, Partnerschaft, Freundschaft, Gesundheit und Natur sind wahrscheinlich das Resultat der Übergangsperiode zur Wertewandels-gesellschaft. Sie sind Ausdruck eines Trends von der Orientierung an der (objektiven) sozialen Norm zum (subjektiven) Wert als Leitgröße des menschlichen Verhaltens. Diese Entwicklung hat wahrscheinlich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der breiten Bevölkerung stattgefunden, insbesondere im Zusammenhang mit der Ver(klein)bürgerlichung der Lebensweise nach dem Vorbild der bürgerlichen Familie.

11 Ein Grundwertekonsens hat sich in der Bevölkerung inzwischen auch in bezug auf die Gesellschaft hergestellt: Persönliche Freiheit, Soziale Gerechtigkeit, Recht und Ordnung sowie Frieden sind die allgemein geteilten gesellschaftlichen Grundwerte der Bevölkerung.

12 Aktive Realisten scheinen weitgehend identisch mit den sogenannten „starken Menschen“ zu sein, die Elisabeth Noelle-Neumann in den Daten des IFD Allensbach entdeckt hat. Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Thomas Petersen, Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie, München 1996.

anziehen. Wenn die im Moment gehandelten Szenarien Wirklichkeit werden, dann wird ein Umschwenken der noch sozialstaatlich verfaßten Bundesrepublik Deutschland auf das „amerikanische Modell“ denkbar. Die Folgen wären eine stärkere soziale Auslese, längere Arbeitszeiten und Lebensstandardabsenkungen für die Bevölkerung, wodurch die spezifischen Rahmenbedingungen der Modernisierung in den Sozialstaaten aufgehoben würden.

Die deutsche Färbung des Wertewandels, die aufgrund des Protestes gegen die Reste eines obrigkeitstaatlichen Konservatismus und der relativ egalitären Anhebung des Lebensstandards auf der Basis staatlicher Umverteilungssysteme eine stark idealistische Komponente hatte, stünde dann (noch mehr als ohnehin schon) zur Disposition. Im Prinzip kann die Ausbreitung des Hedomaterialismus in den achtziger Jahren, die ihren (verspäteten) Scheitelpunkt in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und im Einheitsboom 1991/92 erreichte, bereits als eine erste mentale Anpassung an die verstärkte Amerikanisierung der Bundesrepublik gedeutet werden, allerdings noch auf Basis des sozialstaatlichen Modells.

Wenn das amerikanische Modell in Deutschland übernommen werden sollte, wäre mit einer Verhärtung auch der mentalen Landschaft zu rechnen. Es käme zu einschneidenden Veränderungen der bisher relativ entspannten sozialen Lage, die ein (nischenhaftes) Nebeneinander pluraler Wertemuster zuließ. Auch die Werte würden sich stärker auf einer vertikalen Achse „Gewinner versus Verlierer“ ausrichten. Wenigstens in einer Übergangsphase würden Realisten und Hedomats dieser neuen Situation am besten angepaßt sein – Realisten, weil sie ohnehin eine hohe Leistungsbereitschaft aufweisen, Hedomats, weil sie bei Aussicht auf materielle Gratifikation eine hohe Anpassungsbereitschaft zeigen. Die inzwischen beruflich etablierten Idealisten der mittleren Jahrgänge würden wohl ihre überdurchschnittliche soziale Stellung einigermaßen halten können. Doch bei den sich verengenden Möglichkeiten würde es für die jüngere Generation ernst. Die Gewinnerplätze sind im amerikanischen Modell limitiert und werden von ihren Besitzern verteidigt. Ohnehin können nicht alle Gewinner sein, und die halbwegs lukrativen Nischen im öffentlichen Sektor nehmen ab. Ein Teil der Jugendlichen, der aufgrund günstiger sozialer Herkunft eigentlich für absolute oder relative soziale Gewinnerplätze prädestiniert sein könnte, zeigte in unseren letzten Daten vom Herbst 1994 deutliche Resignationsneigungen.

Allein zwischen dem Frühjahr 1993 und dem Herbst 1994 sprang bei den 18- bis 25jährigen der Anteil von perspektivlosen Resignierten von 13 auf 28 Prozent, der Anteil der Aktiven sank von 37 auf 28 Prozent¹³.

Das scheint ein erster Hinweis für eine neuartige Zurückhaltung eines Teils der jungen Leute gegenüber Werten als Ziel- und Strebensaspekten des Lebens überhaupt zu sein. Man kann hier das Wort Resignation wohl vorerst nur in Anführungsstrichen setzen, weil es sich wohl noch eher um eine Wertezurückhaltung als um eine generelle Werteabstinenz handelt. Diese generelle Werteabstinenz der Resignierten trafen wir bisher vor allem bei älteren Modernisierungsverlierern aus den unteren Schichten an. Nach unseren letzten Daten sind die Resignierten dagegen mit Abstand der jüngste Wertetyp, noch vor den Hedomats. Die neue „Wertezurückhaltung“, die im Moment unter sozial eher besser gestellten jungen Leuten kultiviert wird, könnte sich angesichts eines – im Vergleich zu früher – dauerhaften Mangels an Lebenschancen zu einem neuen Trend zur Identitätslosigkeit, einer generellen Distanz zu stabilen Ziel- und Strebensgrößen des Lebens ausweiten.

Allgemein muß man sich fragen, inwiefern die Deutschen mental auf eine Amerikanisierung der sozialen Verhältnisse überhaupt vorbereitet sind. In den USA existierten immer Möglichkeiten der ideellen Kompensation für die Verlierer des sozialen Lebenskampfes, etwa in Form von vitalem Nationalstolz oder verschiedener Spielarten von Religiosität. Beide Kompensationsmöglichkeiten haben durch die spezifische Art und Weise des sozialen Wandels und des Wertewandels in Deutschland weitgehend an Bedeutung verloren. Die Daten zeigen im Moment, daß sich die „etablierte“ Bevölkerung (aber nicht die ganz jungen Leute) durch eine Art Werte-Revival gegen die neue flexiblere und unsichere Situation stemmt. Religion und das Nationale spielen dabei jedoch keine nennenswerte Rolle, wohl aber Recht und Ordnung, soziale Gerechtigkeit und familiäre Sicherheit.

Bis jetzt scheint die Bevölkerung eher auf eine Verteidigung des grundlegenden sozialen Status quo bei partieller Reformbereitschaft eingerichtet. Eine Reaktivierung von traditionellen Kompensa-

13 Diese Analysen beruhen auf einer für die 18- bis 65jährigen repräsentativen Untersuchung des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Bundeswehr München (SOWI) vom Herbst 1994, in die das Speyerer Wertemeßinstrument eingeschaltet war.

tionsformen für fehlende oder bedrohte Lebenschancen ist nicht zu erkennen. Allerdings schätzt die Bevölkerung neuerdings die kleinen Netzwerke der Familien wieder stärker und bekundet größere Leistungsbereitschaft. Die jungen Leute spalten sich stärker in die Fraktionen der Leistungsbereiten, der Glücksritter,

der Restidealisten und der abwartenden „Werteskeptiker“.

Wohin sich der Trend des sozialen Wandels in Deutschland in Zukunft wendet und wie die Wertentwicklung damit fertig wird, bleibt der empirischen Beobachtung der Zukunft überlassen.

Lebensformen und Lebensverläufe in diesem Jahrhundert

I. Einleitung

In der Moderne haben sich die Wahlmöglichkeiten und Chancen des einzelnen deutlich erhöht, einen befriedigenden Lebensstil zu finden, sich selbst zu verwirklichen und unabhängig von Tradition und Herkunft eine eigene Lebensperspektive zu leben. Das gilt besonders im modernen Wohlfahrtsstaat, der den einzelnen in hohem Maße gegen Lebensrisiken absichert. Diese Freiheiten im Bereich der privaten Lebensführung hätten – heißt es – einen hohen Preis, der im Verlust von Sicherheit und Stabilität privater Beziehungen bestehe. Darüber hinaus seien die Lebensverläufe nicht mehr traditionell vorgegeben, sondern variabel, offen und instabil geworden und verliefen folglich nicht mehr gleichförmig, sondern ähnelten dem Muster eines Flickenteppichs. Die Individuen müßten als subjektive Leistung verschiedene Komponenten ihres Lebensentwurfes miteinander kombinieren, die nicht von vornherein sinnvoll aufeinander bezogen werden könnten. Das moderne Individuum, als Sinnbastler mit einer „Bastelbiographie“¹ versehen und in einer „Patchworkfamilie“ lebend, müßte jedoch nicht unbedingt unter diesen Existenzbedingungen leiden.

Ein Blick in die amtliche Statistik der Bundesrepublik Deutschland scheint diese Interpretation des zunehmenden Risikos für das Scheitern privater Beziehungen zu bestätigen. In der Bundesrepublik steigen die Scheidungsraten seit den letzten 15 bis 20 Jahren unaufhörlich. Die Zahl der alleinerziehenden Mütter hat ein hohes Niveau erreicht. Zeitungen berichten immer häufiger von alten Menschen, die unentdeckt, einsam und ohne die stabile Unterstützung der eigenen Familie und Verwandtschaft Siechtum und Tod ertragen müssen. Manche Autoren² sehen in diesen Unsicherheiten der pri-

vaten Beziehungen, der Auflösung traditioneller Bindungen und der damit verbundenen Befreiung des Individuums aus der Herrschaft der Herkunftsgruppe eine unabdingbare Voraussetzung für individualisierte Gesellschaften. Nur so könne die notwendige Mobilität der Individuen sichergestellt und den Anforderungen postindustrieller Gesellschaften entsprochen werden.

Diese Interpretation der Moderne kann trotz aller Evidenz zunächst nur als ungeprüfte Hypothese über den Wandel und die Entwicklung privater Lebensformen und individueller Lebensverläufe gelten, die der empirischen Überprüfung bedarf. Dabei können Veränderungen der letzten 10 oder 15 Jahre den Prozeß der Modernisierung, der die Familienforscher seit mehr als hundert Jahren beschäftigt, nicht allein dokumentieren. Vielmehr bedürfen Wandlungsprozesse in Lebensformen und Lebensverläufen einer historisch weitgreifenden empirischen Analyse, die mehrere Generationen einschließt. Allein die Untersuchung des Wandels der Lebensformen von drei Generationen erfordert es, einen Zeitraum von etwa 80 Jahren zu untersuchen.

Inwiefern sich die private Lebensführung tatsächlich verändert hat, läßt sich überprüfen, wenn die Lebensformen genau definiert werden. Wenn wir so leichthin von Familie sprechen, meinen wir eigentlich die neolokale Gattenfamilie³ mit kleinen Kindern, die als dominante Familienform der fünfziger Jahre galt und wesentlich durch ein Ehepaar und die im gemeinsamen Haushalt zu sozialisierenden Kinder charakterisiert ist. Hat sich das Ehegattensystem durch häufigere Scheidung geändert bei konstantem Aufwachsen der Kinder im elterlichen Haushalt, weil Scheidungen erst nach der frühkindlichen Sozialisation stattfinden, oder sind die Kinder vor allem in der frühkindlichen Phase von Scheidung betroffen?

1 Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim/Ulrich Beck, Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie, Frankfurt am Main 1994.

2 Vgl. etwa Richard Münch, Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft, Frankfurt am Main 1993, S. 206 ff.

3 Unter einer *neolokalen Gattenfamilie* verstehen wir in diesem Zusammenhang ein verheiratetes Paar, das an einem „neuen“, von den Herkunftsfamilien verschiedenen Ort einen Haushalt bzw. eine Familie gründet. Von einer *multilokalen Mehrgenerationenfamilie* (Kapitel IV) sprechen wir, wenn wir eine aus mehreren Generationen bestehende und an verschiedenen Orten lebende Familie in ihren lebenslangen sozialen Beziehungen zueinander untersuchen.

Unsichere Lebensformen der Gegenwart, moderne Bastelbiographien und Patchworkfamilien sind als Deutungen Bestandteil einer evidenten Gegenwartsdiagnose, die allerdings empirisch nur dann Gültigkeit beanspruchen kann, wenn mehrere Generationen in einer, zumindest unser Jahrhundert umfassenden, Zeitperspektive hinsichtlich ihrer Lebensverläufe verglichen, die unterschiedlichen Aspekte der Lebensformen voneinander unterschieden, die verschiedenen regionalen Entwicklungen reflektiert werden und die gesellschaftlich geprägte Struktur der Zeitlichkeit von Lebensereignissen geprüft wird.

II. Moderne Singles: Männer im mittleren Lebensalter

Die im Zeitraum von 1908 bis 1918 Geborenen, besonders die heute zwischen 77 und 87 Jahre alten alleinstehenden Frauen, haben durch die historischen Ereignisse, mit denen sie im Laufe ihres Lebens konfrontiert waren, höchst unterschiedliche Bindungen und Beziehungen entwickelt. Ein Teil von ihnen, etwa zehn Prozent, war schon seit dem 30. bis 40. Lebensjahr verwitwet: Als Folge des Zweiten Weltkrieges waren 1950 (vgl. Abbildung 1) von den damals 30jährigen Frauen bereits 8 Prozent und von den 40jährigen Frauen 10 Prozent verwitwet. Andere Frauen dieser Kohorte können ihr ganzes Leben lang ledig gewesen oder erst nach dem 60. Lebensjahr mit dem zunehmend häufigeren Sterben ihrer Männer verwitwet sein. Die Wahrscheinlichkeit, daß sie geschieden wurden, ist aber verhältnismäßig gering.

Vergleicht man die heute (Erhebungsjahr 1991) 30jährigen Frauen mit den etwa 30jährigen Frauen von 1925 bzw. 1950, so hat sich für die drei Erhebungsjahre ein deutlicher Wandel bei den Ledigen vollzogen. 1991 waren immerhin 27 Prozent der 30jährigen Frauen ledig und 6 Prozent geschieden. 1950 waren von den 32jährigen Frauen nur 18 Prozent ledig und 3 Prozent geschieden. Die 1898 geborenen Frauen, die 1925 27 Jahre alt waren, lebten zu diesem Zeitpunkt zu 41 Prozent als Ledige und zu 58 Prozent als Verheiratete. Selbst von den 1925 inzwischen 37jährigen Frauen (Geburtsjahr 1888) waren noch 16 Prozent ledig, gegenüber nur etwa 9 Prozent lediger Frauen ungefähr gleichen Lebensalters im Jahr 1991. Im Jahrhundertvergleich gibt es also keinesfalls eine lineare Entwicklung der Familienstände, sondern sehr unterschiedliche Tendenzen. Bei den 37- bis

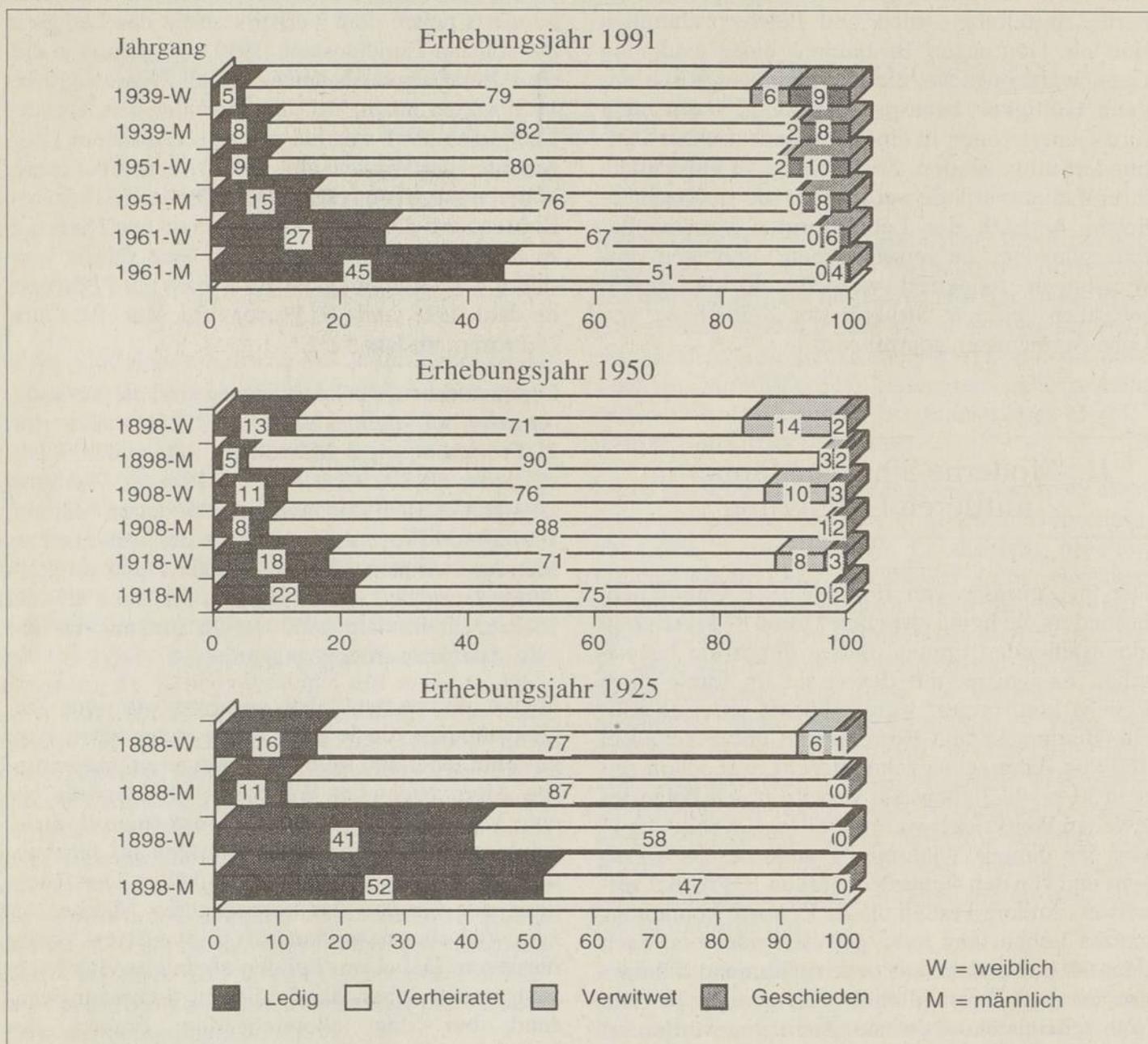
40jährigen Frauen war im ersten Viertel dieses Jahrhunderts neben dem Verheiratetsein das Ledigsein ein üblicher Familienstand. 1950 kam gerade in dieser Altersgruppe ein hoher Anteil Witwen (10 bis 14 Prozent) hinzu, bei abnehmender Tendenz des Ledigseins. 1991 war bei fast unverändertem Ledigenanteil der Witwenanteil verschwunden bei einem höheren Anteil an geschiedenen Frauen (6 Prozent). Konsequenz dieser im wesentlichen nur historisch zu erklärenden Entwicklung ist eine relativ konstante Verheiratetenquote der Frauen mit 77 Prozent im Jahr 1925, mit 71 Prozent im Jahr 1950 und 79 Prozent im Jahr 1991.

Dramatischer als bei den Frauen sind die Veränderungen bei den Männern. 1925 waren mit 11 Prozent weniger Männer im Alter von 37 Jahren ledig als 1991 mit etwa 15 Prozent. Andererseits gab es 1925 fast keine geschiedenen Männer, 1991 aber 9 Prozent. Die Anteile der verheirateten Männer zwischen 37 und 42 Jahren sind im Jahrhundertvergleich von 87 Prozent im Jahr 1925 und 88 Prozent im Jahr 1950 auf 76 Prozent im Jahr 1991 deutlich zurückgegangen.

Damit gibt es tatsächlich so etwas wie neue Singles, nämlich die ledigen und geschiedenen bzw. getrennt lebenden Männer im jüngeren und mittleren Alter. Nicht der Wandel der Frauenrolle hat eine Veränderung bei den Lebensformen bewirkt, sondern die Männer bis 40 heiraten im Jahrhundertvergleich heute weniger als früher: Der Rückgang der Gruppe der verheirateten Männer bis zum 40. Lebensjahr übertrifft alle anderen Veränderungen. Dabei war bei den alleinlebenden Männern immer schon das Ledigsein dominant, während bei den alleinlebenden Frauen das Verwitwetsein häufigster Familienstand war und ist. Von den heute alleinlebenden Männern sind 60 Prozent ledig, 25 Prozent geschieden und getrenntlebend und 15 Prozent verwitwet. Bei den alleinlebenden Frauen sind nur 30 Prozent ledig, aber rund 55 Prozent verwitwet.

Neben der Analyse des Familienstandes sind jedoch auch die Partnerschaftsbeziehungen von Bedeutung, denn Alleinleben bedeutet nicht unbedingt Partnerlosigkeit. Die als „living apart together“ bezeichnete Lebensform, d. h. eine Partnerschaft mit getrennten Haushalten, die in der Literatur als neues Ideal einer modernen Gesellschaft von Singles Karriere gemacht hat, nennen in unserer Untersuchung der 18- bis 80jährigen in den alten Bundesländern maximal 9,5 Prozent, in den neuen Bundesländern 5 Prozent der Befragten. Bei der Analyse des „living apart together“ im Zeitvergleich wird deutlich, daß diese Lebensform

Abbildung 1: Familienstände und Lebensalter 1991–1925



Quelle: Statistische Jahrbücher Bundesrepublik, Deutsches Reich.

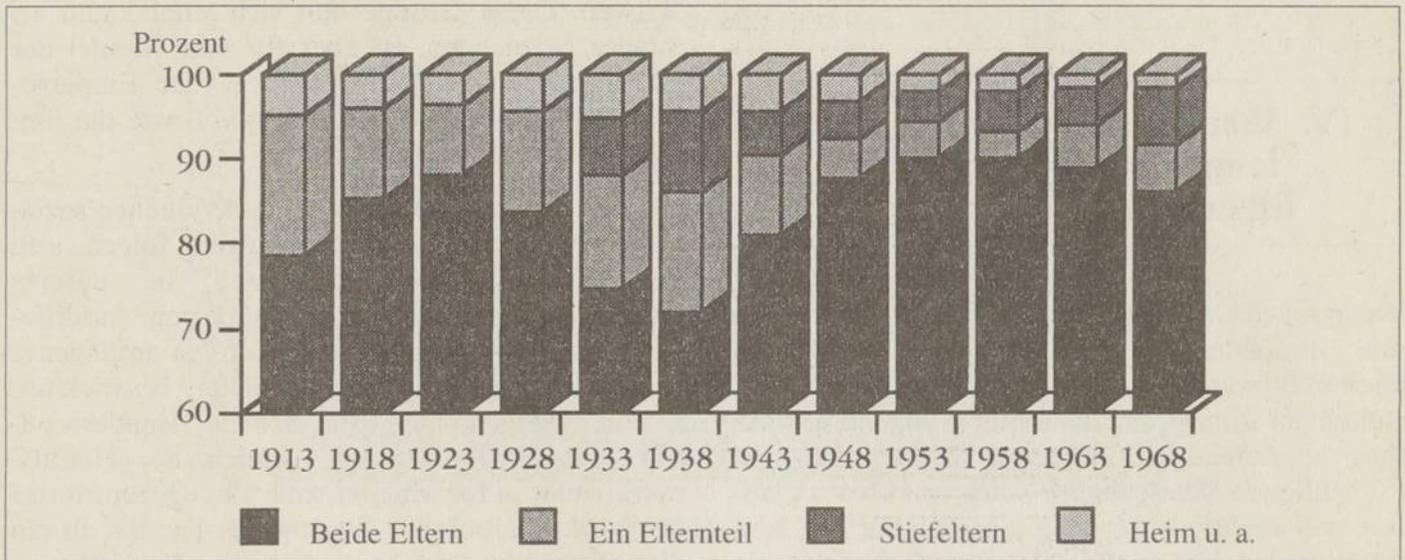
nicht durchgängig als ein bestimmter Lebensentwurf anzusehen ist⁴. Sie verändert vielmehr altersspezifisch ihre Merkmale und stellt somit keine Alternative zur Ehe dar. „Living apart together“ ist für die 1953 bis 1970 Geborenen unserer Untersuchung eher eine Übergangsphase zu einer anderen Lebensform. Die Befragten dieser Altersgruppe und Lebensform sind ledig, kinderlos und leben mehrheitlich noch im Haushalt der Eltern. Sie haben vorwiegend Abitur und durchlaufen eher lange Ausbildungszeiten. Als Berufseinsteiger gehören sie zu den unteren Einkommensgrup-

pen. „Living apart together“ wird jedoch weit über das durchschnittliche Heiratsalter hinaus gelebt und ist somit auch in den jüngeren Jahrgängen von einem eigenständigen Charakter geprägt. Die teilweise Anbindung an die Herkunftsfamilie gewährleistet offensichtlich für Frauen eine karriereorientierte Ausbildung und Berufsplanung, für Männer sichert die Mutter statt der Ehefrau die Fortführung der Fürsorge und ermöglicht eine unabhängige Karriereplanung.

Die mittleren Jahrgänge (1933–1952 Geborene) sind geschieden und haben mehrheitlich Kinder. Da diese in der Regel bei den Müttern leben, handelt es sich bei den meisten Frauen in dieser Gruppe um alleinerziehende Mütter. Besonders hier scheint die Lebensform des „living apart to-

4 Vgl. Elisabeth Schlemmer, „Living apart together“, eine partnerschaftliche Lebensform von Singles?, in: Hans Bertram (Hrsg.), Das Individuum und seine Familie, Opladen 1995, S. 363–397.

Abbildung 2: Aufwachsen bis zum 15. bzw. 18. Lebensjahr bei Eltern, einem Elternteil, Stiefeltern, im Heim



Quellen: Erhebungen des Deutschen Jugendinstitutes (DJI) München: 1988, 1991, 1993; n = 16 124.

gether“ dauerhaft zu sein. Männer in diesen Altersgruppen und in dieser Lebensform leben nach der Scheidung überwiegend allein. Da sich bei dieser Lebensform nicht zufällig häufig die Männer im mittleren Lebensalter finden, ist davon auszugehen, daß der neue Single nur tendenziell diese Lebensform wählt, sonst aber keine dauerhafte Beziehung hat.

Offenbar lassen sich die vielfältigen Tendenzen des Wandels der privaten Lebensformen und der Lebensführung in modernen Gesellschaften nicht allein durch die empirische Beschreibung struktureller Wandlungen erklären. Diese Prozesse konsistent zu analysieren ist unserer Auffassung nach besser über eine historisch-soziologische Untersuchung der Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse und damit eine Reformulierung vorliegender Generationsansätze möglich.

III. Die Stabilität kindlicher Beziehungen

Der Prozeß der Individualisierung von Lebensformen in bestimmten Regionen und sozialen Gruppen unserer Gesellschaft hat bisher so gut wie keine Konsequenzen für die Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen. Wenn in den urbanen Dienstleistungszentren die Einpersonenhaushalte dominieren, ist hier die Wahrscheinlichkeit kinderreicher Familien nicht sehr groß. Jedoch wächst im historischen Vergleich bis 1991 (Erhebungsjahr)

die Mehrzahl aller Kinder bei beiden leiblichen Eltern auf (vgl. Abbildung 2).

Die Chancen von Kindern, gemeinsam mit beiden leiblichen Eltern aufzuwachsen, sind in diesem Jahrhundert weit stärker von den historischen Ereignissen beeinflußt worden als von den Wandlungstendenzen der letzten 15 bis 20 Jahre. Der höchste Anteil an Kindern in Einelternfamilien – Familien, in denen nur noch ein Elternteil vorhanden ist – findet sich in der Generation der 1933 bis 1938 Geborenen. Selbst Stiefelternfamilien sind heute noch seltener als zu jener Zeit. Daher ist nur schwer nachzuvollziehen, daß Wissenschaftler die Krisenhaftigkeit von Eltern-Kind-Beziehungen und die Gefahr, daß Kinder nicht in stabilen Verhältnissen aufwachsen, beklagen. Die Prozentsätze der Kinder, die bis zum 18. Lebensjahr bei beiden Eltern aufwachsen, liegen gegenwärtig höher oder genauso hoch wie im Durchschnitt dieses Jahrhunderts. Wenn man gleichzeitig berücksichtigt, daß der Anteil der Kinder, die in Heimen und anderen Einrichtungen fremduntergebracht sind, deutlich zurückgegangen ist – in der hier befragten Gruppe auf 1,5 Prozent –, läßt sich sogar von einer Familiensierung des kindlichen Aufwachsens in unserer Gesellschaft sprechen. Etwa 86 Prozent der nach 1968 Geborenen wuchsen nach eigenen Angaben mit beiden Eltern auf, etwa 6 Prozent nur mit ihrer Mutter und etwa 7 Prozent bei Stiefeltern. Warum für diese Altersgruppe stabile soziale Beziehungen zu den Eltern oder zu den Stiefeltern unsicherer geworden sein sollen als bei den Altersgruppen, die 1913, 1933 oder 1938 geboren wurden, bleibt das Geheimnis derjenigen, die die Individualisie-

rung moderner Gesellschaften ohne jede zeitliche Perspektive thematisieren.

IV. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen Mehrgenerationenfamilie

Während das Aufwachsen der Kinder bisher von den Individualisierungstendenzen nur wenig beeinflusst wurde, wandelten sich die Familienbeziehungen infolge der demographischen Entwicklung tiefgreifend. 1950 lebten in Deutschland etwa 6,7 Millionen Menschen im Alter von über 65 Jahren und mehr als 15 Millionen Kinder bis zum Alter von 14 Jahren. Bis 1991 verringerte sich die Zahl der Kinder nach einem Anstieg auf etwa 17 Millionen bis zum Jahre 1975 auf etwas mehr als 12 Millionen. Die Zahl der alten Menschen war schon bis Anfang der siebziger Jahre auf knapp 11 Millionen angestiegen und erreichte 1991 etwa 12 Millionen Menschen. Betrug die Relation alter und junger Menschen in den fünfziger Jahren ungefähr 1 : 2, so liegt sie heute bei 1 : 1.

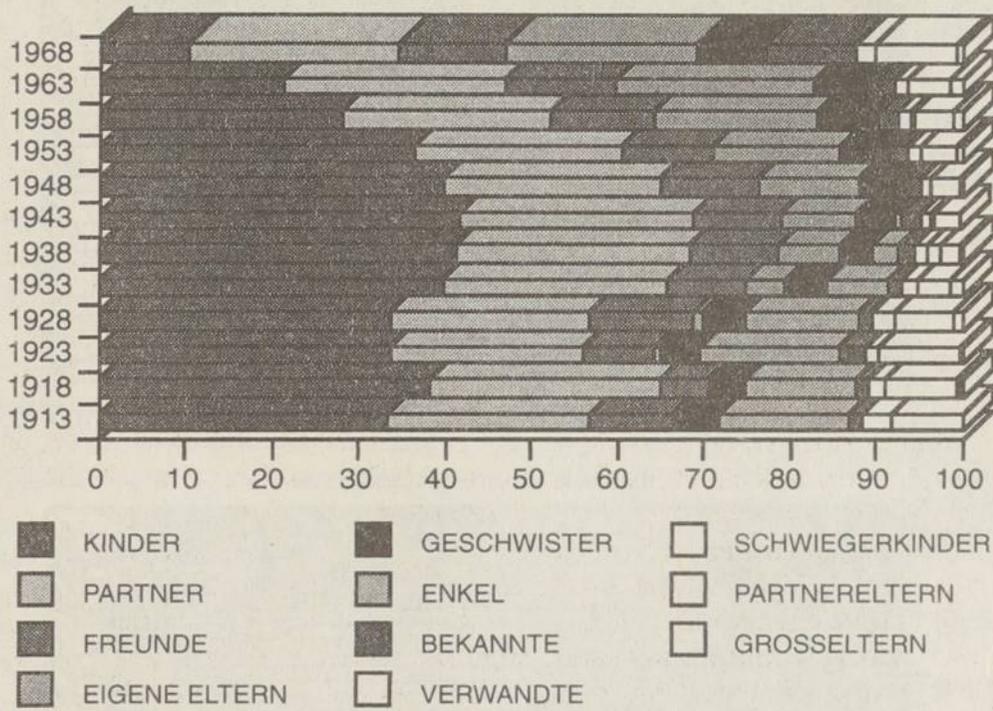
Dieser Trend hat nicht erst in den letzten 15 oder 20 Jahren eingesetzt. Für die Älteren konnte er bereits seit 1950 beobachtet werden, während er bei den Kindern seit Mitte der siebziger Jahre nachzuweisen ist. In der Öffentlichkeit wird diese Entwicklung in erster Linie unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, ohne den tiefgreifenden Wandel familialer Beziehungen, der sich einerseits aus dem Rückgang der Kinderzahlen, andererseits aber aus der Zunahme der Sicherheit der Lebenszeit speist, zu interpretieren. Unter einer familien- und beziehungstheoretischen Perspektive ist diese demographische Revolution allerdings nur geschlechtsspezifisch interpretierbar. Denn in den höheren Altersjahrgängen gibt es kaum Witwer und kaum männliche Ledige, vielmehr sind die Männer, die älter als 60 Jahre werden, überwiegend verheiratet. Die Quote der verheirateten Männer beträgt bei den 60jährigen 87 Prozent, bei den 70- bis 75jährigen immer noch etwa 75 Prozent, und selbst die über 80jährigen sind noch zu 55 Prozent verheiratet. Dagegen sind 60jährige Frauen nur noch zu 66 Prozent verheiratet, 70- bis 75jährige zu 36 Prozent und die über 80jährigen nur noch etwa zu 10 Prozent. Durch die dramatischen Veränderungen der Lebenserwartung und die unterschiedlichen Entwicklungen bei Männern und Frauen gibt es neben einer Gruppe alleinlebender jüngerer Männer und Frauen und

alleinlebender Männer im mittleren Lebensalter auch eine zunehmend größere Zahl alt werdender Witwen. Diese Gruppe läßt sich wohl kaum als Singles bezeichnen, ist aber für den Wandel der Haushaltsstrukturen insbesondere der Einpersonenhaushalte ebenso bedeutungsvoll wie die jüngeren Altersgruppen.

Es stellt sich die Frage, ob die individuellen sozialen Beziehungen ähnlichen Mustern folgen, also die Individualisierungstendenzen in unserer Gesellschaft Ausdruck einer stärkeren Ausdifferenzierung von Altersgruppen infolge gestiegener Lebenserwartung, unterschiedlicher Entwicklungen in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik und Ergebnis eines Wandels der Heiratsmarktchancen für Männer sind. Ein egozentrierter netzwerktheoretischer Zugang, der Familie als ein Netzwerk von gelebten sozialen Beziehungen begreift, erlaubt es, diese Frage für alle Altersgruppen zu untersuchen. Um eine eindeutige Beziehung zum Wandlungsprozeß herstellen zu können, wie ihn die amtliche Statistik beschreibt, wird auf die Familienstände (ledig, verheiratet, geschieden, verwitwet) zurückgegriffen. Damit soll der Vorwurf entkräftet werden, die hier vorgetragenen Ergebnisse seien wesentlich auf eine neue Definition des Single-Begriffs zurückzuführen. Ganz im Gegenteil sind die folgenden Analysen der Beziehungen des Individuums zu seiner Familie ganz explizit auf jene Individualisierungsdebatte bezogen, die die steigenden Scheidungszahlen, die Veränderungen der Ledigenquoten und die sinkenden Heiratsneigungen als Indikatoren für die zunehmende Unsicherheit privater Beziehungen heranziehen. Dieser Rückgriff auf die Familienstands-Definitionen, deren Veränderungen heute als Indikator für Krisentendenzen im privaten Beziehungsgefüge herangezogen werden, ermöglicht den Nachweis, daß diese Definitionen und deren Veränderungen kaum etwas über die Stabilität oder die Krise privater Beziehungen im familiären Kontext aussagen.

Über netzwerktheoretische Ansätze lassen sich die Strukturen sozialer Kontakte und Beziehungen in Familien heute verhältnismäßig leicht darstellen. Gleichzeitig kann über die gelebten sozialen Beziehungen das Modell der neolokalen Kernfamilie empirisch auf seine Gültigkeit geprüft werden. Verheiratete Paare mit Kindern haben im Unterschied zu nicht verheirateten ledigen Personen ein Beziehungsmuster entwickelt, das sich im wesentlichen auf den Ehepartner und die eigenen Kinder während der kindlichen Sozialisationsphase konzentriert und das mit dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus eine drastische Reduk-

Abbildung 3: Beziehungen Verheirateter nach Altersgruppen (Angaben in Prozent)



Quelle: Siehe Abbildung 2.

tion der Beziehungsstruktur auf den Partner erfährt. Dieser doppelte Bruch im Lebensverlauf eines Menschen, bei Gründung einer eigenen Ehe und dem Heraustreten der Kinder aus dem familiären Kontext, steht in deutlichem Kontrast zu einer Mehrgenerationenfamilie, in der Beziehungsmuster sich zwar auch im Lebensverlauf verändern müssen, aber dieser Veränderungsprozeß dem Lebensrhythmus der Eltern, der Partner und der Kinder folgt. Die Beziehungen zu den Eltern werden nicht abrupt schwächer, sondern im Lebensverlauf kontinuierlich durch das Neuhinzutreten anderer Personen wie Partner und Kinder, und sie verschwinden schließlich durch den Tod der Eltern. Auch der Austritt der Kinder aus der eigenen Familie führt nicht zu einem sofortigen Unterbrechen der Beziehungen, sondern zu einer fließenden Loslösung und einem möglichen Neubeginn von Beziehungen, etwa von Großeltern zu Enkeln.

Ein solches lebensverlaufstheoretisches Muster von gelebten Beziehungen zwischen Familienmitgliedern müßte eigentlich im Längsschnitt empirisch überprüft werden, weil nur so die Dynamik der gelebten Beziehungen rekonstruierbar ist. Solche Längsschnitte durchzuführen ist schon deswegen schwierig, weil das Leben eines Forschers dazu in der Regel nicht ausreicht. Bei den im Folgenden diskutierten Daten handelt es sich um Quer-

schnittsdaten, die im Altersgruppenvergleich analysiert werden, um zu sehen, ob es so bestimmte Muster gibt.

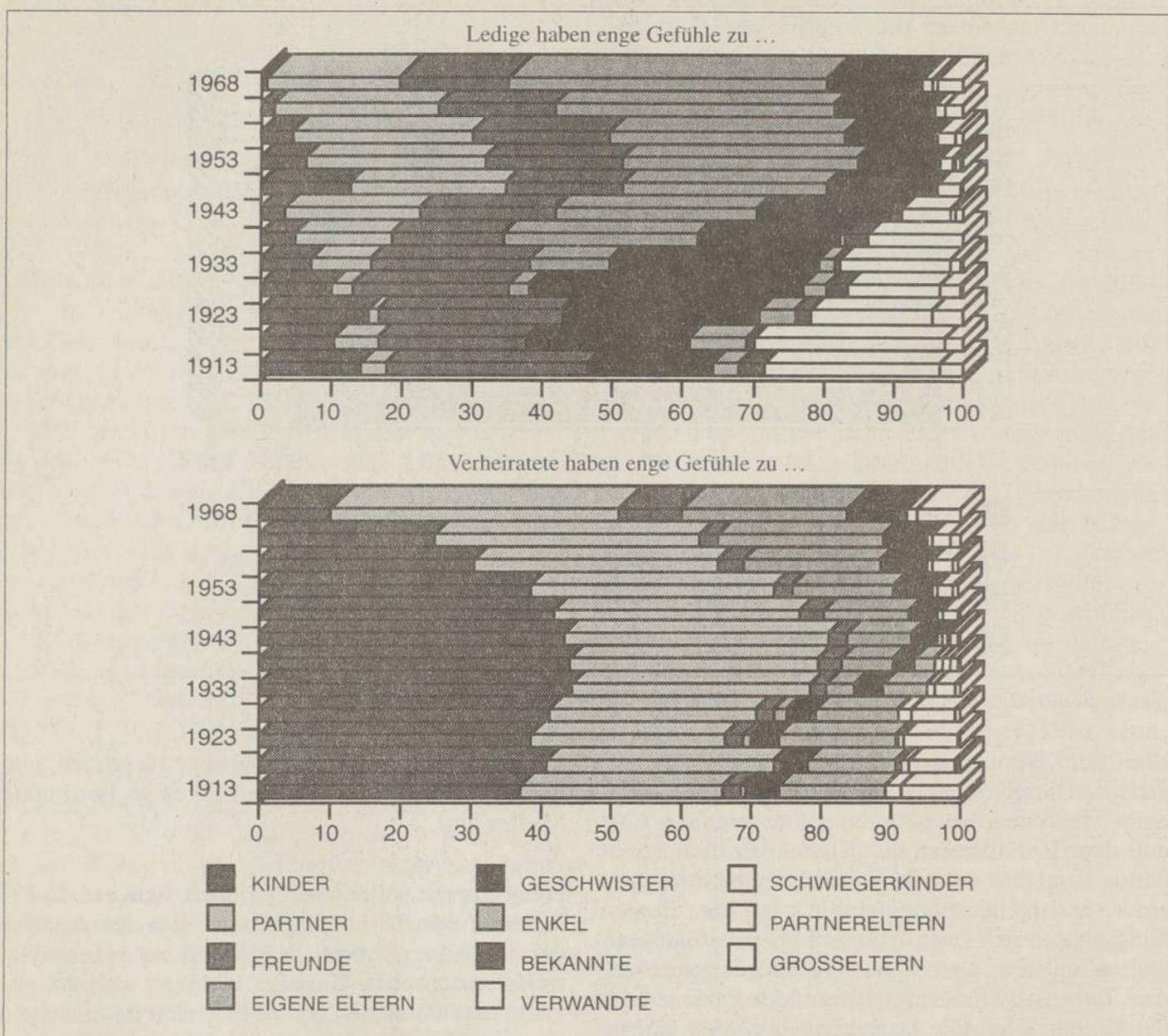
Die Gruppenvergleiche beziehen sich auf 16 124 Befragte von 18 bis 80 Jahren⁵. Bei der Analyse der Beziehungsmuster auf der Basis eines netzwerktheoretischen Zugangs bietet es sich an, vor allem jene familialen Beziehungen zu untersuchen, die seit Max Weber⁶ mit der Familie verbunden werden. Dazu gehören die gemeinsame Mahlzeit und die gemeinsamen Aktivitäten außerhalb des Berufs, insbesondere in der Freizeit, und die vor allem von Talcott Parsons⁷ thematisierten intimen Elemente von Beziehungen, wie Persönliches miteinander besprechen und enge emotionale Beziehungen zu jemandem entwickeln. Denn Intimität, Vertrautsein und enge Gefühle sind für den Privatraum der Familie theoretisch als konstitutive Elemente der familialen Reproduktions- und Erziehungsfunktion definiert. Im Rahmen eines netzwerktheoretischen Ansatzes ergibt sich die Möglichkeit, von allen Befragten jene Personen

5 Ausführliche Beschreibung der Daten vgl. Methodische Informationen zu den verwendeten Datensätzen, in: H. Bertram (Anm. 4), S. 429–455.

6 Vgl. Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1985.

7 Vgl. Talcott Parsons/Robert F. Bales, *Family, Socialization and Interaction Process*, Glenoce 1955.

Abbildung 4: Enge Gefühle Verheirateter und Lediger (Angaben in Prozen)



Quelle: Siehe Abbildung 2.

genannt zu bekommen, mit denen man gemeinsam isst, die Freizeit verbringt, persönlich enge Gefühle hat und Persönliches bespricht.

Überprüft man zunächst anhand dieser vier Indikatoren sämtliche Beziehungsmuster, ohne nach den Indikatoren im einzelnen zu unterscheiden, und differenziert nur nach möglichen Verwandtschaftsbeziehungen der genannten Personen, so wird – zunächst völlig unabhängig von Geschlecht, Familienstand oder sozialer Herkunft der befragten Personen – deutlich, daß die Beziehungen zwischen den Menschen im Altersgruppenvergleich von zwei Elementen bestimmt werden: vom Lebensalter der Befragten und vom Vorhandensein von Kindern. Jüngere Befragte, also die zwischen 1970 und 1978 Geborenen, die zum Zeitpunkt der Erhebung noch keine Kinder hatten,

werden in ihrem Beziehungsmuster entscheidend durch Freunde und die eigenen Eltern geprägt. Partner spielen noch keine besonders große Rolle, und die Geschwister treten in ihrer Bedeutung neben den Eltern zurück. Andere, seien es Bekannte, Verwandte, Schwiegerkinder, Partnereltern oder Großeltern, sind weitgehend zu vernachlässigen. Sobald dann aber bei älteren Befragten (etwa ab 1953) Kinder vorhanden sind, sind die Kinder im Beziehungsmuster der Befragten die dominante Gruppe. Zwar gewinnen nun auch die Partner an Bedeutung, aber die Kinder bleiben für alle Befragten bis zum 80. Lebensjahr die wichtigste Bezugsgruppe. Demgegenüber spielen die Partner, wenn auch im mittleren Lebensalter von größerer Bedeutung, kaum eine so große Rolle wie die Kinder, die in allen Altersgruppen in der Regel in mehr als 30 Prozent der Fälle als

genannte Personen auftauchen. Ein Einschnitt oder ein Einbruch beim Auszug der Kinder läßt sich hier nicht erkennen, da auch bei den ältesten Befragten, den 1913 Geborenen, die Kinder immer noch eine ähnlich dominante Rolle spielen, wie auch bei den 1953 Geborenen, d. h. den etwa 40- bis 43jährigen Befragten (vgl. Abbildung 3).

Differenziert man nach einzelnen Aktivitäten und unterscheidet Ledige und Verheiratete, stellt man zunächst beim Vergleich der engen Gefühle fest (vgl. Abbildung 4), daß auch hier nichts von einem Bruch zwischen Herkunftsfamilie und neuer eigener Familie erkennbar ist und daß das Lebensalter und der Familienstand die ausschlaggebenden Variablen sind. Die engen Gefühle bei den Ledigen bleiben dominanterweise zu den eigenen Eltern bestehen.

Die Abnahme der engen Gefühle zu den Eltern korreliert mit deren Tod. Neben den Eltern haben Partner und Freunde eine gewisse Bedeutung. Im höheren Lebensalter treten zunehmend mit dem Tod der Eltern neben die Freunde wieder die eigenen Geschwister oder aber andere Verwandte, nicht aber Bekannte und Freunde. Eine Lösung aus dem familiären Kontext findet bei den von uns untersuchten Ledigen weder in der Jugendzeit noch zum Zeitpunkt des Hochbetagtseins statt, sondern auch die Ledigen bleiben in familiären Beziehungsmustern. Der entscheidende Unterschied zu den Verheirateten scheint aber doch zu sein, daß die Ledigen in ihrem Beziehungsmuster in der Herkunftsfamilie verbleiben, während die Verheirateten mit Kindern und Partnern jedenfalls in bezug auf die eigenen Gefühle einen neuen Kontext an Beziehungen aufbauen, der sich nicht mehr an der eigenen Herkunftsfamilie orientiert, sondern zunehmend an der eigenen neolokalen Familie. Das Beziehungsmuster im Bereich der Gefühle bei den Verheirateten wird von den Kindern und den Partnern dominiert. Eltern, Geschwister, Freunde und andere Verwandte spielen eine nur untergeordnete Rolle. Dieses Muster, das sich bei den engen Gefühlen zeigt, gilt für die Ledigen und Verheirateten auch bei den persönlichen Gesprächen wie aber auch im Freizeitverhalten und bei den Mahlzeiten. Verheiratete verhalten sich – soweit man das netzwerktheoretisch erschließen kann – in vielen Punkten konform zur Parsonsschen Theorie, weil sie tatsächlich mit Gründung einer eigenen Familie ein neues Beziehungsmuster aufbauen, das sich im wesentlichen auf Kinder und Partner gründet. Ledige verbleiben demgegenüber im wesentlichen im Beziehungsmuster der Herkunftsfamilie. Allerdings kann man auch festhalten, daß der Aufbau neuer

Beziehungen bei den Verheirateten nicht notwendigerweise bedeutet, daß mit dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus diese Beziehungsmuster zusammenbrechen und die Partner nur noch aufeinander angewiesen sind, sondern die Beziehungsmuster bleiben in vielen Punkten auch dann zwischen Eltern und Kindern bestehen, wenn die Kinder wiederum eine eigene Familie gegründet haben. Dies gilt insbesondere für die persönlich engen Gefühle und die persönlichen Gespräche. Es gilt nicht für das Freizeitverhalten und die gemeinsamen Mahlzeiten.

V. Die multilokale Familie und Generationensolidarität

Zeigen diese Beziehungsanalysen schon auf eine relativ systematische Weise, daß von Brüchen, wie sie die Theorie der modernen Kleinfamilie annimmt, im Beziehungsmuster des Lebensverlaufs von Menschen eigentlich nicht gesprochen werden kann, so beweist die Analyse der Kontakthäufigkeit zwischen den Mitgliedern der Kernfamilie: Eltern, Kindern, Partnern und Geschwistern sowie den Großeltern als Nichtmitgliedern der Kernfamilie, daß die Differenzierung zwischen Kernfamilie und erweiterter Familie für eine empirisch fundierte Familienforschung als fragwürdig anzusehen ist.

Vergleicht man die Kontaktmuster der Familienmitglieder zueinander, so kann man feststellen, daß beispielsweise in der Kontaktstruktur deutscher Familien die Geschwister eine sehr viel geringere Bedeutung haben als die Großeltern, weil die Geschwister nicht so häufig genannt werden wie die Großeltern. Es ist festzuhalten, daß die klassische Differenzierung von Kernfamilie zu erweiterter Familie die Tatsache, daß die Beziehungen im Lebensverlauf in Abhängigkeit von den Kindern, dem Lebensalter der Eltern und anderer Verwandter variieren, nicht widerspiegelt. Im Regionalvergleich haben die Großeltern in allen Regionen der Bundesrepublik eine größere Bedeutung in bezug auf die Kontakthäufigkeit als die eigenen Geschwister, so daß eine Differenzierung zwischen Kernfamilie und erweiterter Familie eigentlich nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Der 5. Familienbericht⁸ spricht in diesem Zusammenhang von einem Übergang horizontaler

⁸ Vgl. Bundesministerium für Familie und Senioren, Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht, Bonn 1994.

Verwandtschaftsstrukturen, d.h. von Verwandtschaftsstrukturen, die sich im wesentlichen auf die gleiche Generation beziehen, zu vertikalen Verwandtschaftsstrukturen aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung. Diese These des 5. Familienberichtes wird mit den Daten der Untersuchung bestätigt. Zunehmend sichere Lebenszeit für einen größeren Prozentsatz der Bevölkerung führt damit aber auch zu einer Funktionserweiterung traditioneller Funktionen der Familie. So gut wie alle Theorien familialer Entwicklung lassen die Familiendynamik mit dem Auszug der Kinder aus dem Elternhaus als „Empty-nest“-Phase enden. Die Daten zeigen aber, daß die „Empty-nest“-Phase zwar den Auszug der Kinder aus dem Elternhaus markiert, damit aber keinesfalls auch das Ende der Familienentwicklung. Denn die Beziehungen zwischen den zunehmend älter werdenden Eltern und den ebenfalls zunehmend älter werdenden Kindern enden eben nicht mit der Ausdifferenzierung neuer Haushalte, sondern bleiben offenkundig bis zum Tode der Eltern bestehen und bedürfen daher sowohl von den Eltern als auch von den Kindern her einer Vielzahl neuer, teilweise sehr personenbezogener Strategien, um diese Beziehungen in den Lebensverlauf des eigenen Lebens zu integrieren.

So bleibt festzuhalten, daß die zunehmend sicheren Lebenszeiten und der geringer werdende Prozentsatz von Kindern in unserer Bevölkerung eben *nicht* dazu geführt hat, daß die Familie als Beziehungs- und Lebensmodell obsolet geworden ist und durch Alternativen ersetzt wird, sondern daß die Gewichtung der Familienbeziehungen von der Sozialisation in der Kleinkind- und Kindphase ergänzt wird um jene Beziehungen und Funktionen zwischen alt gewordenen Kindern und sehr alt gewordenen Eltern. Vielleicht ist es sinnvoll, in diesem Kontext neben die Sozialisationsfunktion der Familie auch eine Funktion zu stellen, die man als Generationensolidarität bezeichnen könnte und die möglicherweise neben der Sozialisationsfunktion und der Regenerationsfunktion als dritte, aber nun zunehmend neue Funktion moderner Familien ein Kernelement familialer Beziehungen geworden ist. Es ist wünschenswert, wenn in der zukünftigen Familienforschung und auch in der zukünftigen Theorieentwicklung der Familie zum einen die Familienentwicklung nicht mehr mit der „Empty-nest“-Phase endet und zum anderen diese Generationensolidarität genauer, als es bisher der Fall gewesen ist, einer empirischen Analyse zugeführt wird. Entscheidend für die Sicherheit und die Stabilität privater Beziehungen, so lassen sich die Ergebnisse zusammenfassen, ist die

Generationenfolge, weil nur mit Kindern und Enkeln private Beziehungen im Lebensverlauf stabil bleiben können. Eltern mit Kindern und Großeltern mit Enkeln leben in Beziehungsmustern mit den nachfolgenden Generationen, während die Personen ohne Kinder im wesentlichen mit ihrer Herkunftsfamilie in Beziehungen stehen, die naturgemäß mit dem Tod der eigenen Eltern mehr oder minder beendet werden, was durch die noch lebenden Geschwister und andere Verwandte nicht mehr kompensiert werden kann. Auch das Zusammenleben ist für die Sicherheit privater Beziehungen in der Generationenfolge weniger wichtig als das Vorhandensein von Enkeln und Kindern. Mit den Ergebnissen dieses Abschnitts wird deutlich, daß das Modell der Haushalts-Familie wirklich nur noch eine vorübergehende Phase im Lebensverlauf von Menschen darstellt. Im Kontrast dazu ist die multilokale Mehrgenerationenfamilie jedenfalls in der Bundesrepublik tendenziell Realität geworden, und damit rücken die Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse auf eine ganz neue Weise ins Zentrum familiensoziologischer Forschungen.

VI. Stabilität und/oder Wandel in den Lebensverläufen der Generationen unseres Jahrhunderts?

Folgt man der These, daß sich die Menschen in modernen oder postmodernen Gesellschaften aufgrund der vielfältigen Handlungsoptionen, die ihnen offenstehen, ihre individuelle Biographie aus verschiedenen Elementen zusammenbasteln müssen, daß die gesellschaftlich vorgegebenen Muster der Lebensführung ihre Verbindlichkeit verloren haben, so müssen sich diese Individualisierungstendenzen in den Ereignissen des individuellen Lebensverlaufes nachweisen lassen.

Untersucht⁹ man den Übergang aus dem Ausbildungssystem in eine Erwerbstätigkeit oder die Suche nach einem Partner oder einer Partnerin, den Prozeß des Eingehens einer festeren Beziehung bis hin zur Gründung einer Familie und der Geburt von Kindern in den Erwerbs- und Familienverläufen von Männern und Frauen unseres Jahrhunderts, so müssen sich Individualisierungs-

⁹ Die hier dargestellten Ergebnisse beruhen auf der Untersuchung von Daten der individuellen Erwerbs- und Familienverläufe von 8 853 zwischen 1913 und 1962 geborenen ost- und westdeutschen Männern und Frauen. Siehe dazu auch: Methodische Informationen (Anm. 4), S. 429–455.

oder Singularisierungstendenzen und Bastel-existenzen bei den jüngeren Geburtskohorten nachweisen lassen. Insbesondere die nach 1960 geborenen Männer und Frauen dürften der Individualisierungsthese zufolge den ihnen noch von ihren Eltern vorgelebten Mustern der Familienbildung – in der Abfolge Eingehen einer Partnerschaft, Heirat und Geburt von Kindern – nicht mehr folgen. Vorstellbar wäre ja, daß der Zwang zu solchen Bastelbiographien und Patchworkfamilien ganz neue Muster oder Sequenzen von Lebensereignissen hervorbringt, daß beispielsweise lange vor dem Abschluß der beruflichen Ausbildung Kinder geboren werden, die Eheschließung jedoch erst viel später oder gar nicht erfolgt, oder daß es zu einer Verzögerung der Familiengründung infolge der sich immer stärker verlängernden Ausbildungszeiten und der zunehmenden Erwerbsneigung von Frauen kommt und die Kinder erst geboren werden, wenn sich die Frauen beruflich etabliert haben.

Untersuchen wir in einem ersten Schritt, ob sich die Phasen der Familienbildung und des Übergangs in die Erwerbstätigkeit bei den Männern und Frauen im Verlaufe des Jahrhunderts¹⁰ tatsächlich von Kohorte zu Kohorte ausgedehnt haben, so zeigen sich folgende Resultate: Die Phase vom Beginn der ersten Partnerschaft bis zur Geburt des ersten Kindes weist über alle untersuchten Kohorten hinweg eine sehr hohe Stabilität auf¹¹. Nach zehn Jahren haben die Befragten aller von uns untersuchten Geburtsjahrgänge mit 90prozentiger Wahrscheinlichkeit diesen Prozeß durchlaufen. Die 1913 bis 1922 geborenen Befragten hatten mit 50prozentiger Wahrscheinlichkeit nach drei Jahren ihre Familie gegründet, während die 1933 bis 1942 Geborenen dafür nur zweieinhalb Jahre benötigten und bei den 1953 bis 1962 Geborenen jede(r) zweite nach Ablauf von vier Jahren die Phase von der ersten Partnerschaft bis zur Geburt des ersten Kindes durchlebt. Bei den mittleren Geburtskohorten verkürzt sich die

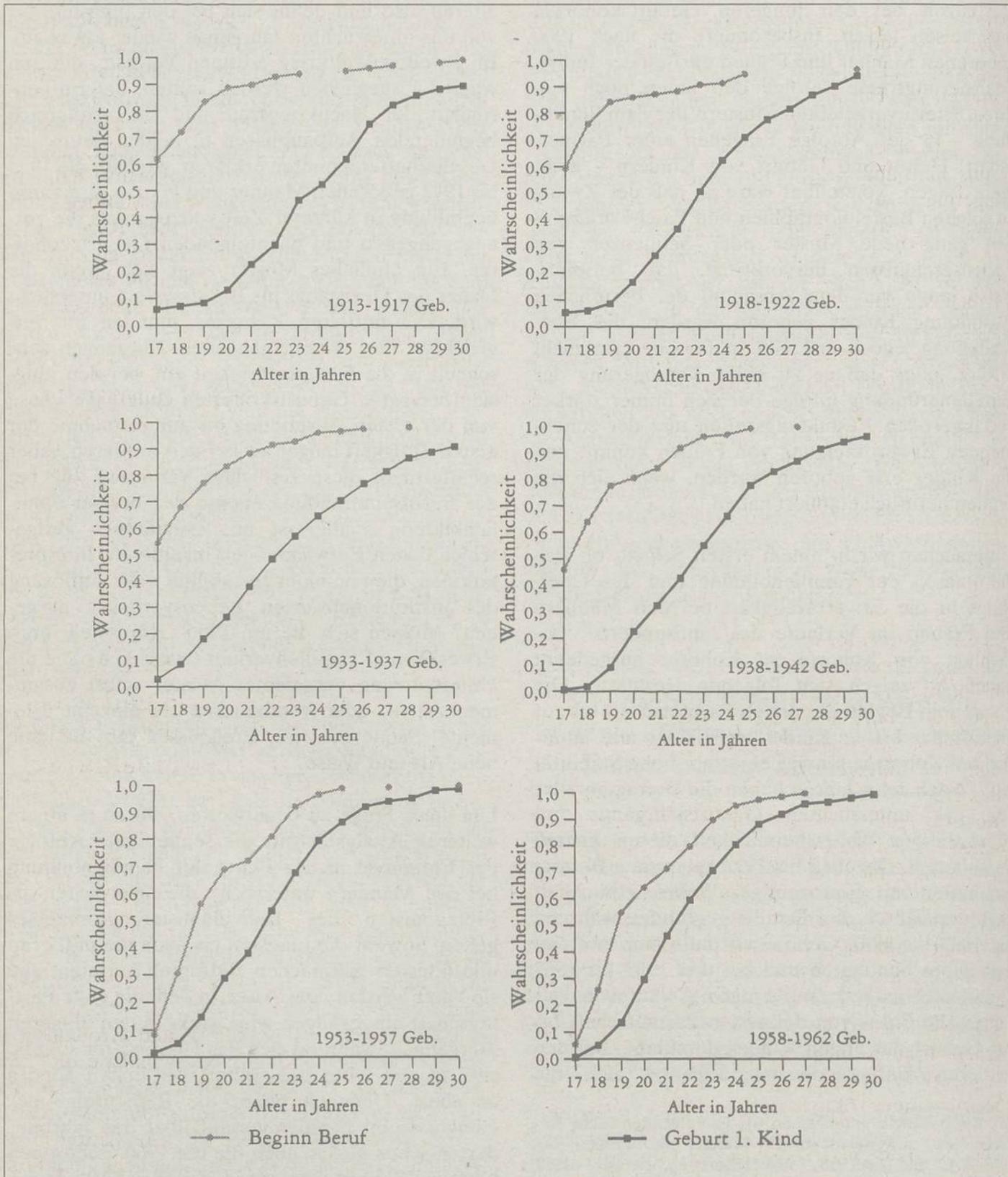
Dauer der Familienbildung im Vergleich zu den älteren also und dehnt sich bei den jüngsten der von uns untersuchten Jahrgänge wieder etwas aus. Im Zweiten Weltkrieg erlittene Verluste, die nun wieder ausgeglichen werden sollten, die Entbeh-rungen der Nachkriegszeit und die erfolgreich beginnenden Aufbauphasen in beiden deutschen Gesellschaften könnten erklären, weshalb die 1933 bis 1942 geborenen Männer und Frauen ihre Familienbildung in kürzerer Zeit vollzogen als die vorangegangenen und nachfolgenden Geburtskohorten. Ein ähnliches Muster zeigt sich, wenn die Dauer des Übergangs ins Berufssystem untersucht wird. Die mittleren Kohorten münden im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrgängen sehr schnell in die Erwerbstätigkeit ein, bei den jüngsten befragten Geburtskohorten dauert die Phase von der ersten Ausbildung bis zur Aufnahme der ersten Tätigkeit länger als bei den mittleren. Aber rechtfertigen diese zeitlichen Varianzen, die bei der Berufseinmündung ebenso wie bei der Familienbildung zuallererst aus spezifischen zeitgeschichtlichen Entwicklungen resultieren, Interpretationen, die von einer Instabilität oder Auflösung des institutionalisierten Lebensverlaufes ausgehen? Müssen sich die um 1960 Geborenen ihren Erwerbs- und Familienverlauf tatsächlich ohne die Unterstützung vorgelebter Muster selbst zusammenbasteln, oder kombinieren sie einzelne Elemente, Sequenzen von Ereignissen nur auf eine neue Art und Weise?

Um diese Frage zu beantworten, wurde in einem weiteren Analyseschritt die sequentielle Abfolge der Ereignisse in der Phase der Familienbildung bei den Männern untersucht, die nicht selten als Protagonisten des Individualisierungsprozesses gelten. Sowohl die jüngsten als auch die mittleren und ältesten männlichen Befragten heiraten, ehe sie Väter werden. Das Alter, in dem die erste Partnerschaft eingegangen wird, sinkt in den jüngeren Jahrgängen, während sich das Heiratsalter sukzessive an das Alter bei Geburt des ersten Kindes annähert. Dennoch bleibt die Reihenfolge der Ereignisse im Familienverlauf über das Jahrhundert gesehen gleich, auch die um 1960 Geborenen basteln offenbar weniger in der Phase der Familienbildung, als dies die sozialwissenschaftliche Debatte glauben machen will. Die Übergangsphase dehnt sich aus, aber das Grundmuster, das schon ihre Großeltern gelebt haben, wird auch von ihnen beibehalten. Die Ergebnisse für die zwischen 1913 und 1922 geborenen Männer weisen vor allem zwischen dem 19. und 23. Lebensjahr Unregelmäßigkeiten auf, die auf die Kriegsergebnisse zurückzuführen sind. Beispielsweise heiratet

10 Als Beispiele untersuchen wir im folgenden sechs Kohorten ost- und westdeutscher Männer und Frauen: die 1913–1917 und die 1918–1922 Geborenen, die 1933–1937 und die 1938–1942 Geborenen sowie die 1953–1957 und die 1958–1962 Geborenen. Vgl. dazu ausführlich Simone Kreher, Berufseinmündung und Familienbildung in der Generationenfolge sowie Berufsausmündung und Familienauflösung in der Generationenfolge, in: H. Bertram (Anm. 4), S. 223–292.

11 Von den 8 853 Befragten heiraten 5 955 (67,3 Prozent) ihren ersten Partner bzw. ihre erste Partnerin, 907 (10,2 Prozent) ihre(n) zweite(n) Partner(in) und weitere 198 Personen (2,2 Prozent) dritte bzw. vierte Partner(innen). 1 793 Befragte (20,2 Prozent) gaben an, keinen Partner zu haben oder (noch) nicht geheiratet zu haben.

Abbildung 5: Alter ostdeutscher Frauen bei Berufsbeginn und bei Geburt des ersten Kindes



Quelle: Erhebungen des DJI: 1988, 1991, 1993; n = 8 853.

ein geringer Prozentsatz dieser Männer erst nach der Geburt von Kindern, ohne daß die Ereignissequenz gänzlich zerstört würde.

Wie durchleben nun aber die Frauen unseres Jahrhunderts die Ereignisse der Familienbildung und den Übergang ins Erwerbssystem? Die gestiegene

Erwerbsneigung und das sich für jede Geburtskohorte neu stellende Problem der Vereinbarkeit von Familie, der Geburt von Kindern und der Berufarbeit, der Zwang, dieses gesellschaftliche Dilemma individuell zu lösen, oder die Möglichkeit, auf ein institutionalisiertes Muster der Kombination von Familien- und Berufarbeit zurückzugreifen, wie es

für die DDR-Frauen gegeben schien, müßte sich wiederum in den empirischen Befunden dokumentieren. Abbildung 5 zeigt, mit welcher Wahrscheinlichkeit und in welchem Alter die ostdeutschen Frauen den Einstieg in eine erste berufliche Tätigkeit vollzogen hatten und in welchem Alter sie ihre ersten Kinder bekommen haben, und gibt somit Aufschluß über mögliche Verschränkungen, Überlagerungen und Interaktionen zwischen Erwerbs- und Familienverläufen bei den Frauen.

Mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 Prozent haben die ältesten von uns untersuchten ostdeutschen Frauen im Alter von 16 Jahren ihren Einstieg ins Erwerbsleben vollzogen und mit der gleichen Wahrscheinlichkeit im Alter von 23 bis 24 Jahren ihr erstes Kind geboren. Die mittleren Kohorten sind im Alter von 17 bis 18 Jahren mit 50prozentiger Wahrscheinlichkeit erwerbstätig und bekommen im Alter zwischen 22 und 23 Jahren ein erstes Kind. Bei den jüngsten ostdeutschen Frauen erfolgt der Berufseinstieg zu 50 Prozent im Alter von 18 bis 19 Jahren und drei Jahre später im Alter von 21 bis 22 Jahren die Geburt des ersten Kindes. Alle Graphen, die das Eintreten der beiden Ereignisse für die Frauen der sechs Kohorten abbilden, liegen von Kohorte zu Kohorte enger beieinander. Der Übergang ins Erwerbssystem und die Geburt eines Kindes folgen als Ereignisse also dichter aufeinander, wobei der Berufseinstieg aufgrund längerer Ausbildungszeiten später und die Geburt des ersten Kindes von Kohorte zu Kohorte früher erfolgt. Auch bei den westdeutschen Frauen und bei den west- und ostdeutschen Männern – hier der Übergang ins Erwerbsleben und die Gründung einer Familie – zeigen sich diese Tendenzen, wenn auch nicht so deutlich wie bei den ostdeutschen Frauen¹². Die zeitliche Verdichtung der Ereignisse des Übergangs in die Berufstätigkeit und der Familienbildung führt jedoch selbst bei den um 1960 geborenen ostdeutschen Frauen nicht zu einer Umkehrung der sequentiellen Abfolge der Ereignisse oder zur Etablierung eines völlig neuen Verlaufsmusters.

Die Befunde zeigen, daß die zeitgeschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen einen erheblichen Einfluß haben, ohne die kulturellen Muster der Familienbildung aufzulösen. Diese Ergebnisse lassen sich durch das auf Karl Mannheim zurückgehende Konzept der Generationen¹³ interpretieren. In Generationen verbun-

den sich systematisch Gesellschaftsgeschichte und Individualentwicklung, Dynamik und Reproduktion sozialer Strukturen sowie die unterschiedlichen Strukturebenen von Gesellschaft mit der Erfahrungs- und Handlungsebene von Individuen. Dabei unterscheiden wir analytisch zwischen den Generationenbeziehungen und Generationenverhältnissen. Unter den Generationenverhältnissen verstehen wir dabei nach Joachim Matthes¹⁴ kulturelle Muster der gesellschaftlichen Regelung von Zeitlichkeit, die – wie oben schon gezeigt – die sequentielle Struktur der Ereignisse des Erwerbs- und Familienverlaufs der 1913 bis 1968 geborenen Männer und Frauen prägen.

Generationenbeziehungen thematisieren einerseits die Kommunikations- und Interaktionsbeziehungen zwischen den Angehörigen verschiedener Generationen, wie sie sich in den von uns untersuchten familialen Netzwerken sozialer Beziehungen manifestieren, und zugleich konstituieren sich über Interaktion und Kommunikation, über das Tradieren von Familiengeschichte, Generationsbeziehungen als relationale soziale Beziehungen stetig neu.

VII. Das Individuum und seine Familie: Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse

Wenn man heute über Ehe und Familie in einer lebensverlaufstheoretischen Perspektive nachdenkt und die gewandelte Zusammensetzung der Altersgruppen der deutschen Bevölkerung zum Ausgangspunkt der Analyse von Familien und Familienentwicklungen im Lebensverlauf macht, so lassen sich vier Aussagen formulieren:

1. Die Zunahme alter Eltern und Großeltern in unserer Gesellschaft und die Abnahme der Zahl der kleineren Kinder hat nicht dazu geführt, daß die Familie an Bedeutung und Funktionen verloren hat, sondern es hat – wie sehr häufig in der Geschichte der Familie – eine deutliche Funktionsverlagerung und teilweise sogar eine Funktionserweiterung gegeben. Dominierte in der Diskussion der fünfziger und sechziger Jahre die Sozialisations- und Reproduktionsfunktion der Familie, so

Kurt H. Wolff (Hrsg.), *Wissenssoziologie*, Berlin 1964, S. 509–565.

14 Vgl. Joachim Matthes, Karl Mannheims „Das Problem der Generationen“, neu gelesen. Generationen-„Gruppen“ oder „gesellschaftliche Regelungen von Zeitlichkeit“?, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 14 (1985) 5, S. 363–372.

12 Die entsprechenden Graphiken finden sich bei Simone Kreher, *Berufseinstieg und Familienbildung in der Generationenfolge*, in: H. Bertram (Anm. 4), S. 255–257.

13 Vgl. Karl Mannheim, *Das Problem der Generationen*, in:

muß man heute davon ausgehen, daß neben der Sozialisations- und Reproduktionsfunktion der Familie auch die Funktion der Generationensolidarität ein wesentlicher Bestandteil familialer Beziehungen und damit der Familie geworden ist.

2. Familienbeziehungen zwischen den Generationen folgen nicht in allen Punkten den Vorstellungen, die bisher entwickelt wurden. Es ist zwar richtig, daß die Neugründung einer Familie zum Neuaufbau von lebenslangen Beziehungen zum Partner und zu den Kindern führt. Es ist aber nicht richtig, daß dieser Neuaufbau einen Bruch mit der Herkunftsfamilie bedeutet und schon gar nicht, daß heute der Auszug der Kinder aus dem Elternhaus notwendigerweise aus der Perspektive der Eltern die Aufgabe der Beziehungen zu diesen Kindern bedeutet. Ganz im Gegenteil: Beziehungen zu Kindern haben im Lebensverlauf – was die Häufigkeit angeht – eine größere Bedeutung als die Beziehungen zu den Partnern. Diese gewandelten Eltern-Kind-Beziehungen können gar nicht mehr mit den traditionellen Sozialisierungstheorien begriffen werden. Denn nicht die krisenhafte Ablösung vom Elternhaus, sondern die Entwicklung lebenslanger Beziehungen mit Eltern und Großeltern bei gleichzeitiger Selbständigkeit von frühesten Jugend an ist das zentrale Problem der Entwicklung der erwachsenen Persönlichkeit. Solche lebenslangen Beziehungen ändern notwendigerweise die Sicht der Eltern auf die kindliche Entwicklung, wie auch das Jugendalter als Bindeglied zwischen kindlicher Unselbständigkeit und zunehmender Unterstützung der erwachsenen Kinder für die eigenen Eltern eine andere Bedeutung bekommt. Längere Unterstützung der Kinder durch die Eltern (Hotel Mama) haben im Lebensverlauf der Eltern eine hohe Funktionalität. Denn die Elternsolidarität im jungen Erwachsenenalter gibt den Kindern einen anderen Erfahrungshintergrund für die selbst zu leistende Solidarität im hohen Alter der Eltern.

3. Dieser Wandel familiärer Beziehungsmuster, der sich in den hier vorgetragenen Daten sehr deutlich abbildet, wurde bisher im wesentlichen deswegen übersehen, weil über die Begriffsdefinition von Familie als Haushalt zusammenlebender

verwandter Personen ein Konzept von Familie übernommen wurde, ohne aber im Rahmen empirischer Analysen zu prüfen, ob das Haushaltskonzept heute noch den gelebten Familienbeziehungen angemessen ist. Dieses – so kann man schlußfolgern – führt dazu, ein Bild von Ehe und Familie zu zeichnen, das sich vor allem auf die Familie mit kleinen Kindern konzentriert, die aber nur einen Teil des Lebensverlaufs von Erwachsenen ausmacht und jenen Teil von Familie a priori ausblendet, der sich im höheren Lebensalter anschließt und der zu einer Neubewertung der Beziehungen zwischen alten Eltern und alten Kindern geführt hat. Für die zukünftige Forschung wird es daher darauf ankommen, die Familienentwicklungsmodelle, die heute mit der „Empty-nest“-Phase aufhören, zu einem lebensverlaufstheoretischen Konzept von Familie zu ergänzen, und es wird zum zweiten darauf ankommen, jene hier nur angedeutete Funktionserweiterung von Familie und Familienbeziehungen einer genaueren Forschung zuzuführen.

4. Es kann daher gar kein Zweifel bestehen, daß Individualisierungsprozesse in modernen Gesellschaften, die zu einer Ausdifferenzierung von Lebens- und Haushaltsformen geführt haben, auch die Beziehungen des Individuums zu seiner Familie tiefgreifend verändert haben. Diese Veränderung läßt sich aber weder als Individualisierung, Singularisierung oder Auflösung der familialen Beziehungen interpretieren, sondern als ein Übergang von der neolokalen Gattenfamilie mit kleinen Kindern zu einer multilokalen Mehrgenerationenfamilie mit lebenslangen Beziehungen zwischen Generationen, ohne daß diese Generationen noch unter einem Dach leben müssen. Diese lebenslangen Beziehungen der Generationen zueinander werden auch zu einem neuen theoretischen Verständnis der Generationen und einer entsprechenden empirischen Konzeptualisierung führen müssen. Die gleichzeitige Präsenz der Eltern und Großeltern für einen langen Lebensabschnitt wird zu einer Veränderung der eigenen Wahrnehmung zwischen den Generationen beitragen. Enkelbeziehungen erlangen neben den Eltern-Kind-Beziehungen einen eigenen Stellenwert.

Sozialer Wandel und Geschlecht: Für eine Neubestimmung des Privaten

I. Vorbemerkungen

„Frauen und Macht“, „Staat und Geschlecht“, „Gleichheit oder Differenz“ – unter diesen und anderen Titeln wird seit nunmehr mindestens 20 Jahren die Distanz von Frauen zum Staat, die Abschottung der Politik gegen weibliche Präkandidaten bzw. die Unfähigkeit der modernen Demokratie, dem Gleichberechtigungsgebot der Verfassung gerecht zu werden, beschworen und beklagt. Als Schuldige für die noch immer so auffällig ungleiche Partizipation der beiden Geschlechter an Machtpolitik und Führungspositionen erkennen die einen die Frauen selbst, die sich den Willen zur Macht noch nicht so recht zu eigen gemacht haben; andere machen die Männer verantwortlich, denen die Beteiligungswünsche der Frauen spätestens seit der Quote zu schaffen machen und die damit beginnen, den unaufhaltsam scheinenden Aufstieg der Frauen zu verhindern. Wieder andere geben den herrschenden politischen Verfahrensweisen, Umgangsformen und politischen Institutionen die Schuld, welche seit ihrer Konstituierung männlich geprägt und auf männliche Lebensformen und Karrieremuster zugeschnitten sind.

Gemeinsam ist jedoch den meisten Analysen, daß der Fokus der kritischen Auseinandersetzung auf den Bereich der männlich dominierten Öffentlichkeit gerichtet ist. Männliche Ressourcen, Privilegien, Positionen und Machtchancen sollen gerechter verteilt, den Frauen zugänglich gemacht und von Frauen genutzt – oder aber verändert und den weiblichen kulturellen Erfordernissen angepaßt – oder schließlich ganz gemieden werden, da sie weibliche Identität und weibliche Werte korrumpieren könnten. Die feministische Kritik und die politischen Veränderungswünsche vieler Frauen, wie auch die Tendenz zum Rückzug in die traditionellen Werte der Mütterlichkeit, werden mit festem Blick auf die Männerwelt und deren Gesetze artikuliert: als Attacke, als Aufnahmebegehren oder als brüske Abwendung.

Um die Ursachen des mühevollen Prozesses der Emanzipation der Geschlechter zu verstehen und damit möglicherweise einige der Auswirkungen des sozialen Wandels auf die Geschlechterbeziehungen genauer zu bestimmen, scheint uns jedoch ein Perspektivwechsel notwendig. Nicht nur, daß die Konzentration der Kritik auf männliche Lebensbereiche und auf deren Machtchancen Frauen unvermeidlich immer wieder in die Rolle des Opfers bringt, die die Ungerechtigkeiten und Bevormundungen der männlichen Machthaber zwar immer genauer zu durchschauen lernen, sich aber durch ihre Klage daran hindern, die Auseinandersetzung aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive zu führen. Die Beschränkung des kritischen Interesses auf nur eine Seite der Gesellschaft – auf die öffentliche – verstellt darüber hinaus die eigentlich wichtige Auseinandersetzung mit deren patriarchalen Grundstrukturen. Diese beruhen aber auf dem Wechselverhältnis zwischen privaten und öffentlichen Bereichen, welches, u. a. durch die privaten Entscheidungen überwiegend von Frauen, heute aus seinem jahrhundertealten Gleichgewicht gerät.

Im folgenden möchten wir daher eben dieses Wechselverhältnis untersuchen. Wir werden den Stellenwert der Beziehung zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten etwas genauer bestimmen und der Frage nachgehen, welche gesellschaftlichen Veränderungen insbesondere im privaten Raum welche Auswirkungen auf aktuelle öffentliche Politiken gehabt haben. Die Brisanz dieser Betrachtungsweise für die Gleichstellung der Geschlechter möchten wir im wesentlichen durch zwei argumentative Zugänge verdeutlichen:

- durch einige Hinweise auf die geschichtliche Entwicklung des patriarchalen Grundmusters in der Beziehung zwischen Staat und Geschlecht, zwischen Öffentlichem und Privatem, Männern und Frauen und durch die Frage, inwiefern dieses heute noch aktuell ist; und
- durch die Analyse einiger sich widersprechender Lösungen, mit deren Hilfe heute der u. E. vergebliche Versuch unternommen wird, den Auswirkungen des sozialen Wandels in der

Beziehung der Geschlechter zu begegnen bzw. sie mit den althergebrachten Strukturen eines patriarchalen Staats- und Familiensystems in Einklang zu bringen.

II. Staat und Geschlecht Zur Geschichte eines Widerspruches

Die politischen Implikationen des Widerspruches, der darin besteht, daß Frauen bis vor kurzem de jure und bis heute noch immer de facto weitgehend von der staatlichen Machtausübung ausgeschlossen sind und doch bis in die intimsten Bereiche ihres ganz persönlichen, körperlichen und privaten Lebens staatlichen Regulierungen unterliegen, ist der Gegenstand zahlreicher historischer, staatsrechtlicher, soziologischer und philosophischer Analysen geworden¹. Die amerikanische Juristin Katherine MacKinnon bezeichnet die Schutzgarantie, die der liberale Staat für die Privatsphäre gewährleistet – *my home is my castle* – als staatlich garantierte Abschottung eines rechtsfreien Raumes, in dem Frauen bis heute nahezu straflos geschlagen, vergewaltigt und ausgebeutet werden können². Während Carole Pateman³ den modernen Staat als einen Gesellschaftsvertrag unter Brüdern diagnostiziert, dem ein ganz anders strukturierter Vertrag zwischen den Geschlechtern vorgeschaltet sei, geht MacKinnon davon aus, daß im Gegensatz zu allen übrigen Standeskategorien die Kategorie *Geschlecht* von der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung in den modernen Staat hinübergerettet, dort allerdings in den Bereich des Privaten abgedrängt worden ist und daher von den Gesetzen nicht mehr erreicht werden kann.

Beide Konzepte werden unseres Erachtens dem Tatbestand, mit dem wir es bei dem Verhältnis zwischen „öffentlichem“ Mann und „privater“ Frau zu tun haben, nur partiell gerecht. Während der moderne Verfassungsstaat in der Tat mit einem

Vertragskonzept unter Männern begründet wurde, ist ein nur annähernd vergleichbarer Vertrag zwischen den Geschlechtern weder historisch noch strukturell auszumachen. Zu einem Vertrag gehören wechselseitig artikulierte und gewollte Vereinbarungen, und solche hat es zwischen den Geschlechtern in geschichtlicher Zeit nicht gegeben. Die definitorische Festlegung und Ausformulierung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern ist von jeher ausschließlich mit männlicher Stimme, das heißt aus der Perspektive des herrschenden Geschlechts erfolgt. Nachgewiesen ist lediglich, daß bei der Konzipierung des modernen Verfassungsstaates Frauen vom bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsgebot explizit ausgeschlossen wurden⁴. Fest steht aber auch, daß die Erosion der zur Zeit der Konzipierung des modernen Staates geschaffenen noch klaren Geschlechterverhältnisse, u. a. durch die im Verlaufe dieses Jahrhunderts erfolgte allmähliche Einbeziehung der Frauen in die Bürgerrechte, die heutige Gesellschaft vor mannigfache Probleme stellt.

Aber auch die Gleichsetzung der Kategorie Geschlecht mit mittelalterlichen Standeskategorien kann das Problem nicht hinreichend erklären. Im Mittelalter gab es, wenn auch standesspezifisch unterschiedlich ausgeformt, Ausgrenzungen von Frauen aus den öffentlichen Angelegenheiten: in der Politik, im Recht, in den bürgerlichen Geschäften der Zünfte und vor allem in der vielfach staatsmächtigen Kirche.

Das Problem liegt also tiefer, und es ist vor allem älter. Es ist, davon ist heute auszugehen, schon mit den ersten Anfängen staatlicher Organisation entstanden. In ihrem Bemühen, die Entstehung des Patriarchats nach dem derzeitigen Stand der historischen Forschung aufzuklären, hat Gerda Lerner die gemeinsame geschichtliche Wurzel und die enge strukturelle Verflechtung zwischen der vor etwa 4 000 Jahren entstandenen Herrschaftsform „Staat“ und der zu eben dieser Zeit sich etablierenden patriarchalen Familie nachgewiesen⁵. Die ersten Staaten sind durch die Übertragung und Institutionalisierung von Befehlsstrukturen, die sich im Zuge militärischer Aktionen entwickelt hatten, auf das zivile Leben entstanden. Bei diesem Prozeß ist erstmals ein einheitlicher Staatswille proklamiert und schriftlich als „Gesetz“ kodi-

1 Für die deutsche Geschichte ist noch immer grundlegend die leider zur Zeit vergriffene klassische Darstellung von Ute Gerhard, *Verhältnisse und Verhinderungen. Familie, Arbeit und die Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1979. Als Standardwerke sind weiter zu nennen: Susan Moller Okin, *Women in Western Political Thought*, Princeton 1979; Linda Lange, *The Sexism of Social and Political Theory: Women and Reproduction from Plato to Nietzsche*, Toronto 1979.

2 Vgl. Katherine MacKinnon, *Feminism Unmodified. Discourses of Life and Law*, Cambridge/Mass. 1967.

3 Vgl. Carole Pateman, *The Sexual Contract*, Cambridge/Mass. 1988; dies., *The Disorder of Women*, Stanford/Cal. 1989.

4 Vgl. u. a. Barbara Schaeffer-Hegel, *Eigentum, Vernunft und Liebe. Paradigmen des Ausschlusses der Frauen aus der Politik*, in: dies., *Vater Staat und seine Frauen*, Bd. 1, Pfaffenweiler 1990, S. 149 ff.; Anne Phillips, *Geschlecht und Demokratie*, Hamburg 1995, und die Literaturangaben in Anm. 1.

5 Vgl. Gerda Lerner, *Die Entstehung des Patriarchats*, Frankfurt am Main 1991.

fiziert worden, das sich auf ein definiertes Staatsvolk in den Grenzen eines bestimmten Staatsgebietes bezog⁶. Die aus dem Militärischen übernommenen Organisations- und Befehlsformen der ersten Staatsgründer banden verständlicherweise nur Männer in ihre Strukturen ein. Anders als in den horizontal verknüpften älteren Stammes- und Sippenverbänden, deren Zusammenhalt über familiäre, also immer von Frauen mitbewirkte Verbindungen hergestellt wurde, gab es für Frauen in den vertikalen Befehlspyramiden der neuen Organisationsform Staat keinen Platz. In einem langen historischen Prozeß hatten Frauen als Tauschobjekte, Sklavinnen und/oder ziviles Eigentum von Männern allmählich ihre eigenständige soziale Verankerung verloren. In der neuen Sozialform der ersten Staaten Mittelassyriens und Mesopotamiens wurden sie durch Gesetz als privates Zubehör der persönlichen Obhut und Befehlsgewalt der männlichen Staatsmitglieder unterstellt. Zugespitzt ausgedrückt ist die patriarchale Familie als auf Dauer gestellte Kriegsbeute anzusehen, die den Männern/Kriegern als privater Herrschaftsbereich und Ersatz für den Verlust eigener Autonomie zugeteilt wurde. Der soziale Status einer Frau bestimmte sich hinfort über die Art der sexuellen Dienstleistungen, zu denen sie verpflichtet oder berechtigt war, während sich der eines Mannes von seiner Stellung zur Staatsspitze bzw. zum Machtapparat ableitete.

In unserem Zusammenhang interessieren jedoch nicht die vor Tausenden von Jahren verlorengangenen Rechte der Frauen oder deren frühgeschichtlicher sozialer Status. Beide wurden im Verlauf der Geschichte vielfach modifiziert und durch religiöse, kulturelle und ökonomische Entwicklungen immer wieder ab- oder gelegentlich auch aufgewertet. Im Hinblick auf unser Thema und auf den sozialen Wandel, der seit Ausgang des 19. Jahrhunderts auch das Geschlechterverhältnis betrifft, ist es jedoch von nicht zu übersehender Aktualität, daß die bereits in den ersten Staatsbildungen durch Gesetz erzwungene Zuweisung zentraler gesellschaftlicher Verantwortungsbereiche nach Geschlecht bis heute Gültigkeit behalten hat.

Das durch seine Gesetze dokumentierte Interesse des archaischen Staates an Frauen konzentrierte sich darauf, sicherzustellen, daß ihre Konditionierung für die Reproduktionsarbeit im weitesten Sinne gewährleistet wurde. Die strikte Trennung

6 Einheitlichkeit von Staatswille, Staatsgebiet und Staatsvolk sowie staatliches Gewaltmonopol sind die Kriterien, die nach der heute herrschenden Lehre zur Definition des Staates gehören.

zwischen öffentlichem und privatem Bereich, die gesetzliche Verbannung der Frauen aus der Öffentlichkeit⁷ und ihr Einschluß in den Herrschaftsbereich der patriarchalen Familie sicherten die Versorgung der männlichen Staatsmitglieder sowie die Produktion von Nachwuchs. Sie garantierten zugleich, daß diese Zuarbeit außerhalb der Zuständigkeit und der Verantwortlichkeit staatlicher Einrichtungen erbracht wurde.

Wenn wir die Geschichte des Geschlechterverhältnisses statt aus der Perspektive der Frauen und ihrer unzweifelhaft vielfach leidvollen Geschichte als die Geschichte der Strukturgrenze zwischen öffentlich oder privat zu erbringenden Gemeinschaftsleistungen betrachten, werden wir manche Probleme, mit denen wir heute im Zuge des sozialen Wandels konfrontiert sind, deutlicher zu fassen kriegen⁸. An der organisatorischen Verteilung von Zuständigkeiten zwischen privater und öffentlicher Sphäre – und das heißt bis heute noch immer zugleich zwischen Frauen und Männern – können wir unschwer erkennen, daß sich die archaischen Strukturmerkmale des männerbündischen Urstaates relativ ungebrochen in die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse des 18. und 19. Jahrhunderts hinübergerettet haben. Die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Raum konnte kaum krasser ausfallen, als es selbst die demokratischen Versionen der Staaten im 19. Jahrhundert vorsahen. Die bereits aus dem Mittelalter überkommene ungleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern, die Theorien der aufgeklärten Vertragstheoretiker – wie z. B. Locke, Hume, Rousseau, Fichte, Hegel und Kant⁹ – und die modernen Verfassungen und Gesetze sorgten dafür, daß die ausschließliche Zuständigkeit von Frauen für das *Private*, und damit ihre alleinige Verantwortung für die erzieherische¹⁰, soziale

7 Vgl. Gerda Leners Ausführungen über die Verschleierung der Frau: G. Lerner (Anm. 5), Kap. VI, S. 161 ff.

8 Unzweifelhaft sind beide Perspektiven eng miteinander verbunden. Die Historikerin Joan Kelly hat in ihrer Arbeit über methodologische Implikationen feministischer Geschichtsbetrachtung darauf hingewiesen, daß bei der Beurteilung des sozialen Status und des Grades der „Emanzipation“ von Frauen das entscheidende Kriterium der Grad der Trennung – der Distanz oder Nähe – ist, den eine Gesellschaft zwischen die Abwicklung ihrer sogenannten öffentlichen und ihrer privaten Angelegenheiten legt; vgl. Joan Kelly, Soziale Beziehungen der Geschlechter, Methodologische Implikationen einer feministischen Geschichtsbetrachtung, in: Barbara Schaeffer-Hegel/Barbara Watson-Franke, Männer Mythos Wissenschaft, Pfaffenweiler 1989, S. 17 ff.

9 Vgl. Barbara Schaeffer-Hegel, Säulen des Patriarchats. Zur Kritik patriarchaler Konzepte von Wissenschaft, Weiblichkeit, Sexualität und Macht, Pfaffenweiler 1996.

10 Die allgemeine Schulpflicht setzte sich erst zu Ende des 19. Jahrhunderts durch, und die Erziehung der Mädchen blieb

und pflegerische Versorgung der Staatsbürger und ihres Nachwuchses, festgeschrieben wurde. Die Aufgaben des Staates (und damit der Männer) lagen in den noch heute so genannten „harten“ Bereichen: der Militär-, der Außen-, der Innen- und der Wirtschaftspolitik. Erst zu Ende des Jahrhunderts kamen Kultur und Bildung und noch später Soziales, Jugend und Familie hinzu.

III. Private und öffentliche Zuständigkeiten. Umschichtungen zwischen den Bereichen

Die klassische Aufgabenverteilung nach Geschlecht und die systematische Abgrenzung zwischen öffentlichen und privaten Zuständigkeiten hatten historisch gesehen durchaus einen Sinn, solange es im traditionell männerbündischen Staat¹¹ um die Maximierung militärischer Potentiale, um Expansion und Machtzuwachs bzw. im Inneren um die reproduktive Sicherung und Optimierung des Nachschubs ging. Abgesehen davon, daß es heute weltweit ganz andere Herausforderungen zu bewältigen gibt, als die Eroberung von Territorien und die Bekämpfung militärischer Feinde, haben tiefgreifende Einbrüche die althergebrachte Aufgabenzuordnung zwischen den beiden Bereichen wie auch zwischen den Geschlechtern gründlich verändert. Die Familie und das Private sind durch die Vergesellschaftung von Aufgaben, die früher in die Zuständigkeit des Hauses und der Frauen fielen, entlastet worden. Die Expansion der öffentlichen Krankenversorgung und der öffentlichen Erziehung, die Technisierung der Hausarbeit und ein reichhaltiges Angebot an industriellen Fertigprodukten für den Haushalt haben den Familien einen großen Teil ihrer vormals produktiven Tätigkeiten abgenommen. Die verbleibenden Aufgaben reichen nicht mehr aus, um einen erwachsenen Menschen lebenslang sinnvoll zu beschäftigen. Hausfrau und Mutter zu sein kann nur noch in seltenen Ausnahmefällen als eine vollwertige Lebensperspektive gelten.

Im gleichen Zeitraum, in dem die Entleerung des Privatbereichs von vielen lebenswichtigen Aufga-

bis ins 20. Jahrhundert hinein Privatsache. Staatliche Schulerziehung und Gymnasien gab es nur für den männlichen Nachwuchs der Oberschicht.

11 Vgl. Eva Kreisky, Der Staat als „Männerbund“, Versuch einer feministischen Staatssicht, in: Elke Biester/Brigitte Geißel/Sabine Lange/Birgit Sauer/Petra Schäfer/Brigitte Young, Staat aus feministischer Sicht, Berlin 1992, S. 53 ff.

ben stattfand, hat sich seit Beginn dieses Jahrhunderts für Frauen die Grenze in die Männerbereiche zumindest de jure geöffnet. Frauen können studieren, sie können Männerberufe erlernen und ausüben, sie sind Vollbürgerinnen geworden und werden in Deutschland seit den siebziger Jahren auch im verheirateten Zustand nicht mehr durch repressive Ehegesetze an der Ausübung ihrer Rechte gehindert. Die Einbeziehung der Frauen in die Bürgerrechte, die Ausdehnung staatlicher Verantwortung für ehemals private Aufgabenbereiche, die Übernahme großer Teile der Hausarbeit durch industrielle Fertigungen¹², die Einführung der Pille und anderer moderner Verhütungsmittel, wie nicht zuletzt eine stark veränderte Ehe- und Sexualmoral haben die Dynamik und die Struktur des Sozialverbandes Familie so grundlegend verändert, daß der im 19. (und vielleicht noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts) funktionierende Leistungs- und Zuständigkeitsausgleich zwischen Familie und Öffentlichkeit heute nicht mehr funktionieren kann.

In den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat das Deutsche Reich mit der Bismarckschen Sozialversicherungsgesetzgebung auf die Tatsache reagiert, daß die liberale Rechnung der Bürger nicht aufging und die ungehemmte Interessenverfolgung von Kapitaleignern und Unternehmern keineswegs zum Wohlstand aller – das heißt auch der arbeitenden Bevölkerung – führte. Die gesetzliche Krankenversicherung, Unfall-, Invaliden-, Arbeitslosen- und Altersversicherungen wurden eingeführt, um den Erhalt der Ressource Arbeitskraft zu gewährleisten. Die Grundlagen für den Sozialstaat wurden geschaffen, dessen Aufgabe darin bestand, für die Vermittlung bei sozialen Konflikten zu sorgen und übermäßige soziale Härten auszugleichen. Die Etablierung und der Ausbau des sozialen Sicherungssystems war die angemessene Reaktion des Staates auf eine an die Wurzeln gehende Krise im Bereich der gesellschaftlichen Produktion. Die Zuwendungen des Sozialstaates sind, dem krisenhaften Anlaß seiner Entstehung entsprechend, fast ausschließlich an

12 Der Einfluß von technologischen Veränderungen im Bereich der Hausarbeit auf die Beziehung zwischen den Geschlechtern und daher auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen ist in historischen und familiensoziologischen Betrachtungen lange vernachlässigt worden. Schon in der Mitte des letzten Jahrhunderts hatte jedoch Luise Otto Peters mit technischen Erleichterungen im Haushalt argumentiert, um die Zulassung zu Studium und Beruf für Frauen argumentativ zu untermauern. So habe die Erfindung der Schwedenhölzchen Frauen von der täglichen Last des Feuermachens befreit. Vgl. Luise Otto Peters, Bürgerliche Hauswirtschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: U. Gerhard (Anm. 1), S. 282–294.

den Nachweis möglichst kontinuierlicher Lohnarbeit gebunden. Reproduktive Leistungen, das heißt die typischen Leistungen von Frauen, werden außer im Falle der Armenhilfe nur in Abhängigkeit von einem lohnarbeitenden Ernährer honoriert.

Unabhängig von der Frage, auf wessen Kosten Sozialstaatspolitik praktiziert wird¹³ und welche – insbesondere geschlechtsspezifischen – Ungerechtigkeiten sie impliziert, möchten wir im folgenden der Frage nachgehen, wie die staatliche Politik auf eine vergleichbare Krise im Bereich der Produktion des Lebens und des Nachwuchses, der fälschlicherweise so genannten *Reproduktion*, reagiert und ob und wie sie die unübersehbaren Erosionen im Bereich des Privaten aufzufangen versucht.

IV. Staat und Familie. Widersprüchliche Geschlechterpolitiken

Die de facto wirksamen Modelle von Familie auszumachen, die die Instrumente der derzeitigen staatlichen Politik bestimmen und damit gleichzeitig das Verhältnis der Geschlechter zueinander zu regeln versuchen, erfordert „beinahe kriminalistischen Spürsinn“ und „eine Menge Detailarbeit“¹⁴. Zu unterschiedlichen Zeiten, mit unterschiedlichen Zielsetzungen entstandene Leistungen aus unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen und Ressorts, steuer-, arbeits- und eherechtliche Bestimmungen müssen zu den im engeren Sinne familienpolitischen Maßnahmen in Beziehung gesetzt werden, wobei die familienpolitischen Instrumente ebenfalls ungleichzeitig und mit voneinander abweichenden politischen Zielvorstellungen auf den Weg gebracht worden sind. Zudem müssen alle diese staatlichen Maßnahmen in ihrer Wechselwirkung auf das sich ändernde Geschlechtsrollenverhalten von Männern und Frauen und im Hinblick auf die sehr unterschiedlichen sozialen Lagen der jeweils Betroffenen gesehen werden. Eine umfassende Analyse der Auswirkungen staatlicher Sozial- und Familienpolitik auf das Verhältnis der Geschlechter zueinander kann daher hier nicht geleistet werden. Doch macht schon die Durchsicht der wichtigsten gesetzlichen und familienpolitischen Instrumente deutlich, daß wir es bei den familienpolitisch wirksa-

men Instrumenten in der Bundesrepublik mit zumindest drei sehr unterschiedlichen Vorstellungen von Ehe und Familie zu tun haben, die das Zusammenleben der Geschlechter auf einander zum Teil kraß widersprechende Weise zu bestimmen versuchen, und daß Familie – als Erziehungsgemeinschaft definiert – an der staatlichen Familienförderung kaum teilhat. Deutlich wird dagegen auch, daß Familienpolitik bis heute auf die aus archaischer Zeit stammende Zuweisung von Erziehungsleistungen als „private“, also angeblich vorstaatliche und daher unentgeltlich zu leistende Aufgabenbereiche an Frauen zurückgreift.

Die Durchsicht der einschlägigen Familien-Steuer und Sozialgesetzgebung und die Einbeziehung tatsächlicher praktizierter Formen des Zusammenlebens von Frauen, Männern und Kindern legen die Unterscheidung der folgenden Ehe- und Familienmodelle nahe, die daraufhin untersucht werden sollen, wie sie das Zusammenleben der Geschlechter und die Bewältigung der Gemeinschaftsaufgabe Erziehung regeln und durch welche staatlichen Maßnahmen sie dabei gefördert oder aber behindert werden. Es sind dies das Partnerschaftsmodell, die Ernährer- und Hausfrauenfamilie, die Patriarchenehe und die Familie als Erziehungsgemeinschaft.

1. Das Partnerschaftsmodell

Das Modell der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Mann und Frau und ihre gleichwertige Verantwortung für die Belange der Familie ist das in der Bundesrepublik seit der Eherechtsreform von 1976 gültige Ehe- und Familienmodell. Das empirische Pendant zu dieser rechtlichen Form ist die Verbindung zweier beruflich und ökonomisch selbständiger Individuen, die die Erfordernisse von Erwerbs- und Hausarbeit gleichmäßig untereinander verteilen und die die Schwierigkeiten der familiären Kleinkindphasen – mit Unterstützung staatlicher Hilfestellungen – so bewältigen, daß die langfristige berufliche Sicherung keines der beiden Elternteile ernsthaft gefährdet ist und keiner auf Dauer vom anderen ökonomisch abhängig wird. Außer durch das Ehe- und Scheidungsrecht und zwangsläufig durch das Sozialversicherungssystem der Bundesrepublik erhält das partnerschaftliche Familienmodell jedoch so gut wie keine öffentliche Unterstützung. Das Anrecht auf einen Kindergartenplatz ist zwar hilfreich, wird aber derzeit angesichts der realen Kindergartenmisere und des noch immer eklatanten Mangels an Plätzen nur unzureichend eingelöst. Hilfe bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren gibt es für eine partnerschaftliche Eheverbindung so gut wie keine bzw.

13 Vgl. die Beiträge aus Ute Gerhard/Alice Schwarzer/Vera Slupik (Hrsg.), *Auf Kosten der Frauen. Frauenrechte im Sozialstaat*, Weinheim – Basel 1988.

14 Ute Gerhard, in: dies. u. a., ebd., S. 12.

nur für sehr wohlhabende Eltern, die in der Lage sind, einen regulären Arbeitsplatz für häusliche Hilfe zu schaffen, der dann von der Steuer abgesetzt werden kann. Die familienpolitisch geförderten Erziehungszeiten auf Väter und Mütter gleich zu verteilen ist nur in wenigen Ausnahmefällen möglich, da sie das Ausscheiden oder zumindest eine drastische Verkürzung der Berufsarbeit des geförderten Elternteiles verlangen. Abgesehen von vielen anderen Faktoren, die unter anderem mit dem Selbstbild und der nicht immer freiwilligen Einengung der Lebensperspektive von Männern zu tun haben¹⁵, ist angesichts der ungleichen Einkommensverteilung unter den Geschlechtern für viele Familien eine Berufspause der Männer unter den gegebenen Umständen nicht realisierbar. Nur ein Prozent aller Väter machen derzeit in der Bundesrepublik von der Möglichkeit Gebrauch, Erziehungsurlaub zu nehmen. Öffentliche Förderung des Vaterurlaubes etwa durch Familienausgleichszahlungen zur Abstützung des notwendigen Familienunterhaltes während der Kleinkindphase oder auch nur die Koppelung des Erziehungsgeldes an die zumindest teilweise Wahrnehmung durch den Vater – wie in Schweden seit einigen Jahren praktiziert – ist bei uns noch immer nicht ernsthaft im Gespräch. Auch Teilzeitarbeit für Männer/Väter oder andere durchaus finanzierbare Unterstützungen für partnerschaftliche Elternarbeit sind hierzulande als Instrumente der Familienpolitik nicht entwickelt, geschweige denn erprobt.

Dennoch wirken auch bei uns eine Reihe von Faktoren in Richtung einer Durchsetzung des Partnerschaftsmodells, allerdings bisher lediglich solche der präventiven Abwehr negativer Spätfolgen: Frauen können sich heute nicht mehr darauf verlassen, durch ihren Ehemann lebenslang sozial abgesichert zu sein. Die Unabwägbarkeit der Unterhaltszahlungen nach einer Scheidung und magere Geschiedenenrenten veranlassen junge Frauen in zunehmendem Maße dazu, für ihre eigene ökonomische Absicherung zu sorgen und diese möglichst auch in der Ehe und nach der Geburt von Kindern aufrechtzuerhalten. Wegen

15 Die männliche Version des Problems der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf wird endlich auch von männlichen Autoren und – dies vor allem in USA – von männlichen Initiativgruppen in die Öffentlichkeit getragen. Eine kritische Auseinandersetzung mit traditionell männlichen Lebensmustern und mit den Verzichtleistungen, die sie Männern abverlangen, haben Dieter Schnack und Thomas Gesterkamp in ihrem soeben erschienenen Buch „Hauptsache Arbeit. Männer zwischen Familie und Beruf“, Reinbek 1996, vorgelegt. *Anmerkung der Redaktion:* Siehe hierzu auch den Beitrag von Walter Hollstein in diesem Heft.

der nach einer Scheidung auf sie zukommenden Unterhaltsverpflichtungen tun andererseits Männer heute gut daran, sich beruflich selbständige Frauen als Partnerinnen zu wählen. Solche Überlegungen und der bei Familien mit niedrigem Einkommen wirksame Zwang zum Doppelverdienst sind die stärksten Kräfte, die in Richtung Partnerschaftsfamilie wirken. Hierbei ist jedoch zu bedenken, daß die mangelnde öffentliche Unterstützung dieses Modells und der daher unvermeidliche Zeit- und Arbeitsstreß der Mehrfachbelastung nur durch die bekannte „Zeitakrobatik“ – meist der Mütter – aufgefangen werden kann und sich zwangsläufig negativ auf die Kinder auswirkt. Die Verwahrlosung gerade von Mittelstandsnachwuchs und Sozialwaisen auch bei gut verdienenden Eltern sind Indizien dafür. Auf Partnerschaft bestehende Eltern haben unter den derzeitigen Bedingungen in der Regel viel zuwenig Zeit für ihre Kinder.

Die fehlende Unterstützung für partnerschaftliche Erziehungsarbeit und der damit zusammenhängende Mangel an väterlichem Engagement in der Familie führen notgedrungen dazu, daß viele Frauen die Partnerschaftssituation entweder durch die Weigerung, Kinder zu bekommen, aufrechterhalten – der Geburtenrückgang in der Bundesrepublik hält an – oder aber ihre Unabhängigkeit aufgeben und in das Modell der Ernährer- und Hausfrauenfamilie überwechseln.

2. Die Ernährer- und Hausfrauenfamilie

Die Ernährer- und Hausfrauenfamilie ist das von der offiziellen Familienpolitik derzeit am stärksten geförderte Familienmodell. Die Zahlung von Kinder- und Erziehungsgeld, ohne Auflagen für väterliche Beteiligung an der Erziehungsarbeit, ist dazu angetan, Frauen nach der Geburt eines Kindes aus ihrem beruflichen Kontext zu lösen und in die ökonomische Abhängigkeit vom Ehemann zu drängen. Daß jegliche Hilfe bei der Kinderbetreuung durch Fremde, daß Kindergärten, Tagesmütter und Babysitter weder steuerlich noch anderweitig unterstützt werden, wirkt in der gleichen Richtung. Dies gilt vielfältig auch für das Ehegattensplitting, das zwar unabhängig von der Existenz von Kindern gewährt wird, aber z. B. auch Mütter mit gutem Verdienst – und vor allem solche, die den Kindern zuliebe auf Teilzeit umgestiegen sind – veranlassen kann, ihre Arbeitsstelle entweder aufzugeben oder auf ein ungeschütztes 590-DM-Beschäftigungsverhältnis auszuweichen. In vielen Fällen wird sich dies positiv, zumindest nicht negativ, auf das Familieneinkommen auswirken,

der Frau jedoch ihre eigenständige soziale Sicherung nehmen!

Aber wenn auch familienpolitisch gewollt, so wird gerade dieses Modell durch eine ganze Reihe sozial wirksamer Faktoren und Bestimmungen konterkariert. Die insbesondere für Hausfrauen meist trübe soziale und ökonomische Perspektive nach einer Scheidung, vor allem aber die Tatsache, daß Erziehungsarbeit noch immer mit nur kläglichen drei Jahren auf die eigene Rente angerechnet wird, zeigen, daß das Hausfrauenmodell trotz Erziehungsgeld und Babybonus nur halbherzig unterstützt wird – bzw. daß sich hinter ihm die uralte patriarchale Praxis verbirgt, Aufgaben, die die Produktion und Aufzucht von Kindern betreffen, kostenneutral an Frauen zu delegieren, ohne diese Frauen – wie das in Zeiten klassischer Patriarchate immerhin üblich war – durch Versorgung und Unterhalt auch im Alter angemessen abzusichern. Das soziale Netz, das Hausfrauen und ihre Kinder im Falle einer Scheidung auffängt, ist erschreckend grobmaschig¹⁶. Hausfrauenarbeit ist unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik für Nur-Mütter ein risikobehaftetes Unterfangen und sehr häufig ein Verlustgeschäft – wobei die negativen Auswirkungen des sozialen und ökonomischen Abstiegs der geschiedenen Mutter für ihre Kinder in der Regel weitaus gravierender und vor allem mit langfristigeren Folgewirkungen verbunden sind. Das einzige Familienmodell, das nahezu risikolos ist und – bisher wenig bemerkt – von unserem Staat mit hohen Kosten für die Gemeinschaft subventioniert wird, ist die im Zweifelsfalle kinderlose Patriarchenehe.

3. Die Patriarchenehe

Da die steuerliche Begünstigung, deren diese Familienform teilhaftig wird, nicht an das Vorhandensein von Kindern geknüpft ist, ist es berechtigt, die über das sogenannte Ehegattensplitting finanzierte Familienförderung als das anzusprechen, was sie in ihrem von der Steuergesetzgebung vorgesehenen Grenzfall ist: die staatliche Subventionierung privater Männerbetreuung¹⁷. Die leibliche und seelische Pflege, Versorgung und Unterhaltung der Männer, die sich eine nicht erwerbstätige Hausfrau leisten können – und das sind überwiegend Besserverdienende –, wird mit Beträgen, die

mit wachsendem Einkommen des Patriarchen steigen, staatlich subventioniert. Die Steuerersparnis, die der Ehemann abkassieren kann, fällt also um so höher aus, je weniger bedürftig er finanziell ist. Das Ehegattensplitting gibt die Möglichkeit, das steuerpflichtige Einkommen durch die gemeinsame Veranlagung mit einer nicht erwerbstätigen Ehefrau zu teilen und wird nach dem Sozialbericht von 1993 mit einem Steuerausfall von insgesamt 30,6 Milliarden DM angesetzt und für 1997 auf 38,9 Milliarden Mark hochgerechnet¹⁸. Bei genauer Betrachtung ist dies ein höherer Betrag als der, den der Fiskus insgesamt für den Familienleistungsausgleich, d. h. für Erziehungs- und Kindergeld ausgibt. Da nämlich Sozialhilfeempfängerinnen das ihnen zustehende Kindergeld mit der Sozialhilfe verrechnen müssen, muß das staatliche Gesamtaufkommen für den Familienleistungsausgleich (1995: 37 Mrd. DM)¹⁹ um den Betrag gekürzt werden, der auf diese Weise an Sozialhilfe eingespart wird.

Belastet wird das Modell der Patriarchenehe angesichts hoher Scheidungsraten lediglich durch drohende Unterhaltszahlungen und ungewisse Unterhaltsansprüche, wobei das Steuerrecht auch hier ein Einsehen hat und Entlastungen für den Ehegatten bietet. Während Unterhaltsleistungen ansonsten nur bis zur Höhe von 7 200,- DM als Sonderausgaben abzugsfähig sind, können Zahlungen, fast ausschließlich Männer, Unterhaltszahlungen an ihre geschiedene oder getrennt lebende Ehefrau bis zu 27 000,- DM im Jahr vom versteuerbaren Einkommen absetzen (§ 10 Abs. 1, Nr. 1 EStG). Der die Zahlungen erhaltende Partner – meist die Frau – muß diese dann allerdings versteuern!

Es kommt uns in diesem Beitrag jedoch nicht darauf an, frauenfeindliche Strukturen des Steuerrechtes und der Sozialgesetzgebung aufzuzeigen oder im einzelnen nachzuweisen, wie und warum ihre für Frauen schädlichen Wirkungen durch die Segnungen des Familienleistungsausgleiches häufig noch verstärkt werden. Das haben bereits andere getan²⁰. Uns geht es vielmehr darum, auf-

18 Vgl. Marianne Schwann, *Milchmädchens Rache. Eine Abrechnung mit dem von Männern gemachten Steuerrecht*, Frankfurt am Main 1996, S. 71.

19 Vgl. *Familienlastenausgleich – Familienleistungsausgleich*, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn 1995.

20 Für die Sozialgesetzgebung siehe U. Gerhard u. a. (Anm. 13), für die Steuergesetzgebung das soeben erschienene Buch von M. Schwan (Anm. 18). Die Autorin hat errechnet, daß Frauen „... im Endeffekt ... insbesondere reiche Männer mit jährlich mehr als 100 Milliarden DM ... subventionieren“. Dies., *Steuergesetz 1997. Steuerpolitische*

16 Vgl. Monica Weber-Nau, Nach der Scheidung kommt die Armut. Wie Frauen in die Verschuldung geraten können, in: *Frankfurter Rundschau* vom 24. April 1993.

17 Ein „Steuergesetz für reiche Patriarchen“ nennt Annemarie Mennel das Ehegattensplitting. Vgl. Annemarie Mennel, *Frauen, Steuern, Staatsausgaben. Subventionen für das Patriarchat*, in: U. Gerhard u. a. (Anm. 13), S. 88 f.

zuzeigen, daß der historisch dringend erforderlichen Neudefinition von *privat* und *öffentlich* und damit zugleich einer Neuverteilung von notwendigen Gemeinschaftsaufgaben zwischen den Geschlechtern in der Bundesrepublik Deutschland derzeit mit einem paradoxen Wirrwarr sich widerstreitender Maßnahmen und Instrumente begegnet wird, bei dem die eine Hand häufig das wieder nimmt, was die andere möglicherweise schon mal gegeben hat.

Eine zeitgemäße Entkoppelung von privaten und öffentlichen Angelegenheiten, ihre Neudefinition und eine gerechte Neuverteilung gesellschaftsnotwendiger Aufgaben zwischen den Geschlechtern, die den Anforderungen der modernen Lebensweise von Männern und Frauen entspricht, ist überfällig. Strukturveränderungen fast aller gesellschaftlicher Bereiche machen eine neue Grenzziehung zwischen öffentlichen – das heißt in gemeinschaftliche Verantwortung fallenden – Aufgaben und den ganz persönlichen und deshalb privaten Lebensäußerungen notwendig, die für die eigene persönliche Identitätsfindung wichtig sind und daher von staatlicher Inspektion und Kontrolle frei sein müssen, sofern sie nicht einen anderen Menschen negativ tangieren²¹.

Die verbale Koppelung des Schutzes von Ehe und Familie in der einschlägigen Formulierung des Grundgesetzes²² erleichtert die fatale Augenwischerei, mit der private Privilegien der einen – überwiegend Männer – subventioniert und Gemeinschaftsleistungen anderer – überwiegend Frauen – steuerrechtlich als privates Hobby angesehen werden und leer ausgehen²³. Ob und mit wem der Gang zum Standesamt stattgefunden hat, kann und sollte die Gemeinschaft nicht interessieren. Ob, mit wem und auf welche Weise ich den Bund fürs Leben eingehe, ist Privatsache und als solche von staatlichen Sanktionen – aber auch von staatlichen Subventionen – freizuhalten. Die Entflechtung des Aktes der Eheschließung von staatlicher

Männerförderung, in: *Zweiwochendienst Frauen und Politik*, 9 (1996) 114, S. 5.

21 Vgl. hierzu Seyla Benhabib, *Feministische Theorie und Hannah Arendts Begriff des öffentlichen Raums*, in: Margrit Brückner/Birgit Meyer (Hrsg.), *Die sichtbare Frau. Die Aneignung gesellschaftlicher Räume*, Freiburg 1994, S. 270 ff.

22 Eine erkennbare verfassungsrechtliche Vorschrift, die eine zwingende Verbindung zwischen „Schutz“ und Subventionierung herstellte, ist u. E. nicht gegeben.

23 Stellt man den Steuergewinnen reicher kinderloser Ehemänner die Tatsache gegenüber, daß alleinerziehende Mütter ihre Steuerpflicht nicht mit erwerbslosen Angehörigen teilen können und Ausgaben für die Erziehung ihrer Kinder nicht von der Steuer absetzen dürfen, so werden die hier in Frage gestellten Definitionen von *privat* und *öffentlich* überdeutlich.

Bezuschussung hätte im übrigen den positiven Nebeneffekt, daß der Anlaß für die immer wieder heftig geführte Kontroverse um die Zulässigkeit gleichgeschlechtlicher Eheschließungen wegfallen würde. Die sexuelle Präferenz eines Individuums und die Form, in der er oder sie diese zu leben gedenkt, könnte endlich das werden, was sie eigentlich ist: eine Privatangelegenheit, die keinen Menschen etwas angeht – schon gar nicht den Staat.

Den Staat und die Gemeinschaft kann es sinnvollerweise nur interessieren, wenn ein privater Lebensbund Gemeinschaftsleistungen erbringt, das heißt Kinder oder auch andere pflegebedürftige Personen erzieht, betreut und versorgt. Im wohlverstandenen Sinne des Grundgesetzes dürfte der Schutz der Familie ausschließlich als Schutz und Unterstützung von Erziehungsgemeinschaften verstanden werden.

4. Familie als Erziehungsgemeinschaft

Unabhängig vom Geschlecht der Erwachsenen muß jedes auf Dauer konzipierte Zusammenleben von einer oder mehreren erwachsenen Personen mit Kindern als Familie im Sinne einer Erziehungsgemeinschaft angesehen werden, sofern die Erwachsenen primäre Bezugspersonen für die Kinder sind und deren leibliche und seelische Versorgung übernehmen. Man muß nicht unbedingt Platons autoritärer Ständepolitik anhängen, um ihm zuzustimmen, daß die Erziehung des Nachwuchses die wichtigste und vornehmste aller Staatsaufgaben ist. Daß der Erfolg der Erziehung nur im geringeren Maße von schulischen Curricula oder von den Lehrmeinungen der Pädagogen abhängt, sondern in viel fundamentaler Weise von den Organisationsformen und den u. a. geschlechtsspezifischen Machtverhältnissen in der Familie (und natürlich auch der Schule), hat in diesem Jahrhundert u. a. Siegfried Bernfeld²⁴ nochmals mit großer Deutlichkeit dargelegt.

Um das erforderliche Mindestmaß an elterlicher Zuwendung und Zeit sicherzustellen, kommt es daher nicht nur darauf an, Erziehungsleistungen als öffentliche Leistungen anzuerkennen und zu unterstützen. Angesichts der von Grund auf gewandelten Lebensmuster von Frauen muß vor allem auch dafür Sorge getragen werden, daß der Wegfall des Teiles der weiblichen Lebenszeit, der heute nicht mehr Kindern gewidmet sein kann, durch einen entsprechenden Zuwachs an väterlicher Fürsorge und Zeit ausgeglichen wird. Wie

24 Vgl. Siegfried Bernfeld, *Sisyphus oder die Grenzen der Erziehung*, Frankfurt am Main 1993 (1. Auflage 1925).

bei einer Maschine, die durch eine fein abgestimmte Waage im Lot gehalten wird, gerät das ganze System außer Balance, wenn Kräfte über längere Zeit nur von der einen auf die andere Seite verlagert werden, ohne daß diese andere Seite entsprechende Transferleistungen erbringt.

Die patriarchale Grundstruktur unserer Gesellschaft, welche eine wesentliche Verbindung zwischen privaten, weiblichen und reproduktiven Lebensäußerungen und eine eben solche zwischen öffentlichen, männlichen und produktiven annimmt, ist durch vielfältige gesellschaftliche Veränderungsprozesse brüchig geworden. Das Erziehungs- und Familienproblem allein den Frauen zu überlassen ist angesichts dieser fundamentalen Strukturveränderungen, die das 20. Jahrhundert gebracht hat, schlichtweg unverantwortlich. Da wir nicht mehr im 19. Jahrhundert leben und Frauen nicht mehr lebenslang ausschließlich Ehefrau und Mutter sein wollen, dies angesichts der sozialen Realität und des geltenden Sozialversicherungssystems auch nicht sein können, müssen Leistungen, die für die Reproduktion der Gesellschaft unverzichtbar sind, als im öffentlichen Interesse erbrachte Dienstleistungen ernst genommen und in einer Weise gefördert und unterstützt werden, welche partnerschaftliche Beziehungen zwischen Männern und Frauen lebbar machen. Wenn die in unserer Verfassung niedergelegte Pflicht zur Beförderung der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern (Art. 3) und wenn – wie Ute Gerhard argumentiert – die im Grundgesetz „normierten Prinzipien des Sozialstaates (Art. 20 und 28) ‚Menschenwürde‘, ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘ tatsächlich eine Leitfunktion haben, müßte es in diesem Sozialstaat ... darum gehen, nach Lösungen zu suchen, wie die knapp gewordene Lohnarbeit, aber auch die private Hausarbeit, zwischen Männern und Frauen gerechter zu verteilen ist“²⁵.

Und – um auf unsere Eingangsfeststellung zurückzukommen – auch das Geschlechterproblem des modernen Staates, die Tatsache, daß die politischen Prinzipien der Aufklärung für Frauen noch immer sehr unzureichend eingelöst sind, läßt sich letztendlich nur über Veränderungen im Privaten erreichen. Erst wenn die privaten Bedingungen, unter denen Männer und Frauen den Wettbewerb um politische Machtpositionen antreten, annähernd die gleichen sind, kann eine politische Gleichstellung der Geschlechter realistische Aussichten auf Erfolg haben. Zeit und Kraft für Politik ist bei Frauen als Gruppe auf Grund ihrer weit-

aus höheren häuslichen Verpflichtungen viel knapper als bei Männern, und auch die wenigen „Frauen mit Macht“²⁶, die es geschafft haben, arbeiten nur selten unter auch nur annähernd so günstigen und entlastenden Voraussetzungen wie ihre Amtskollegen mit Hausfrauenfamilie im Hintergrund²⁷.

Das chaotische und widersprüchliche Gemenge aus Subventionierung und Deklassierung, mit dem der moderne Staat auf die derzeitige Umbruchsituation in der Geschlechterrelation reagiert und mit dem er – wie es scheint – die alten Strukturen mit aller Gewalt festzuhalten versucht, ohne doch den sozialen Wandel ganz zu leugnen, kann keinesfalls eine Lösung auf Dauer sein. Nicht allein und nicht in erster Linie, weil die derzeitigen Regelungen in hohem Maße ungerecht gegenüber Frauen sind. Viel entscheidender ist, daß das bisherige Versäumnis, das Problem durch eine kinder- und geschlechtergerechte Familien- und Gesellschaftspolitik zu lösen, in erster Linie auf Kosten des Nachwuchses geht.

Daß Armut weiblich ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Frauen haben seit langem begonnen, sich zu Wort zu melden und die Mißstände, die ihr Geschlecht betreffen, zumindest öffentlich und lautstark zu formulieren. Kinder haben keine vergleichbaren Artikulationsmöglichkeiten. Tatsache ist aber, daß das unzeitgemäße Festhalten an der mißlichen Tradition, Kinder letztlich als das private Hobby der weiblichen Mitglieder der Gesellschaft zu behandeln, zu einem alarmierenden Anstieg der Kinderarmut in der Bundesrepublik geführt hat. Und kaum einer redet darüber. Daß „Armut im Alter“ ein heftig diskutiertes Thema wurde und mit der Einführung der Pflegeversicherung der Versuch gemacht wurde, es zu lösen, ist eine anerkennenswerte Gemeinschaftsleistung. Aber daß sich am anderen Ende der Generationenreihe ein langfristig noch viel brisanteres Problem angestaut hat, wird in der Bundesrepublik noch kaum zur Kenntnis genommen. Während 1965 nur jedes 75. Kind zeitweilig oder auf Dauer in einem Sozialhilfehaushalt aufwuchs, ist inzwischen jedes 8. von diesem Schicksal betroffen²⁸.

26 Barbara Schaeffer-Hegel u. a., Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen, Pfaffenweiler 1995.

27 In den vielen Interviews, die wir im Rahmen eines Forschungsprojektes derzeit durchführen, ist die private Unterstützung – meist durch den Ehemann – von Politikerinnen und anderen Frauen in Führungspositionen immer wieder als ganz entscheidende Voraussetzung für ihre politische Arbeit genannt worden.

28 Vgl. M. Schwan, Steuergesetz 1997 (Anm. 20), S. 5.

25 U. Gerhard (Anm. 1), S. 21/22.

Es ist auf keine Weise einzusehen, daß eine Gesellschaft, die wie die unsere noch immer als Wohlstandsgesellschaft anzusehen ist und die derzeit ihren Überschuß an Arbeitszeit kaum zu bewältigen weiß, nicht in der Lage sein soll, Transferleistungen an Zeit und Geld so zu bewerkstelligen, daß Kinder die für ihr Gedeihen unverzichtbare Zuwendung an Vater- und Mutterzeit sowie eine existenzsichernde Versorgung erhalten – ganz abgesehen davon, daß der Gesellschaft aus der dramatisch ansteigenden Verarmung/Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen in der Zukunft unübersehbare Folgekosten entstehen werden. Langfristig wird nur die partnerschaftliche Einbeziehung von Vätern in die Erziehungsarbeit und die Bindung staatlicher Familienförderung an partnerschaftlich erbrachte Erziehungsleistungen den jetzigen Trend aufhalten können. Gefördert durch halbherzige staatliche Subventionen und Steueranreize werden Frauen immer wieder veranlaßt werden, Verantwortung für Kinder letztlich alleine und ohne soziale Sicherung zu übernehmen und ihre Kinder dann gegebenenfalls mit in die eigene Abhängigkeit und letztlich in die Armut zu ziehen.

Das folgende Beispiel zeigt, daß es in der Bevölkerung inzwischen durchaus Widerstand gegen die Doppelmoral der Steuergesetzgebung gibt, die Leistungen im „reproduktiven“ Sektor, welche langfristig der Gemeinschaft zugute kommen, anders behandelt als Bemühungen im sogenannten produktiven Bereich, die letztlich dem Zweck dienen, finanzielle Gewinne in private Taschen zu befördern: Ein Kölner Vater von drei noch nicht schulpflichtigen Kindern hat, einem Bericht der ZEIT²⁹ zufolge, das Problem auf seine Weise

gelöst. Er hat seinen „Familienbetrieb“ kurzerhand beim Bezirksamt Lindenthal als Betrieb nach § 14 Gewerbeordnung angemeldet. Art des Betriebes: private Kinderbetreuung. Die steuerliche Bevorzugung selbst von Karnickel- und Schweinezüchtern gegenüber Familien hatte ihn auf die Idee gebracht, „als Gewerbetreibender nunmehr ‚Stallungen‘ (Kinderzimmer), ‚Futter‘ (Babybrei in Gläsern) und ‚Trockenstreu‘ (Windeln) als Betriebskosten „abzusetzen“. Die Frage nach dem zu erwartenden Gewinn beantwortet der Vater-Unternehmer mit dem Hinweis auf die Zukunft, „wenn unsere Kinder in 20 Jahren Steuer- und Rentenbeitragszahler sind“. Daß der Gewinn des Betriebes lange auf sich warten lassen wird, irritiert ihn nicht. Schließlich gäbe es Abschreibungsprojekte, die nie einen Gewinn erzielten, und „wenn der Thyssen das (die Schwebebahn) 30 Jahre lang abschreiben kann, ohne daß das Finanzamt sagt, das ist ja ein Hobby“, gäbe es keinen Grund, bei Aufwendungen für die Erziehung von Kindern anders zu verfahren³⁰.

Abgesehen von diesem erhellenden Beispiel wissen wir, daß es Modelle zur Unterstützung und Stärkung der Familie als partnerschaftliche oder Ein-Eltern-Erziehungsgemeinschaft gibt, die finanzierbar sind. Daß diese Modelle noch immer in Schubladen schmoren und daß das Ehegattensplitting trotz Sparzwang und staatlicher Finanzmisere auch im heißen Steuerstreit der letzten Monate von keiner Seite ernsthaft in die Debatten geworfen wurde, hat im Zweifelsfalle auch damit zu tun, daß diejenigen, die über die Steuergesetzgebung befinden, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit (die Grünen ausgenommen) fast ausnahmslos zu denen gehören, die am meisten von dieser vorsintflutlichen Regelung profitieren.

29 Vgl. Susanne Meyer, Private Kinderbetreuung. Ein Vater geht neue Wege: Die Kinder als Gewerbebetrieb, in: Die Zeit, Nr. 29 vom 12. Juli 1996, S. 53.

30 Ebd.

Walter Hollstein

Ende der Frauenpolitik?

Zur unvollendeten Emanzipation von Männern und Frauen

Aus Anlaß der Vierten Weltfrauenkonferenz im September 1995 in Peking hat die deutsche Bundesregierung eine Anthologie herausgegeben, in der acht deutsche Männer ihre persönlichen Ansichten über die Gleichheit der Geschlechter, über Männlichkeit und Vaterschaft darlegen. Das fast 200 Seiten umfassende und schön präsentierte Buch trägt den Titel „Männer über Männer“. Zu den Autoren gehören der außerordentliche Berater des Bundeskanzlers, der ehemalige Minister des Sozialen sowie namhafte Schriftsteller, Geistliche und Wissenschaftler des öffentlichen Lebens in Deutschland.

In einem ebenso gescheiterten wie engagierten Vorwort setzt sich der deutsche Bundeskanzler mit seiner ganzen Entschiedenheit für die Gleichstellung der Geschlechter ein. „Warum“, so fragt er im ersten Satz seines Beitrags, „unternimmt Deutschland substantielle und finanzielle Anstrengungen für eine Anthologie über Männer als Vorbereitung des Landes für die Weltfrauenkonferenz?“ Der Bundeskanzler antwortet: „Die Wahrheit ist, daß wir es uns nicht mehr länger erlauben können, patriarchalisch, sexistisch und diskriminierend zu sein. Um wirtschaftlichen Fortschritt zu gewährleisten, ist gesellschaftlicher Fortschritt vonnöten. Arbeit, Kreativität und Entscheidungsmacht der Frauen werden dringend gebraucht, um die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft wettbewerbsfähig zu erhalten.“ Der Kanzler weist ausdrücklich darauf hin, daß die Veränderung der traditionellen Frauenrolle nicht ausreicht, um die Zukunft zu sichern. „Es ist nicht genug, die Barrieren niederzureißen, die Frauen auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Leben behindert haben. Der nächste Durchbruch betrifft die Veränderung der Männer.“

Nach diesem geschlechterpolitischen Bekenntnis wird der Bundeskanzler persönlich. Er berichtet, wie in den fünfziger Jahren Regierungspolitik ein exklusiv männliches Geschäft gewesen ist und wie er bei seiner langen Karriere über dreieinhalb Jahrzehnte erleben durfte, daß Frauen sich in die Politik einmischten und diese qualitativ veränderten. Die Regierungsarbeit sei dadurch reicher, spannender und vor allem menschlicher geworden.

Aber nicht nur Arbeit und Politik müßten zwischen den Geschlechtern mitverantwortlich geteilt werden, sondern auch die Elternschaft. In diesem Zusammenhang drückt der Kanzler seine Überzeugung aus, daß „unsere Abwendung vom alten patriarchalischen Macho-Image eine befreiende Wirkung haben wird.“ Allerdings wisse er auch, daß bis zu diesem Ziel noch viel Arbeit geleistet werden müsse. Die vorliegende Anthologie solle deshalb ein Schritt auf dem Weg sein, daß „Männer gute Partner für den modernen Feminismus und Frauen Partnerinnen auf der Suche der Männer nach einem neuen Rollenverständnis werden können“.

Das schwedische Beispiel

Mit Sicherheit werden die geneigte Leserin und der geneigte Leser das Beschriebene inzwischen für Satire und das Zitierte für perfide Erfindung halten. Das ist richtig und doch auch falsch. Um zur Wahrheit zu gelangen, müssen wir unsere Optik nur um einige hundert Kilometer nach Norden verschieben, das Adjektiv „deutsch“ durch „schwedisch“ ersetzen und statt des Bundeskanzlers den ehemaligen schwedischen Premierminister Ingvar Carlsson lesen. Dann stimmt plötzlich alles.

In seinem Vorwort berichtet Carlsson, daß die Hälfte seiner schwedischen Regierung aus Männern besteht, 41 Prozent der Parlamentarier Frauen sind und regionale und lokale Gremien sich auf dem guten Weg zur Geschlechterdemokratie befinden.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist in Schweden die höchste in der Welt. Das gilt auch für Frauen mit Kindern; die Erwerbsquote von Müttern liegt bei 88 Prozent. Insbesondere der Staat hat auf vorbildliche Weise Arbeitsplätze für Frauen geschaffen. Dementsprechend liegt der Anteil der Frauen im öffentlichen Sektor der nordischen Länder zwischen 62 und 69 Prozent.

Fortschrittliche familienpolitische Gesetze und eine entsprechende Infrastruktur garantieren die

Die deutsche Wirklichkeit

Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Steuersystem fördert die Erwerbstätigkeit beider Partner. Ganztagskindergärten und -schulen mit öffentlichen Transporten und Mahlzeiten ermöglichen die Entlastung der Eltern. Eine Folge davon ist, daß zum Beispiel die Schwedinnen seit 1983 im Durchschnitt mehr Kinder bekommen als sogar Frauen in überwiegend katholischen Ländern. Im Gegensatz zu Deutschland haben schwedische Karrierefrauen Familien mit jeweils mehreren Kindern.

Für Väter und Mütter gibt es in den nordischen Ländern Elternurlaub und Elternversicherungen. In Schweden beträgt der Elternurlaub 15 Monate; zwölf Monate lang zahlt die Elternversicherung 90 Prozent des früheren Einkommens und anschließend eine Pauschalsumme. Dementsprechend sind mehr als ein Viertel derer, die den Elternurlaub beanspruchen, inzwischen Männer – in der Bundesrepublik Deutschland sind das knapp ein Prozent. Eltern können sich den bezahlten Urlaub auch teilen.

Obwohl in Schweden die Männerfrage seit längerem thematisiert wird, nehmen Väter die genannten Möglichkeiten weniger in Anspruch als Mütter. Deshalb wird seit den achtziger Jahren der pädagogischen und politischen Arbeit mit Männern – kurz „Männerarbeit“ – verstärkte Bedeutung zugemessen; das gilt seit 1985 auch für Norwegen. Es gibt Männerzentren und „Krisenzentren für Männer“, in denen Männer ihre Probleme mit professionellen Helfern bearbeiten können. In Schweden beschäftigte sich eine „Ideengruppe“ offiziell mit Fragen der Männerrolle; sie wurde 1983 von der sozialdemokratischen Ministerin für Gleichstellung eingesetzt, von der bürgerlichen Koalition aber zehn Jahre später wieder abgeschafft. Dennoch: Männerpolitik ergänzt Frauenpolitik.

Besondere Bedeutung wird in den letzten Jahren auf das Thema der Vaterschaft gelegt. Dementsprechend sind Schwedens Väter in der Erziehung wesentlich präsenter als ihre Geschlechtsgenossen in anderen Ländern. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die aktive Vaterschaft auch die wirksamste Möglichkeit ist, die männliche Rolle aus ihrer Vereinseitigung zu lösen, die Männer beziehungsfähiger und emotionaler werden zu lassen. Dieses Ergebnis wird durch empirische Untersuchungen aus den USA bestätigt. Der nahe Umgang mit Kindern eröffnet den Männern auch die Einsicht in eine Wertverlagerung ihrer Lebensziele: Menschliche Beziehungen und Selbstverwirklichung werden mindestens ebenso wichtig wie Erfolg und Karriere.

Erwerbstätigkeit gehört in der Bundesrepublik Deutschland noch immer zur Normalbiographie des Mannes, aber nicht notwendigerweise zu jener der Frau.

Doppelorientierung der Frauen auf Beruf und Familie bedeutet, daß Frauen zum einen häufiger teilzeitbeschäftigt sind und daß sie zum anderen ihre Erwerbsbiographie unterbrechen, um für Kinder und Familie präsent zu sein. Die Rückkehr in den Beruf ist für Frauen trotz gesteigener Motivation schwierig. Jede fünfte Frau verbindet den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit mit einem beruflichen Abstieg.

Die Daten über die Erwerbstätigkeit dokumentieren die Konsequenzen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung: Männer steuern überwiegend technische Anlagen und warten sie, bauen, installieren und stellen her, planen, konstruieren und forschen, leiten, organisieren und führen, sichern, bewachen und wenden Vorschriften an. Frauen hingegen verkaufen, kassieren, beraten Kunden, arbeiten im Büro, bewirten, reinigen und packen, erziehen, helfen, pflegen und versorgen.

Diese tradierte Ungleichheit zwischen den Geschlechtern dokumentiert sich nur konsequent in erheblichen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen. Der durchschnittliche Monats-Bruttoverdienst eines Arbeiters in der Industrie beträgt DM 3 600, der einer Arbeiterin nur DM 2 548. Der durchschnittliche Monats-Bruttoverdienst eines männlichen Angestellten in Industrie und Handel beläuft sich auf DM 5 385, eine Frau verdient exakt DM 1 872 weniger.

Trotz zäher Bemühungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten ist es den Frauen nicht gelungen, sich den öffentlichen Raum von Politik, Gerichtsbarkeit, Verwaltung und Medien zu erobern; trotz aller weiblichen Fortschritte ist die Öffentlichkeit in Deutschland weiterhin grundsätzlich männlich. Frauen sind zumeist nur Zuträgerinnen für männliche Herrschaftspositionen oder deren Alibi.

Auch im privaten Bereich obliegt die Hauptlast der Arbeit noch immer den Frauen. Selbst von erwerbstätigen Partnerinnen erwarten deutsche Männer ein großes Mehr an Hausarbeit, Versorgung und emotionaler Pflege, als sie selbst zu leisten bereit sind. Die Mitverantwortung der Männer im Haushalt ist nur bei einer Minderheit kontinuierlich und gleichberechtigt; in den meisten

Fällen helfen Männer nur gelegentlich, kurzzeitig und eher zufällig. In der Kindererziehung leisten die Frauen ebenfalls am meisten, wiewohl nicht übersehen werden darf, daß sich heutige Männer als Väter weit mehr engagieren, als es noch ihre eigenen Väter bei ihnen getan haben. Insofern stimmt einiges am Bild vom „neuen Vater“.

Auffällig ist allerdings, daß nur eine kleine Minderheit von Vätern sich mit ihren Kindern an jenen Aufgaben der Erziehung beteiligt, die direkt mit Hausarbeit verbunden sind. Der neue Vater widmet sich mit seinen Kindern vor allem den hedonistischen Freizeitbeschäftigungen wie Sport, Spaziergang und Musik, den unangenehmen, belastenden, mit Mühe und Schmutz verbundenen Tätigkeiten geht nach wie vor die große Mehrheit der Väter aus dem Wege.

Die bisher unbewältigten Traditionen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung bedingen Machtverhältnisse in Ehe, Familie und Beziehung, die noch immer zuungunsten der Frau verschoben sind. Diese Geschlechterhierarchie legitimiert Gewalt gegenüber der Frau zur Lösung von Konflikten. Statusunterschiede führen nach wie vor zu Mißhandlungssituationen.

Wolfgang Hartenstein vom „Institut für angewandte Sozialwissenschaften“ (infas) resümiert, daß sich in Deutschland „an der Arbeitsteilung der Geschlechter und der Asymmetrie der Rollen eigentlich recht wenig geändert“ hat. Diese Schlußfolgerung ist um so gravierender, wenn man sie an drei Jahrzehnten Frauenbewegung und engagierter Frauenpolitik mißt. Allerdings stellt sich auch die Frage, ob die Prämissen von Frauenpolitik überhaupt noch zeitgemäß sind.

Die Einseitigkeit der Gleichstellungspolitik

Das neue Losungswort frauenpolitischer Maßnahmen lautet „Gleichstellung“. In einigen Bundesländern gibt es inzwischen – statt Frauenministerien – staatliche Institutionen zur „Gleichstellung von Frau und Mann“. Dort wird aber ausschließlich Politik für Frauen gemacht. Das „Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann des Landes Nordrhein-Westfalen“ kennt bei der offiziellen Formulierung seiner Aufgaben nur Frauenpolitik; sie soll Benachteiligungen aufzeigen und abwehren und Frauen gezielt fördern. Das „Se-

natsamt für die Gleichstellung“ im Stadtstaat Hamburg prüft Senatsvorlagen kritisch auf ihre frauenpolitische Bedeutung, erstellt „eigene Senatsvorlagen, die den Senat zu frauenpolitischem Handeln verpflichten sollen“, setzt sich für die Förderung von Frauenprojekten ein, entwickelt „Frauenfördermaßnahmen sowohl für den öffentlichen Dienst als auch für die Privatwirtschaft“, erarbeitet „Vorschläge zur Verbesserung der Situation Hamburger Frauen und Mädchen“ in den Lebensbereichen von Schule, Ausbildung, Beruf, Mutterschaft, Wohnen u. a. m. Das ehemalige „Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann“ in Rheinland-Pfalz nahm zumindest die Existenz von Männern zur Kenntnis. Die Ministerin forderte: „Männer müssen sich ändern“; anschließend entwickelt sie einen Maßnahmenkatalog zur Gleichstellung der Geschlechter, der sich ausschließlich auf Frauen bezieht. Wie sich nun Männer ändern sollen, wird weder beschrieben noch operationalisiert.

Richtpunkt solcher Gleichstellungspolitik – direkt postuliert oder wenigstens indirekt angedeutet – ist das, was die Männergesellschaft bereits erreicht hat. Dabei gerät nicht nur aus dem Blick, wie diese Männergesellschaft verfaßt ist und was alles an ihr defizitär, kritik- und verbesserungswürdig wäre, sondern auch, wie sehr Frauen damit an etwas angepaßt werden, was sie jahrhundertlang entwertet und diskriminiert hat. Selbst eine Teilung aller Machtpositionen zwischen den Geschlechtern würde nichts an dem historisch gewachsenen Tatbestand ändern, daß auch in einer „gleichgestellten“ Gesellschaft die Strukturen, Normen, Standards und Verhaltensmuster männlichkeitsgeprägt sind. Gleichstellung – so verstanden – bedeutet den prinzipiellen Verzicht auf die Verwirklichung frauenspezifischer Sichtweisen, Werte und Sensibilitäten und damit die klammheimliche Unterwerfung unter das Diktat der Männergesellschaft.

Nicht wenige Männer, zu denen auch der Schreibende gehört, haben sich einst mit feministischen Gesellschaftsentwürfen deshalb solidarisiert, weil sie sich von deren Realisierung eine bessere und humanere Zukunft versprochen haben. Von solchen Visionen ist in der offiziellen Frauenpolitik nichts mehr übriggeblieben. Der Anpassungsdruck an politische Gegebenheiten, Haushaltszwänge und institutionelle Normen haben sämtliche struktur-, männlichkeits- und gesellschaftsverändernde Akzente der Frauenbewegung in Vergessenheit geraten lassen. Allenfalls tauchen sie bei Sonntagsreden der Ministerinnen rudimentär und ideologisch gesäubert wieder auf.

Wo bleiben die Männer?

Wenn die Aktualität und auch die zunehmende Akzeptanz von Gleichstellung bedacht wird, ist es schon in höchstem Maße verwunderlich, daß weder Utopien der Gleichstellung noch konkrete, auf beide Geschlechter bezogene Strategien vorliegen, wie Gleichstellung tatsächlich umgesetzt und deren Folgen bewältigt werden könnten.

Es fehlen gesamtgesellschaftliche Entwürfe, Pläne, die beide Geschlechter einbeziehen, und mutige Perspektiven. Damit mangelt es auch an Wegweisern, die wenigstens dazu dienen könnten, verbessernd für die defizitäre Wirklichkeit zu sein. Es ist, als ob die Belanglosigkeit gegenwärtiger Politik auch die Geschlechter-„Szene“ angesteckt hätte.

Immerhin lassen die vorliegenden Konzeptionen von Gleichstellung den künftigen gesellschaftlichen Standort von Frauen nicht gänzlich im dunkeln: Reale Gleichheit, tatsächliche Wahlfreiheit und Selbstverwirklichung sind Zielvorgaben aller Programme. Solcherlei fehlt für Männer. Quoten und Antidiskriminierungsgesetze sind zwar Drohungen, daß die traditionelle Vormachtstellung der Männer nicht bis in das dritte Jahrtausend gehalten werden kann. Aber es fehlen die Konzepte für eine Machtteilung zugunsten der Frauen und jegliche Überlegungen, wie Männern Verzicht im Bereich von Erwerbstätigkeit, gesellschaftlicher Hierarchie und Macht plausibel gemacht werden könnten. Ebenso gibt es keinerlei öffentliche Besinnung darüber, was Männern als Äquivalent für ihren „Machtverzicht“ angeboten werden könnte und sollte. Es reicht nicht aus, den weiblichen Zugang zur Macht zu konzeptualisieren – obwohl auch das nur partiell und halbherzig geschehen ist –, ohne die männliche Teilung der Macht mitzugestalten.

Die Forderungs- und Maßnahmenkataloge zur Gleichstellung der Geschlechter beschreiben zwar Wege der Frauenförderung, stellen aber umgekehrt keine Konzepte dar, wie männliche Herrschaftsformen abgelöst werden können. Wenn dies überzeugend geschehen soll, muß Männern konstruktiv verdeutlicht werden, warum eine Teilung von Macht historisch vonnöten ist und welche menschlichen Vorteile sie daraus auf Dauer gewinnen können. Doch solche Konzeptionen fehlen ebenso durchgängig in der frauendominierten Gleichstellungspolitik wie Instrumentarien der Veränderung auf seiten der Männer: Es gibt weder Maßnahmen noch Förderungspläne, um Männer

in den Bereichen von Haushalt, Kindererziehung und anderen „privaten“ Aufgaben verstärkt anzusiedeln. Der dialektische Beitrag der Männerfrage zur Frauenbefreiung ist der offiziellen Politik bislang verborgen geblieben; jedenfalls ist er nicht politisch problematisiert worden. Im Gegensatz zu Skandinavien fehlen in Deutschland auch Konzepte zur Männerbildung; es gibt nur Frauenbildung.

Die Frauenfrage als Männerfrage

So ist es denn nicht verwunderlich, daß die Lösung der Frauenfrage stagniert. Solange der „Gegner“ im Geschlechterkampf seine Positionen behält und als veränderungswürdiger Ansprechpartner nicht einmal wahrgenommen wird, werden Männer weiterhin blockieren, uneinsichtig bleiben und keine neuen Perspektiven für sich sehen wollen. Viele Ereignisse der letzten Wochen und Monate dokumentieren dies auf schon makabre Weise: spektakulär die Quoten-Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes und die Ablehnung des Frauen-Quorums auf dem CDU-Parteitag; unspektakulär, aber dafür noch weitreichender die substantiellen Haushaltskürzungen für Frauenförderungsmaßnahmen und -projekte sowie die Zurückbindung oder Entlassung von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Die Rezession der Frauenpolitik ist unübersehbar.

Wie die sukzessiven Erfolge der Frauenpolitik in Skandinavien belegen, lassen sich Fortschritte bei der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse nur durchsetzen, wenn auch die Bedürfnisse der Männer berücksichtigt werden. Diverse empirische Untersuchungen weisen dabei aus, daß die Akzeptanz von Männern gegenüber Gleichstellungspostulaten durchaus zugenommen hat. So belegt eine aktuelle Studie des Betriebswissenschaftlichen Instituts der „Eidgenössischen Technischen Hochschule“ (ETH) in Zürich, daß nicht nur das Bewußtsein der Männer über die Benachteiligung von Frauen gewachsen ist, sondern auch das Verständnis für den Versuch, diese Benachteiligung zu beseitigen. Diese Studie wurde im Auftrag der Schweizer Bundesregierung („Bundesrat“) durchgeführt, um Frauenkarrieren in Zukunft besser fördern und dabei vor allem auch das männliche „Widerstandspotential“ adäquat einschätzen zu können. Die theoretische Zustimmung findet jedoch häufig kein Pendant „in Herz und Bauch: Die eigentlichen Gegner sind oft nicht

mehr Personen oder formale Regeln, sondern innere Bilder, Rollenvorstellungen, Gewohnheiten.“ Neue Arbeitsarrangements und Hierarchien mit Frauen lösen bei Männern diffuse Ängste vor Macht- und Prestigeverlust aus.

Anthony Astrachan, der in den USA mehrere hundert Männer befragt hat, präzisiert dieses Angstpotential in eine interessante Richtung („Wie Männer fühlen“). Danach fürchten sich Männer weniger davor, im Beruf Positionen mit Frauen teilen zu müssen, als vielmehr vor den privaten Folgen weiblicher Erwerbstätigkeit. Männer schreckt der Gedanke, daß jene Aufmerksamkeit, Liebe und Fürsorge, die die Frauen seit jeher ihren Partnern entgegenbringen, von ihrem Beruf aufgesogen werden könnte. Männer fürchten also, daß sie aufgrund der Erwerbstätigkeit ihrer Frauen emotional zu kurz kommen könnten.

Dabei ahnen Männer auch zu Recht, daß sich mit der Erwerbstätigkeit der Partnerin ebenfalls die Ökonomie des Austauschs zwischen den Geschlechtern verschiebt. Mit der Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung wandeln sich die Obhutspflichten von Frauen und Männern. Die Erwerbstätigkeit der Frau entlastet letztendlich den Mann von den Zwängen seiner traditionellen Ernährerfunktion. Umgekehrt schafft diese „Freisetzung“ aber neue Verantwortung: Die erwerbstätige Frau braucht nun ihrerseits die „Reproduktion ihrer Arbeitskraft“ das heißt: Pflege, Fürsorge, Aufmerksamkeit, psychische Entlastung, Dialog, Zärtlichkeit und Verwöhnung. Das verlangt sogar doppelte Pflicht vom Mann: Er muß der Frau geben, was er jahrelang nur bekommen und aufgesogen hat, und er muß sich das alles nun zu einem großen Teil selbst geben. Das heißt: Die erwerbstätige Frau benötigt und erwartet an Zuwendung, was sie früher allein und exklusiv ihrem Mann entgegengebracht hat. Damit erhält der Mann notwendigerweise weniger weibliche Aufmerksamkeit. Das wiederum heißt, daß er damit emotional für sich selbst verantwortlich werden muß, was er aufgrund seiner Erziehung und Biographie nur schwerlich kann.

Die Notwendigkeit von „Männerarbeit“

Die Zürcher Studie über „Frauen im Kader“ fordert deshalb, „daß Entwicklungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, durch die die Bedingungen der Kaderfrauen verbessert werden sollen, sich nicht

nur an diese selbst richten können, sondern ihr Umfeld einbeziehen müssen. Die Weiterbildung von Vorgesetzten und Kollegen dient dazu, geschlechterspezifische Rollenerwartungen und diskriminierende Vorurteile sichtbar zu machen und dadurch abzubauen“.

Die gesellschaftliche „Umerziehung“ von Männern muß freilich noch früher einsetzen, will sie auf Dauer erfolgreich sein. Das heißt, daß die Prinzipien männlicher Sozialisation endlich kritisch reflektiert und auch verändert werden müssen. Alle vorliegenden empirischen Untersuchungen weisen aus, daß Männer noch immer auf Leistung, Härte, Konkurrenz und Beherrschung fixiert werden. Gefühle werden in diesem Sozialisationsprozeß abgespalten; von daher erklärt sich die emotionale Abhängigkeit der Männer von den Frauen. So sehr wie Frauenpolitik auf das Lernen von Durchsetzungsfähigkeit, Kompetenz und Leistungsdenken bei Frauen setzt, so sehr wäre eine pädagogische und auch politische Männerarbeit gefordert, die Männern Werte wie Fürsorge, Solidarität, Empathie und soziale Verantwortung vermittelt. Beide Geschlechter müssen in sich autonomer werden, um unter den Bedingungen der Moderne besser miteinander leben zu können. Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre, daß gesellschaftliche Institutionen nicht nur Mädchenarbeit anbieten, um zum Beispiel das Durchsetzungsvermögen der Mädchen besser zu fördern, sondern auch Jungenarbeit, um Jungen rechtzeitig ein verändertes Männerbild zu geben und Sexismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie in einem Alter abzubauen, in dem solche Versuche erfolgversprechender sind als später.

Die Wiederherstellung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist heutzutage nicht mehr konzipierbar und allenfalls unter (rechts-)diktatorischen Vorzeichen realisierbar. Die Emanzipation der Frau ist unter demokratischen Bedingungen irreversibel. Das heißt in aller Klarheit der Analyse, daß nach der Frauenfrage nun auch die Männerfrage gesellschaftlich und politisch gestellt werden muß. Männer können und dürfen sich nicht weiterhin auf Privilegien zurückziehen, denen inzwischen der reale Boden der traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter entzogen ist.

Die fortschreitende Erosion des Familiären ist zu einem Großteil ebenfalls der traditionellen Männerrolle zuzuschreiben, die Familienarbeit exklusiv der Frau zuordnet, auch wenn diese erwerbstätig ist. Dazu gehört der Rollenwandel von Männlichkeit. Wenn Männer perspektivisch nicht

die Auflösung der Familie und den Verlust ihrer Partnerinnen riskieren wollen, müssen sie sich verändern. Diese Veränderung impliziert u. a. eine mitverantwortliche Partizipation bei der Hausarbeit, der Kindererziehung und der emotionalen Pflege der Partnerin. Die Wiedererweckung des Familiären ist damit vor allem Aufgabe der Männer; die Frauen leisten mit Doppel- und Dreifachbelastung bereits (zu) viel.

Auch über das Familiäre hinaus ist traditionelle Männlichkeit heute zu problematisieren. Der Krankenstand der Männer ist alarmierend hoch; Männer sterben in den Industrienationen im Durchschnitt acht Jahre früher als Frauen; Suchtabhängigkeiten von Männern nehmen ebenso sehr zu wie sexuelle und politische Gewaltakte; Sextourismus und Kinderschändung lassen sich weithin dergestalt begreifen, daß innerlich infantil gebliebene Männer nicht mit emanzipierten Partnerinnen umgehen können; der Rechtsextremismus ist exklusiv ein Männerproblem. Die neuere Ver-

kehrsforschung hat ergeben, daß schwere Verkehrsunfälle fast ausschließlich von Männern verursacht werden. Alle erwähnten Beispiele lassen sich auf die traditionelle Männerrolle von Härte, Konkurrenz, Durchsetzungsvermögen, Kampf und Skrupellosigkeit zurückführen. Diese Rolle ist in unseren Tagen politisch, sozial und ökologisch kontraproduktiv geworden.

Frauenpolitik muß also durch Männerpolitik ergänzt werden. Frauenpolitik hat langfristig keine Chance, ihre Postulate zu verwirklichen, wenn sie nicht von einer emanzipatorischen Männerpolitik begleitet wird. Längerfristig würden davon auch die Männer selbst profitieren, wie es in weiser Voraussicht die Gründer des ersten Männerzentrums im kalifornischen Berkely schon 1970 entwarfen. „Wir Männer wollen unsere volle Menschlichkeit wiederhaben . . . Wir möchten uns selbst gernhaben, wir möchten uns gut fühlen und unsere Sinnlichkeit, unsere Gefühle, unseren Intellekt und unseren Alltag zufrieden erleben.“

Thomas Gensicke: Sozialer Wandel durch Modernisierung, Individualisierung und Wertewandel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/96, S. 3–17

Im Beitrag wird ein Mehrebenenmodell von sozialem Wandel durch Modernisierung skizziert. Es verbindet Ideen der Luhmannschen Systemtheorie, die in der Individualisierungsthese mündet, mit der von Wolfgang Zapf vertretenen Theorie der Basisinstitutionen der Modernisierung, der Hradiltschen Unterscheidung von objektiver und subjektiver Modernisierung und der empirischen Wertewandelstheorie von Helmut Klages. Auf der Systemebene bedeutet modernisierender sozialer Wandel danach funktionale Differenzierung, auf der Ebene der Lebensweise Individualisierung und auf der Mentalitätsebene einen Wertewandel von Akzeptanz zur Selbstentfaltung. Für die aktuelle Situation wird das Spannungsfeld der durch Globalisierung in Frage gestellten sozialstaatlich gestützten Modernisierung und der amerikanischen Variante betrachtet. Erste mentale Anzeichen und erwartbare weitere Konsequenzen eines Umschwengens Deutschlands auf das amerikanische Modell werden in der Ausbreitung des sogenannten Hedomaterialismus und einer neuen Spannung von Verlierer- und Gewinnerattitüden unter jungen Leuten vermutet. Für die Gesamtbevölkerung wird im Moment noch ein mentales Entgegenstemmen bei partieller Anpassung gegenüber der sich abzeichnenden neuen Situation konstatiert.

Hans Bertram/Simone Kreher: Lebensformen und Lebensverläufe in diesem Jahrhundert

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/96, S. 18–30

Überwiegt nun Stabilität oder Wandel in der privaten Lebensführung und in den Lebensverläufen der Menschen unseres Jahrhunderts? So oder so ähnlich lautet eine Frage, mit der sich die Familienforschung seitens der interessierten Öffentlichkeit oder der Medien häufig konfrontiert sieht. Als erste, vorsichtige Antwort wird zumeist formuliert, daß die ganze Sache so einfach nicht sei und sich die Entwicklungen viel differenzierter, komplexer und widerprüchlicher darstellen würden, als es sich aus der Erfahrung des einzelnen, von uns gelebten Lebens ableiten ließe.

Im Beitrag wird als Antwort auf diese Frage eine differenziertere und empirisch fundierte Sichtweise auf die Entwicklung von Lebensformen und die Dynamik der Lebensverläufe unseres Jahrhunderts entwickelt, indem zunächst der Zeitraum für die Analysen auf das gesamte Jahrhundert ausgedehnt wird und im folgenden Familienstände und Lebensalter, das Aufwachsen von Kindern, sich im Lebensverlauf verändernde Familienbeziehungen innerhalb und zwischen den Generationen sowie generationell geprägte Ereignisse des Erwerbs- und Familienverlaufs in historischer Perspektive diskutiert werden. Erst dann wird ein reformuliertes Generationenkonzept sinnvoll und möglich.

Barbara Schaeffer-Hegel/Andrea Leist: Sozialer Wandel und Geschlecht: Für eine Neubestimmung des Privaten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/96, S. 31–40

Ein kurzer Einblick in die Geschichte des Staates zeigt, daß die Grundstruktur staatlicher Organisation auf der Ausgrenzung nicht nur der Frauen, sondern auch der ihnen zugeschriebenen „reproduktiven“ Tätigkeitsfelder aus der politischen Verantwortung beruht. Im Gegensatz zu landläufig vorgetragenen Meinungen hat sich diese Ausgrenzung mit der Einführung moderner parlamentarischer Demokratien und mit dem Siegeszug der Marktwirtschaft zunächst nicht geändert.

Die allmähliche Durchsetzung bürgerlicher und politischer Rechte für Frauen: ihrer Rechtsmündigkeit, der Einführung des Frauenwahlrechtes sowie ihres Rechts auf Bildung und auf berufliche Tätigkeit hat den modernen Staat des 20. Jahrhunderts in eine Zwickmühle gebracht: Einerseits muß er die politische und bürgerliche Gleichheit von Frauen anerkennen und mit rechtlichen und politischen Maßnahmen unterstützen, andererseits scheint er – aus offenkundig männlichem Interesse und im Rückgriff auf seine archaische Grundstruktur – dieser Tendenz entschieden entgegenzuwirken. Widersprüchliche Geschlechterpolitiken auf allen Ebenen der Rechts-, der Steuer-, der Familien- und der Sozialgesetzgebung, durch die die eine Hand wieder nimmt, was die andere gegeben hat, sind die Folge dieser paradoxen Situation.

Eine Gesellschaftspolitik, die den Erfordernissen des sozialen Wandels im Zusammenleben der Geschlechter gerecht werden will und die sich den gesellschaftlichen Problemen stellt, die mit diesen Veränderungen einhergehen, muß sich daher ganz prinzipiell mit der patriarchalen Grundstruktur von Staat und Gesellschaft auseinandersetzen. Es geht u. a. darum, *erstens* die hergebrachten, aber inzwischen obsolet gewordenen Geschlechterrollen mit ihren Implikationen nicht nur für Frauen, sondern vor allem auch für Männer in Frage zu stellen, *zweitens* die herrschende Definition von *privat* und *öffentlich* gründlich zu hinterfragen und neue, zeitgemäße Abgrenzungen zwischen den beiden Bereichen zu finden und *drittens* eine Gleichverteilung der gesellschaftlich notwendigen Erziehungsarbeit auf Männer und Frauen zu bewirken.

Walter Hollstein: Ende der Frauenpolitik? Zur unvollendeten Emanzipation von Männern und Frauen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 42/96, S. 41–46

Im Beitrag wird die Ansicht vertreten, daß die Stagnation gegenwärtiger Frauenpolitik ursächlich mit dem Widerstand der großen Mehrheit der Männer gegen Veränderungen im Geschlechterverhältnis verbunden ist. Wie die sukzessiven Erfolge der Frauenpolitik in den skandinavischen Ländern dokumentieren, lassen sich Fortschritte bei der Gleichstellung der Geschlechter nur durchsetzen, wenn auch die Bedürfnisse der Männer berücksichtigt werden und damit ein Bewußtseinswandel beim anderen Geschlecht einsetzen kann. Von daher wird eine eigenständige Männerpolitik gefordert, die den Männern Gleichstellung erklärt und für sie die damit verbundenen neuen Lebensentwürfe attraktiv macht. Frauenpolitik hat längerfristig keine Chance, ihre Ziele umzusetzen, wenn sie nicht von einer Männerpolitik begleitet wird. Nur so kann die Gleichstellung der Geschlechter verwirklicht werden.